

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

176 · Juni 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	481
Essay	
HELENO SAÑA Vom Guten und Bösen	483
Kapitalismuskritik	
JOHN BELLAMY FOSTER, BRETT CLARK Das Imperium der Barbarei	491
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
TIM ENGARTNER Die Reform der Deutschen Bahn oder: Die Preisgabe staatlicher Steuerungsmöglichkeiten	504
TOBIAS MICHEL Globalisierte Geschäfte mit unserer Gesundheit	513
KATJA KIPPING Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen	520
SASCHA LIEBERMANN Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise	525
MATTHIAS KLAUDIUS Ausbildungsfinanzierung im Vergleich: Deutschland und Irland	534
Partei des Demokratischen Sozialismus	
HEINZ SCHÄFER PDS: Profilschärfung unerlässlich, Beachtung der West-Positionen auch	539

Standorte

- JURI HÄLKER
Kapitalismuskritik gleich Systemgegnerschaft?
Zum »Antikapitalistischen Manifest«
von Alex Callinicos 548

Konferenzen & Veranstaltungen

- VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT
»Die Gesundheitsreform greift« –
den Arbeitnehmern in die Tasche 552

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 556

Bücher & Zeitschriften

- Margarete Grandner/Andrea Komlosy (Hrsg.):
Vom Weltgeist beseelt. Globalgeschichte 1700-1815
(ARNDT HOPFMANN) 558

- Manfred Neuhaus:
Tatsachen und Mutmaßungen über Ernst Ortlepp
(KAI AGTHE) 560

- Werner Mittenzwei:
Zwielicht.
(MANFRED BEHREND) 562

- Hermann Klenner:
Recht und Unrecht,
(ANDREAS GÄNGEL) 563

- Karl Birkhölzer, Ernst Kistler, Gerd Mutz:
Der Dritte Sektor.
(ULRICH BUSCH) 564

- Renate Ohr (Hrsg.):
Globalisierung – Herausforderung an die Wirtschaftspolitik
(JÖRG ROESLER) 566

- Roland Bach u.a. (Hrsg.):
Antifaschismus als historisches Erbe in Europa.
(HELMUT MEIER) 567

- Klaus-Gerd Giesen (Hrsg.):
Ideologien in der Weltpolitik
(NICO KOPPO) 569

- Summaries 570

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 572

VorSatz

An einem Freitag Ende April im ICE von Kassel nach Berlin. Im Wagen ungewöhnlich lebendige Gesprächigkeit. Eine Gruppe von 60- bis 70jährigen, offensichtlich auf Wochenendausflug in die Hauptstadt, hat die Szene in der Hand. Einer ruft so laut, daß es der ganze Wagen hören muß: »Er hat doch Recht, der Münte!« »Na klar«, bestätigen ihm andere, und ein weiterer wirft ein: »Und es sind ja schon mehr als 75 Prozent der Bevölkerung, die seiner Meinung sind! Da sollen der Hundt und der Thumann mal ganz stille sein!« Das Gespräch wogt noch lange in dieser Tonart, keiner sieht Anlaß zu Widerspruch. Man ist sich einig: So geht das nicht weiter.

Die Episode paßt in die aufgeregte Medienlandschaft dieser letzten Apriltage. Franz Müntefering, der SPD-Vorsitzende, hat etwas Kritisches über den Kapitalismus gesagt, die Spitzen der Unternehmerverbände haben sich »scharf« und »nachdrücklich« dagegen zur Wehr gesetzt, und ein Ideologie-Aufpasser in Gestalt des Bundeswehrhochschulprofessors Michael Wolfssohn, der es als Historiker eigentlich besser wissen müßte, hat den SPD-Mann stracks in die Nähe des Antisemitismus gerückt. Oh heilige Einfalt der Maßlosigkeit! Wie aufgeblasen und folgenlos es sich da gleich auf allen Seiten der künstlich geschaffenen Barrikade schwadronieren läßt.

Was hat Müntefering eigentlich wirklich gesagt? Und gemeint? Schwamm drüber. Der 1. Mai war ein 1. Mai wie seit vielen Jahren schon. Es trafen sich die, die sich immer trafen, es wurden die üblichen Reden gehalten, und vielleicht hat sich auch hier und da ein Sozialdemokrat diesmal besonders entschlossen hinter seinen Vorsitzenden gestellt. Dabei ist es dann aber auch geblieben. Einen Kampfaufruf der SPD im »Münte«-Sinne jedenfalls hat es nicht gegeben, und die Blätterwald- und Kamerawogen sind auch längst wieder geglättet.

Aber mitnichten geglättet ist die gesellschaftliche Realität, und das ist das Schändliche an diesem Müntefering-Manöver: Daß es so etwas wie Kampf Stimmung oder Aktionsbereitschaft vorgaukelt, vielleicht sogar Lernfähigkeit (nachdem man doch seit sieben Jahren in der SPD-geführten Regierung nichts anderes tut als von unten nach oben zu verteilen statt von oben nach unten und nun, es könnte ja sein, zu neuen Einsichten gelangt ist) – und am Ende doch weiter nichts ist als ein Mediengag. Ein Gag, geeignet mal gerade noch für einen Augenblick der »Lufthoheit« in einem ICE-Abteil. Ein Gag, der die nun schon nach Millionen zählenden Armen in Deutschland noch weiter in die gesellschaftliche Isolierung treibt, weil er ihre Leiden und ihre Perspektivlosigkeit verharmlost. Ein Gag, der zeigt, welch ungläubli-

che Kulturlosigkeit sich in der SPD breit gemacht hat: Einen medien-gerechten »Aufschrei« ihres Vorsitzenden über »Auswüchse« des Kapitalismus ist der Partei die von ihr selbst zu verantwortende Lage der Opfer der Zerschlagung des Sozialstaates wert – eine Programmatik, Strategie und Aktionsplanung, die diesen unsäglichen Zuständen ein Ende macht, aber nicht. »Selbstverständlich« nicht – denn da ist ja die angeblich durch nichts und niemanden zu beeinflussende »Logik des Marktes«.

Fehlt es der SPD an Informationen, Wissen und Material, um wissen zu können, was im Leben wirklich passiert? Und daraus die Kraft zu wirklich fundierter – und nicht nur mediengag-gemäßer – Kapitalismuskritik zu finden? Natürlich nicht. Sie schreiben ja unentwegt, die Kritikerinnen und Kritiker des Systems, und ihre Bücher erscheinen in renommierten Verlagen, und nicht wenige von ihnen sind der SPD eher nah als fern. Zwei Beispiele mögen hier genügen: »So viel staatliche Mißwirtschaft wie in der Zeit des Treuhandkommandos hat es in Ostdeutschland während der ganzen DDR-Zeit nicht gegeben«, schreibt Daniela Dahn in ihrem neuesten Buch »Demokratischer Abbruch«, das bei Rowohlt gedruckt worden ist, und weiter: »Der Osten wird neuerdings gern als Milliardengrab verdammt. Wäre es nicht ergiebiger, den sozialen Reichtum als Billionengrab zu enttarnen?« Aber sie weiß schon, auf welch glattes Parkett sie sich mit ihren Überlegungen begibt, denn: »Ein solidarischer Lastenausgleich, wie nach dem Krieg noch durchsetzbar, ist nicht mehr opportun. Der Verweis auf die im Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit von Eigentum ist schon ein revolutionärer Akt.«

Aus Süddeutschland sekundiert Heribert Prantl (in seinem bei Droemer erschienenen Buch »Kein schöner Land«): »So also ist die Lage aus der Sicht des Kapitals: Der Sozialstaat verwandelt sich in den Kapitalstaat. Sozialpolitik war der Tribut, den das Kapital im Interesse möglichst reibungslosen Wirtschaftens über hundert Jahre lang nolens volens zu entrichten bereit war. Weil heute der Gegner keine Kraft mehr hat, ist es damit vorbei.«

In »UTOPIE kreativ« sind kritische Befunde zur Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus von den ersten Ausgaben der Zeitschrift im Jahre 1990 an zu lesen. Im vorliegenden Heft sind Autorinnen und Autoren ganz unterschiedlichen Alters und Herkommens zu dieser Thematik versammelt: Aus den USA kommt von Veteranen der Kapitalismuskritik eine fundamentale Auseinandersetzung mit dem »Imperium der Barbarei«, aus Deutschland meldet sich die Generation der Dreißigjährigen zur Problematik der Privatisierung öffentlicher Güter und zur Notwendigkeit der Schaffung eines für alle garantierten und von den entwürdigenden Zwängen der jetzigen Arbeits-»Agenturen«-Praxis befreiten Grundeinkommens zu Wort, und auch um die Frage nach dem »Guten« und »Bösen« macht die Zeitschrift keinen Bogen.

Wie sie auch – selbstverständlich – um die Frage des »Wie weiter?« der PDS keinen Bogen macht. Die Dinge spitzen sich zu. Wo sich die SPD nur noch in Mediengags zu retten weiß, ist der PDS entschieden Anderes abverlangt.

WOLFRAM ADOLPHI

HELENO SAÑA

Vom Guten und Bösen

Die Begegnung sowohl mit dem Guten wie mit dem Bösen gehört zu den grundsätzlichen, nie aufhörenden Erfahrungen des Menschen. Leben heißt, von Anbeginn mit beiden Dimensionen der zwischenmenschlichen und gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse konfrontiert zu werden und immer wieder eine Entscheidung zwischen beiden treffen zu müssen. *Tertium non datur*.

In der als aufgeklärt geltenden Konsum- und Wohlstandsgesellschaft unserer Tage besteht die Neigung, die Problematik vom Guten und Bösen als ein Überbleibsel der Theologie oder einer unzeitgemäßen Moralphilosophie abzustempeln. Diese Haltung ist keineswegs überraschend; sie ist vielmehr das logische, naheliegende Ergebnis eines Zeitalters, das, auf seine positivistisch-vulgärhedonistische Gesinnung fixiert, nur an die unmittelbare und handfeste Welt der Pragmata glaubt und für ontologische und metaphysische Fragen nichts übrig hat. Schon die bloße Erwähnung beider Begriffe löst gewöhnlich einen Gestus von unverkennbarer Bemitleidung oder gar offenen Spottes aus. Als moderner Mensch ist man ja zu abgebrüht und zu »cool«, um sich mit einer als anachronistisch geltenden Thematik ernsthaft zu befassen. Man spricht lieber von Ökonomie und Politik, von aktuellen Fakten und Statistiken, als könnte man diese Daseinsbereiche von der ethischen Reflexion abkoppeln. Gewiss, George W. Bush sprach im Zusammenhang mit dem Terrorismus und dem Islam von »Achsen des Bösen«, genauso wie Ronald Reagan in Zeiten des Kalten Krieges die Sowjetunion als »Reich des Bösen« bezeichnet hatte. Aber diese aus strategisch-propagandistischen Gründen verwendete Terminologie ist von den innen- und außenpolitischen Interessen der USA bestimmt worden. Darüber hinaus folgte sie dem Zweck, die US-Politik gegenüber der Weltöffentlichkeit als den Inbegriff des Guten zu verklären und sie damit stillschweigend von jeder Schuld oder moralischen Verantwortung reinzuwaschen, obwohl sie aufgrund ihrer gewalttätigen, imperialistischen, zynischen und menschenverachtenden Grundausrichtung selbst zum Bösen gehört. Die Instrumentalisierung und der Missbrauch des Begriffspaares Gut-Böse durch die zwei amerikanischen Präsidenten stellen somit keineswegs einen Widerspruch dar zur weitverbreiteten Gleichgültigkeit unserer Zeit in Bezug auf ethische Fragen.

Die Tatsache, dass die Problematik vom Guten und Bösen in den Hintergrund geraten ist, heißt nicht, dass sie sinnlos oder überflüssig geworden und keiner Reflexion mehr würdig wäre. Die verfahrenere

Helena Saña – Jg. 1930, in Barcelona geboren, lebt seit 1959 als freier Schriftsteller in der Bundesrepublik. Verfasser von über 30 gesellschaftskritischen, kulturgeschichtlichen und philosophischen Büchern in spanischer und deutscher Sprache, darunter: »Macht ohne Moral«, PapyRossa Verlag Köln 2003. Zuletzt in »UTOPIE kreativ«: Ist der Mensch heute frei?, Heft 168 (Oktober 2004), S. 869-877.

Lage, in der sich die Welt insgesamt befindet, beweist vielmehr ihre brennende, dramatische Aktualität. Eine Welt, die im Namen des *anything goes* und der Relativität der Werte den Anspruch erhebt, jenseits vom Guten und Bösen zu leben, wie Nietzsche wollte, ist dazu verurteilt, sich selbst zu vernichten und im Chaos zu enden, wie schon Seneca wusste: Dort, wo es keinen Unterschied mehr zwischen Gutem und Bösem gibt, belehrt er uns in seinem Buch »De clementia«, folgen Chaos und Ausbruch der Laster, *confusio sequitur et vitiorum eruptio*. Überdies: dort, wo man Gutes oder Böses für gegenstandslos erklärt, wird man nicht umhin können, einen Ersatz für beide *topoi* ausfindig zu machen. Das ist auch genau das, was heute geschieht. Welche Folgen diese vom System und den Medien durchgeführte Substitution gehabt hat, wird unter anderem durch den Zustand der Selbstverlorenheit und Selbstentfremdung sichtbar, in dem sich der Mensch heute befindet. Macht, Erfolg, Geld, Konsum, Genuss, Technik: das sind die Dinge, die unsere Zeit interessieren. Ob solche vulgärmaterialistischen Zielsetzungen in Einklang mit einem moralisch konformen und würdigen Verhalten stehen, kümmert die meisten Menschen wenig oder gar nicht, obwohl sie die ersten Opfer dieser axiologischen Fehlentwicklung sind.

Meine These: Die Menschen sind in der Tiefe ihrer Seele weitgehend unglücklich geworden, weil sie in ihrer Mehrheit versuchen, Erfüllung außerhalb des Guten zu finden und bereit sind, dafür ihr Gewissen auszuschalten oder ihm Gewalt anzutun.

Der anthropologische Hintergrund

Sich mit der Frage vom Guten und Bösen auseinanderzusetzen, ist ursächlich mit der anthropologischen Beschaffenheit des Menschen verbunden, d. h., mit der Frage der menschlichen Freiheit und der Eigenverantwortung. Ist der Mensch frei und souverän genug, um moralisch zu handeln oder nicht? In dieser Kardinalfrage gibt es keine Übereinstimmung. Grob zusammengefasst kann man sagen, dass es immer zwei grundsätzliche Denkrichtungen gegeben hat: eine optimistische und eine pessimistische. Die erste Auffassung ist prinzipiell von der antiken und modernen Aufklärung vertreten worden, die zweite von der Gegenaufklärung in ihren verschiedenen Spielarten. Jene bejaht das *liberum arbitrium*, diese verneint es. Die affirmative Konzeption ist wiederum mit dem Glauben an die ausschlaggebende Rolle verbunden, die bei der Bildung des moralischen Bewusstseins die *paideia* oder Erziehung spielt. Dies erklärt, warum die großen philosophischen Systeme explizit oder implizit zugleich pädagogische Traktate waren. Und nicht zu vergessen: Während die optimistisch ausgerichtete Anthropologie den Menschen großes Vertrauen entgegenbringt, geht die pessimistische Anthropologie von der grundsätzlichen Verderbtheit der menschlichen Natur aus.

Wir begnügen uns damit, in diesem Zusammenhang Folgendes festzustellen: Es hat immer Menschen gegeben, die freiwillig das Gute gewählt haben, sei es aus innerem Bedürfnis oder aus Pflichtgefühl. Diese universale Erfahrung straft all jene Weltanschauungen Lüge, die die natürliche Anlage des Menschen zum Guten abstreiten. Keine Frage: In der Weltgeschichte hat es mehr Böses als Gutes ge-

geben, aber diese Tatsache reicht trotzdem nicht, um die angeborene Fähigkeit des Menschen, Gutes zu tun, zu widerlegen. Sie besagt nur, dass das Böse in der Regel verbreiteter war als das Gute. Wäre dem nicht so, hätte die Menschheitsgeschichte einen ganz anderen, positiveren Verlauf genommen. Nur: Genauso wenig, wie man die Wahrheit nach dem Umfang ihrer Verbreitung beurteilen darf, lässt sich das Wesen des Guten mit quantitativen Kriterien erfassen. Denn auch dann, wenn es in der Minderheit bleibt oder auf verlorenem Posten steht, behält es seinen inneren Wert.

Einige ideengeschichtliche Richtungen

Anaximander ging von der Annahme aus, dass sich das Böse des Menschen bemächtigt, wenn er sich vom Gemeinsamen trennt und sich für ein abgesondertes Dasein entscheidet. Die gleiche Ansicht zieht sich mehr oder weniger deutlich durch weite Teile der antiken und modernen Philosophie, nicht zuletzt bei Hegel, wie Leo Schestow bemerkt: »Wenn Hegel sagt, dass das Individuum dem allgemeinen Geist angehöre, so wiederholt er nur, was Anaximander sagte.«¹

Für bestimmte Denkrichtungen wie die sokratische ist das Böse nichts anderes als Abwesenheit vom Guten, also eine rein negative Seinskategorie. Andere Theorien schreiben dem Bösen dagegen eine eigenspezifische, selbstständige Realität zu, wie vor allem die im 3. Jahrhundert in Persien entstandene manichäische Religion. Die Gnosis im Allgemeinen geht von der Voraussetzung aus, dass das Böse ein *ens* oder eine Substanz ist, keineswegs eine bloße Ermangelung, Verfehlung oder Verfall des Guten. Der Gott des Bösen und Dunklen wird bis zum Ende der Weltgeschichte herrschen. Danach aber wird der gute Gott über den bösen siegen und Licht und Liebe endgültig bringen. In der christlichen Theologie gilt das Böse als das Satanische im Gegensatz zu Gott. Während diese das Schöpferische verkörpert, besteht Satan aus rein destruktiver Kraft, wie der Mephistopheles von Goethe verkündet: »Ich bin der Geist, der stets verneint.« Ähnlich der Satan von John Milton: »To do augh good never will be our task/ but ever to do ill our sole delight« (Paradise lost).

Plotin fasst das Böse als Mangel, Privation und Entbehrung auf, also als defizitäre Form des Seins. Dieselbe Ansicht vertritt Augustinus. Der böse Wille ist nicht *causa efficiens*, sondern *causa deficiens*. Für Leibniz sind Gut und Böse zwei sich gegenseitig bedingende Kategorien; die eine ist ohne die andere undenkbar. Das Böse ist ausschließlich Menschenwerk, denn »vom Gott kann nichts kommen, das nicht in absolutem Einklang mit der Güte stünde.«² Louis Dumont, der Leibniz folgt, sagt dazu, dass »le bien doit contenir le mal tout en étant son contraire ... Un monde sans mal ne saurait être bon.«³ Schelling identifiziert das Böse mit dem Chaos, das wiederum aus dem Kampf des Partikular- bzw. Eigenwillens gegen den Universalwillen entsteht: »Das Positive ist immer das Ganze oder die Einheit. Das ihm Entgegenstehende ist Zertrennung des Ganzen, Disharmonie, Ataxie der Kräfte.«⁴

Die klassische Philosophie neigt fast übereinstimmend dazu, das Böse als Strafe zu bewerten. Umso böser der Einzelne ist, desto unglücklicher muss er sein. Das ist auch die Schlussfolgerung, die

1 Leo Schestow: Auf Hiobs Waage, Berlin 1929, S. 371.

2 Gottfried Wilhelm Leibniz: Essais de Theodicée, Paris 1969, p. 71.

3 Louis Dumont: Essai sur l'individualisme, Paris 1983, p. 243.

4 Friedrich Wilhelm Schelling: Über das Wesen der menschlichen Freiheit, Stuttgart 1983, S. 85.

5 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: Werke in zwanzig Bänden, Bd. 7, Frankfurt a. M. 1970, S. 265.

6 Ebenda, S. 298.

Boethius in seiner »Consolatio philosophiae« zieht. Hegel weiß wenig Stichhaltiges und Originelles über das Gute und das Böse zu sagen. Er beschränkt sich darauf festzustellen, dass das Böse und das Gute »untrennbar« sind und sie von dem Willen abhängen. Sein Fazit: »Ich habe, da das Gute wie das Böse mir entgegensteht, die Wahl zwischen beiden, kann mich zu beiden entschließen und das eine wie das andere in meine Subjektivität aufnehmen.«⁵. Da aber für ihn das Objektive und Rechtschaffene im Allgemeinen oder dem Staat liegt, besteht das Gute darin, den Gesetzen zu gehorchen: »Was der Mensch tun müsse, *welches* die Pflichten sind, die er zu erfüllen hat, ist in einem sittlichen Gemeinwesen leicht zu sagen – es ist nichts anderes von ihm zu tun, als was ihm in seinen Verhältnissen vorgezeichnet, ausgesprochen und bekannt ist.«⁶ Das ist auch die Meinung, die die Kommunitaristen und andere konservative Denkströmungen vertreten.

Die Natur des Bösen

Das Böse wird von jeher in Verbindung mit der Materie (*hyle*) gebracht, ergibt sich aus ihrer Dominanz über die Vernunft (*logos*, *ratio*), wie schon die Gnosis und der Manichäismus behaupteten. Die Materie ist das Unreine und Schmutzige, der Geist das Reine und Erhabene. Deshalb muss die *physis* bekämpft und unter die Kontrolle des Geistes (*nous*) gebracht werden. Diese Ansicht findet sich sowohl bei den Religionen wie bei allen Weltanschauungen, die der Spiritualität den Vorrang geben. Der deutsche Idealismus und insbesondere Kant stellen eines der letzten großen Beispiele dieser Tradition dar. Aber gerade Kant spricht vom »radikalen Bösen« und versäumt nicht, auf die irrationale Veranlagung des Menschen hinzuweisen. So erinnert er daran, dass aus dem krummen Holze, woraus der Mensch geschnitzt sei, schwerlich etwas Gerades gezimmert werden könne.

Wir fassen das Böse als das Inhumane schlechthin auf. Es besteht darin, unseren Mitmenschen wissentlich und absichtlich Wehzutun, sie zu demütigen oder auf ihren Schmerz und ihre Sorgen mit Gleichgültigkeit zu reagieren. Das war auch die Ansicht Schopenhauers, der das Böse als »die Verursachung des fremden Leidens« definierte.⁷ Diese Verhaltensweisen setzen die innere Verrohung des Menschen voraus und treten vor allem in Epochen auf, in denen der Egoismus und die Selbstsucht die Oberhand behalten, wie es in unseren Tagen der Fall ist. In diesem Sinne bedeutet es die höchste Stufe der Selbstentfremdung. Wer das Böse wählt, schadet nicht nur seinen Opfern, sondern sich selbst. Im Grunde ist das Böse Selbststrafe, und zwar, weil es bewusst oder unbewusst mit der Vernichtung des eigenen Menschseins endet – dem schlimmsten Verlust, den ein Mensch erleiden kann.

Das Böse tritt nicht nur auf einzelpersönlicher, sondern auch auf kollektiver Ebene auf. Letztere ist sogar eine seiner häufigsten Erscheinungsformen. Ihr extremster Fall ist der Faschismus und überhaupt die Anwendung von Gewalt und Krieg. Aber das Böse kann auch in Gesellschaften verankert sein – sogar tief verankert sein –, die sich für friedlich, demokratisch, sozial gerecht und emanzipiert halten. Hier meine ich vor allem das kapitalistische System und die

7 Arthur Schopenhauer: Die Welt als Wille und Vorstellung, Leipzig 1819, S. 507.

verheerenden Folgen, die seine weltweite Herrschaft für Milliarden Menschen hat. Aus Profitgier und Willen zur Macht Menschen zum chronischen Elend und zum sicheren Tod kaltblütig zu verurteilen, gehört für mich zum Bereich des Bösen, auch wenn die Verantwortlichen behaupten, dem Allgemeinwohl zu dienen. Dies kann auch nicht überraschen. Denn zur Strategie des Bösen gehört, sich als der Inbegriff des Guten zu tarnen. Seine Herrschaft geht stets mit einer Umwertung aller Werte einher, sie ist zugleich Verführung und Irreführung. Das ist tatsächlich, was das Böse tut, um die Menschen zu täuschen und sie vom Licht der Wahrheit abzubringen. Zu Recht definierte Dorothee Sölle das kapitalistische System als »eine dämonische Mischung aus Zwang und Verführung«.⁸ Nur dadurch gelingt es dem Bösen, sich Gefolgschaft zu verschaffen und eine Massenerscheinung zu werden. Die Legitimierung von Götzen und falschen Idealen als das eigentliche *summum bonum* ist eine immer wiederkehrende Erscheinung der Weltgeschichte. Das Böse besteht heute nicht nur, aber an erster Stelle darin, das Geld zum höchsten Wert zu erheben und alles zu opfern, was diesem Mammonkult im Wege steht.

8 Dorothee Sölle: *Wählt das Leben*, Stuttgart 1980, S. 65.

Das Gute

Das erste, was wir uns hier fragen müssen, ist, ob der Mensch von Natur aus die Fähigkeit zum Guten besitzt. Auf diese Frage haben sowohl das antike wie auch das neuzeitliche humanistische Denken mit einem klaren Ja geantwortet. Die ganze Philosophie der Griechen stützt sich auf den unbedingten Glauben an das Gute, *agathon*. Platon, Aristoteles oder die Stoa sind ohne diese Grundüberzeugung undenkbar. Nicht anders bei modernen Moralisten wie Shaftesbury, seinem Schüler Francis Hutcheson, Rousseau oder Kropotkin. So fragt Hutcheson an die Adresse von Bernhard de Mandeville – Verfasser der »Bienenfabel« und Apologet des Egoismus –, wie sich erkläre, dass seiner egoistischen Neigung zum Trotz der Mensch auch altruistisch und großzügig handeln kann. Entsprechend sagt er, dass »wir von der Natur gemacht worden sind (formed by nature), um uns gegenseitig zu dienen und nicht, um nur uns selbst zu dienen«.⁹ Hutcheson war von der moralischen Natur des Menschen so überzeugt, dass er so weit ging zu behaupten, dass auch böse Menschen fähig sind, »to assist the injured«.¹⁰ Auch Adam Smith verstand das Gute als eine natürliche Veranlagung: »Dass wir oft durch den Kummer anderer selbst Kummer empfinden, ist eine zu offenkundige Tatsache, als dass es irgendwelcher Beispiele bedürfte, um sie zu beweisen.«¹¹ Noch stärker als bei den Engländern wird die ursächliche Entsprechung von Natur und Moral von den französischen Aufklärern betont. Für Diderot steht außer Zweifel, dass Menschenliebe zur natürlichen Anlage des Menschen gehört, genauso wie Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft. Rousseau geht ja, wie bekannt, von der ursprünglichen Güte des Menschen aus. Deshalb fragt er in seinem Werk über die Erziehung: »Aber glauben Sie, dass es auf der ganzen Erde einen einzigen Menschen gibt, der so verdorben wäre, um niemals die Versuchung empfunden zu haben, Gutes zu tun?«¹² Nicht im Menschen, sondern in der Geschichte ist das Böse zu suchen, lautet seine Hauptthese, aus der er ja die erste moderne Theorie der Entfremdung entwickelt.

9 Francis Hutcheson: *A System of Moral Philosophy*, Collected Works, Vol. 6, p. 105; hier zitiert nach der Reprint-Ausgabe, Hildesheim/Zürich/New York 1990.

10 Ebenda, S. 137.

11 Adam Smith: *Theorie der ethischen Gefühle*, Frankfurt a. M. 1949, S. 25-26.

12 Jean Jacques Rousseau: *Emile ou de l'éducation*, Paris 1966, p. 379.

Wir gehen hier nicht auf die immer wiederkehrende Kontroverse ein, ob das moralische Verhalten sich nach der natürlichen Neigung oder nach der Pflicht richten muss, wie Kant und sonstige Vertreter der deontologischen Moralauffassung meinen. Wir beschränken uns auf die Bemerkung, dass die Grenzen zwischen einer spontanen und einer reflexiven Ethik oft sehr schwer zu ziehen sind; weiterhin, dass auch dann, wenn deontologisch motivierte sittliche Handlungen entstehen, sie ohne die Mitwirkung der Naturanlagen des Menschen schwer zustande kommen können. Eine Morallehre, die nur auf der Vernunft fußt und natürliche Affekte wie Sympathie, Mitgefühl oder emotionale Anteilnahme außer Acht lässt, scheint mir genauso abstrakt wie weltfremd, um nicht zu sagen: unvorstellbar. Schon Aristoteles sagt uns im 9. Kapitel der Nikomachischen Ethik, dass sittliche Handlungen verbunden sind mit innerer Freude. Die vor allem auf Kant zurückgehende deontologische Ethik ist das Resultat eines reduktionistischen Konzepts der menschlichen Natur, die nicht nur aus Ratio besteht. Nicht zu Unrecht hat Ernst Bloch darauf hingewiesen, dass »mit seiner preußisch-kargen wie pietistisch-mönchischen Trennung von Neigung und Pflicht« Kant im Grunde einen Rückschlag in die späte Aufklärung brachte, die ja zur menschlichen Natur eine weitgehend positive Einstellung hatte.¹³ Eine praktische, tätige Moral kann kaum ausschließlich auf dem »Sollen« beruhen, sie bedarf des freiwilligen »Wollens«.

13 Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde, in: Gesamtausgabe, Band 6, Frankfurt a. M. 1961, S. 338.

Das Gute kann die verschiedensten Formen einnehmen, aber sein wesentlicher Inhalt ist Dienst an den anderen. Das bedeutet: Das Gute speist sich aus dem subjektiven Bedürfnis oder Wunsch, unseren Mitmenschen zu helfen bzw. sie glücklich zu sehen. Oder wie Kant sagen würde, sie nicht für unsere Zwecke zu missbrauchen und sie in ihrer ganzen Würde anzuerkennen. Moral ist immer und konstitutiv auf die Mitmenschen bezogen, ist von Hause aus relationaler Natur. Es heißt Transzendierung der eigenen Interessensphäre und Schaffung eines Raumes, in dem sich jeder geborgen und sicher fühlt.

Das Humane als die Konkretisierung des Guten strebt spontan und wesensmäßig danach, sich zu universalisieren, sich Gehör zu verschaffen und sich gesellschaftlich durchzusetzen. In diesem Sinne bedeutet es tätigen Einsatz für eine gerechtere, bessere, sinnvollere Welt. Dieses Engagement kann sowohl auf zwischenmenschlichem wie auf gesellschaftspolitischem Wege erfolgen. Hierarchische Unterschiede zwischen beiden Verhaltensweisen festlegen zu wollen, scheint mir fehl am Platze. Welchen von beiden Wegen man wählt, hängt immer von der Veranlagung oder der Berufung des jeweiligen Einzelnen ab. Allein wichtig ist die Bereitschaft oder der Wille, den in Not geratenen Menschen die Hand zu reichen, die Verlassenen und Gedemütigten nicht im Stich zu lassen, sich bemühen, ihnen das Gefühl zu vermitteln, sie wären nicht ganz allein in der Welt.

Bewährungsprobe

Der ethisch engagierte Mensch erfährt das gesellschaftliche Umfeld grundsätzlich als Negation seines Strebens nach einer menschenwürdigen Ordnung. Und weil es so ist, bedeutet ein solches Engagement, im Konflikt mit dem zwischenmenschlichen und kollektiven

Sein zu leben, damit aber auch im Konflikt mit dem eigenen Gewissen. Sich diesem Konflikt zu stellen, erfordert eine große seelische Kraft; deshalb gehen die meisten Menschen ihm aus dem Weg und ziehen es vor, sich in ihren privaten Raum zurückzuziehen. Man wählt die Unterwerfung, weil für den Durchschnittsmenschen das nackte, rein animalische Dasein mehr zählt als Wahrheit, Selbstachtung, Recht, Freiheit, Selbstbestimmung und andere höhere Werte. Da man aber von der organisierten Macht nur Ablehnung oder Feindschaft erwarten kann, bleibt dem Menschen nichts anderes übrig, als sich zur Wehr zu setzen. Er tut dies nicht, weil er unbedingt den Kampf liebt oder besonders mutig wäre, sondern weil die Verhältnisse ihn zwingen, Widerstand zu leisten. Man darf in diesem Zusammenhang nicht aus den Augen verlieren, dass die Zwietracht nicht von dem Humanen, sondern von dem Inhumanen in der Welt eingeführt wird. Es ist letzteres, in dem der genetische Moment des Konflikts liegt. Es ist aber auch ein ungleicher Kampf, bei dem in der Regel das Humane – also das Gute – unterliegt. Dies erklärt, warum die Weltgeschichte im Ganzen die nie endende Chronik des triumphierenden Bösen ist.

Sich für ein edles, selbstloses und unegoistisches Anliegen einzusetzen, fasse ich als die höchste Form der Selbstverwirklichung auf. Dass ein solcher Einsatz fast immer eine schwere Herausforderung ist, habe ich soeben unterstrichen. Das schwierigste ist allerdings nicht, nach dem Guten zu streben, sondern unsere Ohnmacht gegenüber dem Weltelend ertragen zu müssen und mit dem Bewusstsein unserer eigenen Nichtigkeit konfrontiert zu werden. Deshalb lauert stets im Hintergrund der Selbstzweifel – und damit auch die Versuchung, aufzugeben und wie die anderen zu werden. Mit den anderen sind diejenigen gemeint, die prinzipiell nur an sich selbst denken. Eines glaube ich sagen zu können: Für die Menschen, die für das Gute Partei genommen haben, ist das Sein zugleich Nichtsein, letzteres gleichbedeutend für innere Agonie. Selbst und gerade die Heiligen und Mystiker kennen die »dunkle Nacht der Seele«, über die San Juan de la Cruz so eindringlich klagte, sind mit der Erfahrung der *acedia* und der *derelictio* eng vertraut, ein Seelenzustand, den jeder Idealist und jeder Revolutionär auch kennt.

Man übersieht oft, dass gerade die Menschen, die das spontane Bedürfnis empfinden, den anderen Trost zu spenden, oft die ersten sind, die selbst Trost nötig haben. Denn nicht stark sind sie, sondern zerbrechlich, wahrscheinlich zerbrechlicher als die meisten Menschen, schon allein deshalb, weil sie empfindsamer und verletzbarer sind. Deshalb ist es für sie so wichtig, Verständnis und Anerkennung für ihr Tun und Walten zu finden. Ja, vielleicht wählen sie das Gute, weil sie es selbst so dringend brauchen. Wer nur selbstbezogen lebt, kann leicht auf die Zuwendung seiner Nebenmenschen verzichten; er ist daran gewöhnt, auch ohne sie zufrieden zu sein. Ganz anders steht es mit jenen, die Selbstverwirklichung in ursächlichen Zusammenhang mit dem Los ihrer Nächsten bringen. Oder mit den schönen Worten von Pier Paolo Pasolini: »Wer Leidenschaft und Stolz in sich trägt, ist im innersten gespalten und verletzt; er hat auf dem Grunde seiner Seele ein ihm selbst unbekanntes Zittern, das ihn schwach macht, denn hart sind die, denen Leidenschaft und Stolz abgehen.«¹⁴

14 Pier Paolo Pasolini: Ich bin eine Kraft des Vergangenen, Briefe 1940-1975, Berlin 1971, S. 267.

Davon abgesehen: Wer hat gesagt, dass man stark sein muss? Und was wäre genau unter Stärke zu verstehen? Was man unter diesem Begriff versteht, besteht meistens aus Härte und Rücksichtslosigkeit, den Attributen also, die in der enthumanisierten und verdinglichten Welt unserer Tage Geltung haben, weil sie Erfolg im üblichen, instrumentellen Sinn versprechen. Nein, dies ist nicht die Stärke, aus der das Gute entsteht. Die Entschlossenheit, treu zu bestimmten Grundsätzen und Verhaltensweisen zu bleiben, verlangt andere Charaktereigenschaften. Eines steht fest, zumindest für mich: Je tiefer und wahrhaftiger die Parteinahme für das Gute ist, desto erbarungsloser ist die Bewährungsprobe, die man durchlaufen und durchstehen muss. Und nicht unbedingt Belohnung bringt die Wahl des Guten, sondern auch Strafe. Ja, gerade die Menschen, die sich dem Humanen verpflichtet fühlen, werden am meisten bestraft. Zu dieser Strafe gehört in erster Linie das Gefühl, dass man umsonst versucht hat, selbstlos und hilfsbereit zu sein. Das sind die Momente – die sehr lange dauern können – in denen alles sinnlos erscheint: unsere Ohnmacht, die Verlogenheit des Ganzen, die Gedankenlosigkeit des großen Haufens, die blinde Automatik der Destruktivität und der Rücksichtslosigkeit der Herrschenden und Mächtigen. Und dennoch: Man kann in tieferem Sinn nur von Siegen sprechen, wenn unsere Handlungen dem Guten dienen. Alles andere ist Niederlage.

JOHN BELLAMY FOSTER, BRETT CLARK

Das Imperium der Barbarei

»Ein neues Zeitalter der Barbarei ist über uns gekommen«. Mit diesen Worten beginnt der Leitartikel von *Business Week* am 20. September 2004 – eine Aufmachung, die unmißverständlich darauf gerichtet war, Öl ins Feuer der Anti-Terrorismus-Hysterie zu gießen. Den Blick auf die in Rußland ermordeten Schulkinder, die in Bussen in Israel getöteten Frauen und Kinder, die im Irak geköpften amerikanischen, türkischen und nepalesischen Arbeiter, auf die fast zweihundert Menschen, die in einem spanischen Nahverkehrszug ums Leben kamen, und die weiteren hunderten Opfer in Bali richtend, erklärte die Zeitung: »Amerika, Europa, Israel, Ägypten, Pakistan und Regierungen überall in der Welt werden von islamischen Extremisten angegriffen, und diese Terroristen haben nur ein Ziel – die moderne säkulare Gesellschaft zu vernichten.« So wird die westliche Zivilisation als in Opposition zu den Barbaren befindlich dargestellt – zu Barbaren, die zerstören wollen, was als Gipfel der sozialen Evolution gilt.

Was aber bei dieser vom Establishment praktizierten Sichtweise vollkommen untergeht, ist die räuberische Rolle des US-amerikanischen und europäischen Imperialismus selbst. Es ist wahr, daß wir in einem »neuen Zeitalter der Barbarei« leben. Die Wurzeln dessen liegen aber nicht im religiösen Fundamentalismus, sondern in etwas, das Marx als die bürgerliche Zivilisation begleitende Barbarei betrachtet hat und von Rosa Luxemburg als »die von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmer«¹ bezeichnet wurde. Wir müssen, wenn wir das ganze Ausmaß der Barbarei unserer Zeit erkennen wollen, den globalen Kapitalismus unter die Lupe nehmen, müssen insbesondere untersuchen, was die USA und Großbritannien im Irak treiben – auf dem gegenwärtigen Hauptfeld des imperialistischen Konflikts.

Der Begriff der Barbarei

Der Begriff der Barbarei hat im gesellschaftlichen Denken im allgemeinen und in der sozialistischen Theorie im besonderen eine lange Geschichte. Der griechische Begriff *barbaros* bezog sich ursprünglich auf all diejenigen, die kein Griechisch sprachen. Ähnlich wie alle anderen antiken Zivilisationen stellten die Griechen sich selbst als im Zentrum der Welt lebend dar – und alle anderen sahen sie dementsprechend in einer geographischen und kulturellen Peripherie (oder Halb-Peripherie) angesiedelt. Nach dem Triumph der Griechen in den persischen Kriegen wurden alle Barbaren als minderwertig

Der hier vorliegende Artikel ist eine Übersetzung aus dem Amerikanischen des Beitrages »Empire of Barbarism« aus: *Monthly Review*, New York, Dezember 2004, S. 1-15.

Wir danken der Redaktion der »Monthly Review« für die freundliche Genehmigung zu Übersetzung und Abdruck in »UTOPIE kreativ«.

1 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin 1976, S. 163.

2 Jona Lendering: The Edges of the Earth in Greek and Roman Thought, <http://www.livius.org/ea-eh/edges/edges.html>.

3 Hier zitiert nach der englischen Fassung des Strabo-Werkes: Geography 4.1.14.

4 Strabo, Geography 1.1.17.

5 Ebenda, 4.1.12.

betrachtet. Daher war die Unterscheidung zwischen den überlegenen zivilisierten Völkern im Zentrum der Welt und den minderwertigen Barbaren an der Peripherie wesentlicher Bestandteil griechischen und lateinischen Denkens. Plato vertrat eine Doktrin der natürlichen Sklaverei, bei der er davon ausging, daß die Griechen das Recht hatten, die Barbaren entweder zu töten oder zu Sklaven zu machen.²

In den Werken Strabos (etwa 64 v. Chr. bis 24 n. Chr.) erlebte diese Version der Unterscheidung zwischen Barbarei und Zivilisation ihren Höhepunkt. Strabo hatte in Rom studiert und vertrat eine sehr romanische Weltanschauung. Sein 17 Bände umfassendes Werk *Geographie* stellt die Barbarei als Verkörperung einer *verkehrten* Welt dar – im Gegensatz zu der der Griechen und Römer, die eine Lebens- und Produktionsweise entwickelt hatten, die *zivil* war. In seiner Theorie der Barbarei ist der geographische Unterschied mit dem Unterschied in den Produktionsweisen verbunden.³ Die zivilisierten Völker besiedelten demnach die fruchtbarsten Böden, auf denen eine seßhafte Landwirtschaft zu betreiben möglich war. Und im Gegensatz zu diesen zivilisierten, Brot essenden Menschen – hauptsächlich Stadtbewohnern und Bauern, die in Stadtnähe wohnten – waren die Barbaren kämpferische Nomaden, die sich von Fleisch und Milchprodukten ernährten und ständig unter Waffen standen. Die Barbaren galten als Gewalt liebend und unter Umständen lebend, die ihnen keine Wahl ließen außer der, zu plündern und zu stehlen.

Daher nahm der Begriff *Barbarei* zwei verschiedene Bedeutungen an, die sich jeweils auf zwei verschiedene Vorstellungen von *Zivilisation* bezogen. Wo *Zivilisation* gleichbedeutend war mit Stadtbewohner, war *Barbarei* gleichbedeutend mit Nicht-Stadtbewohner, mit Peripherie. Und wo *Zivilisation* gleichbedeutend war mit Recht und Kultur, verkörperte die *Barbarei* den Mangel an beidem und die Herrschaft der Brutalität. Die Barbaren waren für unkonventionelle Kriegführung bekannt. Mit der wohlorganisierten römischen Armee konfrontiert, »führten sie in Sümpfen, in Wäldern ohne Wege und in Wüsten einen Guerilla-Krieg«.⁴

Aber der wesentliche trennende Aspekt zwischen der *Zivilisation* und den Barbaren war – so Strabo – nicht dies, sondern die unterschiedliche Produktionsweise. Diese hatte ihre Ursache vor allem in den geographischen Bedingungen. Die barbarische Bevölkerung lebte in den weniger fruchtbaren, bergigen, nördlichen Regionen, die ans Meer grenzten. Eine gewisse Entwicklungsfähigkeit konzidierte Strabo dabei der barbarischen Bevölkerung durchaus – und zwar insofern, als sie lernte, zivilisiertere Produktionsweisen zu kultivieren. Einige Barbaren beschrieb er sogar als »nicht mehr barbarisch«, weil sie römische Lebens- und Produktionsweise einführten.⁵ Insbesondere dann, als sie mit der Produktion von Fleisch und Rohstoffen für die Römer begannen, wurden sie als »zivilisierter« angesehen.

Während sich in der griechischen und lateinischen Literatur das Konzept »*Zivilisation* gegen *Barbarei*« um die Idee eines Zentrums hier und einer Peripherie da rankte, betrachteten die frühen Sozialisten, die im Feudalismus, der in Westeuropa auf das römische Imperium folgte, eine tausendjährige universelle *Barbarei* sahen, die *Barbarei* als ein Entwicklungsstadium, das sich keineswegs nur auf die

Peripherie beschränkt. Der französische utopische Sozialist Charles Fourier war der Auffassung, daß es sich bei der Barbarei um ein Stadium handle, das dem der Zivilisation unmittelbar vorangehe. Die Barbarei – so Fourier – zeichne sich durch Gewalt und die absolute Versklavung der Frau aus. Ihren Höhepunkt habe sie in der Massensklaverei gefunden. Die auf die Barbarei folgende Zivilisation, die er durch monogame Heirat und die bürgerlichen Freiheiten der Frau sowie durch die Entwicklung der Großindustrie und des damit verbundenen Klassenkampfes charakterisiert sah, sei freilich in vieler Hinsicht genauso brutal wie die Barbarei, ja sogar noch raffinierter in der Form. Tatsächlich – meinte Fourier – verschärfe die Zivilisation die Ausbeutung der Weltbevölkerung und bringe immer mehr bewaffnete Konflikte hervor. »Kriege und Revolution«, so schrieb er, »entbrennen unaufhörlich auf der ganzen Erde. Die eben erst beschworenen Stürme brechen von neuem los, wie die Köpfe der Hydra unter den Streichen des Herkules sich verdoppelten. Der Friede ist trügerisch, ist nur ein kurzer Traum. Die industrielle Tätigkeit ist für das Volk zur Qual geworden, seit eine Pirateninsel die Verbindungen abschneidet, die Kultivierung zweier Kontinente hemmt und die Werkstätten zu Armenasylen macht. (...) der Krämergeist hat dem Verbrechen neue Bahnen eröffnet. Mit jedem Krieg zerrüttet er die beiden Hemisphären und verbreitet den Skandal zivilisierter Habsucht bis unter die Wilden. Unsere Schiffe befahren die Weltmeere, nur um die Barbaren und Wilden an unseren Lastern, unserer Raserei teilnehmen zu lassen. Je näher ihr Fall bevorsteht, desto abscheulicher wird die Zivilisation. Die ganze Welt ist nur noch ein nichtswürdiges politisches Chaos. Sie ruft nach einem neuen Herkules, der sie von den gesellschaftlichen Auswüchsen befreien soll, die sie entehren.«⁶

Die Folge dieser globalen und in gewisser Hinsicht noch immer barbarischen Produktionsweise waren Armut und Hungersnot für die große Mehrzahl der Weltbevölkerung auf der einen und die Bereicherung einer kleinen Anzahl von Menschen in den zivilisierten Nationen auf der anderen Seite.

Marx und die Barbarei der bürgerlichen Zivilisation

Die Art, wie sich Karl Marx mit der Barbarei befaßte, war – obwohl in seinen Werken nur verstreut aufzufinden – komplex und widerspiegelt seine Sicht auf die der Zivilisation bzw. dem Kapitalismus innewohnenden tiefen Widersprüche, die sowohl Niedergang als auch Fortschritt (zum Kommunismus) möglich machen. Er bezog sich in seinen Untersuchungen sowohl auf die Barbarei als Entwicklungsstadium als auch auf die Zentrum-Peripherie-Problematik. Marx verwandte den Begriff *Barbarei* ebenso in bezug auf die Rolle der Gewalt und Brutalität in der Geschichte im allgemeinen und im Kapitalismus auf der Ebene des Klassenkampfes und des Imperialismus im besonderen – womit auch seine Bezugnahme auf *die Barbarei in der Zivilisation* erklärt ist. In seinen ethnologischen Notizen, die er am Ende seines Lebens anfertigte, übernahm er von Lewis Henry Morgan die Betrachtungsweise der Barbarei als eines Entwicklungsstadiums der Menschheit. Morgan hatte in seinem Buch *Ancient Society* (Frühgesellschaft) die niederste Stufe Barbarei

6 Charles Fourier: Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen. Hrsg. von Theodor W. Adorno, eingeleitet von Elisabeth Lenk, deutsche Übertragung von Gertrud von Holzhausen, Frankfurt a. M. 1966, S. 156-157. Eine andere Übertragung ins Deutsche siehe: Charles Fourier: Ökonomisch-philosophische Schriften. Eine Textauswahl, übersetzt und mit einer Einleitung hrsg. von Lola Zahn, Berlin 1980.

mit der Produktion von Töpferwaren verbunden, die mittlere Stufe in der östlichen Hemisphäre mit der Domestizierung von Tieren und in der westlichen mit der Entwicklung von Bewässerungstechniken sowie der Verwendung von Lehmziegeln und Steinen in der Architektur, und schließlich die höchste Stufe mit der Herstellung von Eisen und der Einführung des phonetischen Alphabets. Vieles von Morgans anthropologischem Schema – und eben auch seine Behandlung des Themas Barbarei als Stadium zwischen Wildheit und Zivilisation – hat Engels in seinem Werk *Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* übernommen. Was uns hier aber vor allem interessiert, ist nicht so sehr dieser direkte Rückgriff auf Morgan durch Marx und Engels, sondern deren allgemeine Verwendung des Begriffs der Barbarei.

Marx verstand die Ausbeutung unter dem Kapitalismus als häufig unter barbarischen Bedingungen stattfindend und die Raubtier-Natur der bürgerlichen Zivilisation zum Ausdruck bringend. Mit Bezug auf die Erniedrigung und Entwürdigung des Lebens, die im Zuge des Kapitalismus stattfand, schrieb er in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* 1844: »Die rohsten Weisen (und Instrumente) der menschlichen Arbeit kehren wieder, wie die *Tretmühle* der römischen Sklaven zur Produktionsweise, Daseinsweise vieler englischen Arbeiter geworden ist« (Hervorhebungen i. O.).⁷

In seinem Manuskript *Arbeitslohn* von 1847 bezeichnete Marx den Gebrauch der Tretmühle in der modernen kapitalistischen Produktion (und in Strafanstalten) metaphorisch als eine Krankheit. Die Tretmühle, schrieb er, sei in der Zivilisation wieder aufgetaucht. »Die Barbarei erscheint wieder, aber aus dem Schoß der Zivilisation selbst erzeugt und ihr angehörig; daher aussätzige Barbarei, Barbarei als Aussatzkrankheit der Zivilisation.«⁸

Um die Bedeutung der Marxschen Kritik richtig verstehen zu können, muß man wissen, welche Rolle der Tretmühle als ein Instrument des Quälens und der Terrorisierung der Arbeiter, die ihr ausgeliefert waren, zukam. Im Jahre 1818 hatte William Cubbit englische Gefangene einer solchen Tretmühle ausgeliefert, die – laut einer Beschreibung in *Scientific American* im Oktober 1971 – Männer beschäftigte, »um Korn zu mahlen und Energie für andere Maschinen zu liefern. Jeder Gefangene mußte in sechs Stunden 2630 Meter senkrecht kletternd auf der Tretmühle zurücklegen. Diese Leistung ist vergleichbar mit der, sechzehnmal die Treppen des Washington-Monuments hochsteigen und dafür jedesmal nur 20 Minuten zu benötigen.«⁹

Für Marx bedeutete die Wiedereinführung der Tretmühle eine von der bürgerlichen Zivilisation häufig angewandte Tortur der Ausbeutung. Die Tretmühle als »Aussatz der Zivilisation« – weil sie genau wie diese Krankheit den Körper zerfraß und weil der Aussatz (Lepra), der im Mittelalter in Europa verbreitet war, als Metapher für die Wiederkehr der mittelalterlichen Barbarei in den Schoß der bürgerlichen Zivilisation selber gelten konnte. Im *Ökonomischen Manuskript von 1861-63* zitierte Marx den russischen Ökonomen Heinrich Friedrich von Storch mit einem Hinweis auf die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und die Untergrabung der Gesundheit der Lohnarbeiter als Ausdruck des Rückgangs zur Barbarei, die häufig das Wachstum der bürgerlichen Zivilisation begleite.¹⁰

7 Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*, Drittes Manuskript Teil 1: Bedürfnis, Produktion und Arbeitsteilung, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke* (MEW), Ergänzungsband Erster Teil, Berlin 1968, S. 548.

8 Karl Marx: Aus dem handschriftlichen Nachlaß. *Arbeitslohn*, in: MEW, Bd. 6, a. a. O. 1968, S. 553.

9 E. S. Ferguson: *The Measurement of the »Man day«*, in: *Scientific American* vol. 225, no. 4 Oktober 1971, pp. 96-103.

10 Die gemeinte Passage ist in den hier sonst zitierten MEW nicht enthalten. Siehe jedoch: Karl Marx, Friedrich Engels: *Gesamtausgabe* (MEGA), Bd. II 3.6, Berlin

Marx bezog sich aber auf die Barbarei auch als etwas, das außerhalb der Kultur der Zivilisation existierte, isoliert von dem Leben in den Städten und von dem sozialen und politischen Verkehr. In diesem Sinne waren für ihn die französischen Bauern, die in ihrer Unterstützung des Bonapartismus eine besonders reaktionäre Rolle spielten, Repräsentanten derjenigen Klasse, die die »Barbarei in der Zivilisation« repräsentierten. Der periodische Zusammenbruch des ökonomischen Fortschritts unter dem Kapitalismus und die dadurch verursachte Armut und Not bildeten eine Art Regression; daher bezeichneten Marx und Engels im Teil I des *Kommunistischen Manifests* die ökonomische Krise als einen »Zustand momentaner Barbarei.«¹¹

Eine mehr globale Sicht auf die Barbarei vertraten Marx und Engels in ihrer Behandlung des Verhältnisses zwischen dem Zentrum und der Peripherie in der kapitalistischen Weltwirtschaft. In ihrer Lobrede auf das Bürgertum, die im Teil I des *Kommunistischen Manifests* einen großen Raum einnimmt, merkten sie an, wie das Bürgertum »die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht« hat.¹²

Und weiter: »Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt.«¹³ Im zaristischen Rußland, an der »Halbperipherie« Europas gelegen, sah Marx eine die revolutionären Bewegungen des Westens bedrohende Bastion der Barbarei.

In seiner Kritik am Kolonialismus aber faßte Marx den Begriff Barbarei wieder anders. Barbarei war nun das, was der moderne Bourgeois des Westens aus sich selbst macht, wenn er die Welt ganz nach seinem Bilde ohne Einmischung von außen formen kann. »Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen.«¹⁴

In seinen späteren Werken wurde Marx gegenüber dem britischen Imperialismus in Indien in dem Maße immer kritischer, in dem ihm bewußt wurde, was von Mike Davis kürzlich als »Viktorianische Massenvernichtungen« bezeichnet wurde¹⁵: die Gleichzeitigkeit von imperialistischer Enteignung der indischen Gesellschaft von ihrem Eigenkapital, schweren Hungersnöten und dem Hungerlohn für indische Arbeiter. (Der Lohn, den die Briten 1877 den Arbeitern in Madras für körperliche Schwerstarbeit zahlten, hatte – in Kalorien umgerechnet – einen niedrigeren Wert als der, den die Nazis 1944 für Schwerstarbeit im KZ Buchenwald zahlten.) Marx notierte, daß die britische Expansion die indische Industrie vernichtete, Elend und Erniedrigung verbreitete und das Land in einen Produzenten landwirtschaftlicher Rohprodukte für Großbritannien verwandele. Der britische Imperialismus war in der Tat eine Macht der Zerstörung, die Indiens produktive Kräfte vernichtete und Unterentwicklung verursachte – auch wenn er andererseits die Kräfte der modernen Industrialisierung in die indische Gesellschaft einführte. In seinen Aus-

1982, S. 2095. Dort – in Heft XX des Manuskripts von 1861-63, Teil 3: Der relative Mehrwert, Abschnitt h: Relativer und absoluter Mehrwert – ist Storch unter der fortlaufenden Marxschen Blattnumerierung 1286 im französischen Original zitiert: »C'est un résultat bien remarquable de l'histoire philosophique de l'homme, que le progrès de la société en population, en industrie et en lumières sont toujours acquis aux dépens de la santé, de la dextérité et de l'intelligence de la grande masse du peuple ... le bonheur individuel du grand nombre est sacrifié à celui d'un petit nombre d'individus et il serait douteux, lequel de ces deux états, de la barbarie ou de la prospérité mérite la préférence, si l'insécurité attachée au premier ne faisait pencher la balance en faveur du second. (342, 43. H. Storch. Cours d'Ec. Pol. T. III ed. Say. 1823.)« (Hervorhebung i. O.).

11 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, a. a. O. 1959, S. 468.

12 Ebenda, S. 466.

13 Ebenda.

14 Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, a. a. O. 1960, S. 225.

15 Mike Davis: Late Victorian Holocausts. El Nino Famines and the Making of the Third World, New York 2001. Die in Hamburg 2004 erschienene deutsche Ausgabe trägt den Titel: Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtungen im imperialistischen Zeitalter.

16 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, in: MEW, Bd. 23, a. a. O. 1968, S. 779. Zitiert wird dort: William Howitt: *Colonization and Christianity. A Popular History of the Treatment of the Natives by the Europeans in all their Colonies*, London 1838, p. 9. Vgl. außerdem: Karl Marx an Nikolai Franzewitsch Danielson, London, 19. Februar 1881, in: MEW, Bd. 35, a. a. O. 1967, S. 154-158. Marx und Engels verwendeten den Begriff *Barbarei* nicht in eurozentrischer Weise. In einer Analyse der Kriege zwischen Christen und Mauren in Spanien waren es die Christen, die von Engels als *Barbaren* bezeichnet wurden. Siehe Friedrich Engels: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)*, in: MEW, Bd. 20, a. a. O. 1962, S. 170.

17 Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, a. a. O., S. 462.

fürungen zur »Genesis des industriellen Kapitalisten« im *Kapital*, Band I, zitiert Marx zustimmend William Howitt aus dessen Werk *Colonisation and Christianity*. Howitt hatte geschrieben: »Die Barbareien und ruchlosen Greuelthaten der sog. christlichen Racen, in jeder Region der Welt und gegen jedes Volk, das sie unterjochen konnten, finden keine Parallele in irgendeiner Ära der Weltgeschichte, bei irgendeiner Race, ob noch so wild und ungebildet, mitleidlos und schamlos.«¹⁶

Ein Gemeinplatz der Kritik am Marxschen Denken besteht darin, festzustellen, daß in ihm die Geschichte als von Natur aus progressiv betrachtet werde. Das *Kommunistische Manifest* ist dasjenige Werk, welches am häufigsten als repräsentativ für einen solchen extremen Progressismus betrachtet wird. Doch schrieben Marx und Engels am Anfang des *Manifests* in bezug auf die Klassenkämpfe, die die Geschichte aller bisherigen Zivilisation bestimmt hatten: »Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete *oder* mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen« (Hervorhebung d. Ü.)¹⁷

Dem Zerfall des römischen Reichs, das mit dem »gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen« einher ging (und mit Barbarei im Inneren und Äußeren), folgte im Westen eine lange Zeit der mittelalterlichen Barbarei. Weder Marx noch Engels unterschätzten die Rolle der Macht in der Geschichte noch deren regressiven Einfluß. Geschichte konnte sich deshalb *entweder* in Richtung Sozialismus vorwärts entwickeln *oder* zurück zur Barbarei – oder noch schlimmer: zu einer systematischeren, kapitalistischen Form der Barbarei führen, nackt in ihren imperialistischen Verhältnissen (Hervorhebung d. Ü.).

Marx' Analyse der durch den Kapitalismus verursachten ökologischen Zerstörung – des Stoffwechsellisses – enthält ebenfalls den Hinweis auf die Möglichkeit der geschichtlichen Regression, weil die Brüche in den natürlichen Systemen Umweltkrisen für die Gesellschaft verursachen. Indem er die Erde beraubt und die Städte mit Abfall verschmutzt, unterminiert der Kapitalismus die materiellen Lebensgrundlagen. Alle Zivilisation – so hob Marx hervor – hinterließ Wüsten. Im selben Absatz in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten*, in dem Marx von der Wiedereinführung der Trebmühle als Rückgang in die Barbarei in der Produktion schrieb, behandelte er auch die Umweltverschmutzung durch die Industriestädte in Großbritannien und die ökologische Zerstörung durch den Kapitalismus: »Teils zeigt sich diese Entfremdung, indem die Raffinierung der Bedürfnisse und ihrer Mittel auf der einen Seite die viehische Verwildrung, vollständige, rohe, abstrakte Einfachheit des Bedürfnisses auf der andren Seite produziert; oder vielmehr nur sich selbst in seiner gegenteiligen Bedeutung wiedergeibt. Selbst das Bedürfnis der freien Luft hört bei dem Arbeiter auf, ein Bedürfnis zu sein, der Mensch kehrt in die Höhlenwohnung zurück, die aber nun von dem mephytischen Pesthauch der Zivilisation verpestet ist und die er nur mehr *prekär*, als eine fremde Macht, die sich ihm täglich entziehn, aus der er täglich, wenn er nicht zahlt, herausgeworfen

werden kann, bewohnt. Dies Totenhaus muß er *bezahlen*. Die *Licht*-wohnung, welche Prometheus bei Aeschylus als eines der großen Geschenke, wodurch er den Wilden zum Menschen gemacht, bezeichnet, hört auf, für den Arbeiter zu sein. Licht, Luft etc., die einfachste *tierische* Reinlichkeit hört auf, ein Bedürfnis für den Menschen zu sein. Der *Schmutz*, diese Versumpfung, Verfaulung des Menschen, der *Gossenablauf* (dies ist wörtlich zu verstehen) der Zivilisation wird ihm ein *Lebenselement*. Die völlige *unnatürliche* Verwahrlosung, die verfaulte Natur, wird zu seinem *Lebenselement*« (Hervorhebungen i. O.)¹⁸

Engels machte in seinem Werk *Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen* auf die Zerstörung der natürlichen Umwelt durch den Menschen und die hierdurch verursachte Untergrabung der Zivilisation aufmerksam. Die Menschen – notierte er unter anderem – hätten durch die Zerstörung der Wälder ein Ansteigen der Temperatur verursacht.¹⁹ Diese Betrachtungsweise hat nichts mit einer simplen progressiven Vision zu tun, sondern sie verweist darauf, daß der Zivilisation eine Rückkehr zur Barbarei als eine mögliche Entwicklungsrichtung innewohnt.

Rosa Luxemburg und »die von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmer«

Es war Rosa Luxemburg, die diesen Aspekt der Marxschen Dialektik im Kontext der globalen imperialistischen Expansion, der Krise der deutschen Sozialdemokratie, des Ersten Weltkriegs und des Aufkommens vorkommunistischer Zustände weiter ausarbeitete. Im Dezember 1918 – einen Monat, bevor sie nach der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes ermordet wurde – schrieb sie einen Artikel unter der Überschrift »Was will der Spartakusbund?«, in dem sie die Geschichte vor die Wahl gestellt sah: »Sozialismus oder Barbarei«. Wenn das Letztere – die Fortsetzung der kapitalistischen Verhältnisse – fortbestünde, würde die Geschichte in neue Kriege, Hungersnöte und Krankheiten münden. Die Herrschenden hätten zu aller Zeit »Ströme von Blut vergossen«, seien »über Leichen, Mord und Brand geschritten«, hätten »Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen«. Die Fortentwicklung der imperialistischen Barbarei zeige sich als eine immer brutalere und betrügerischere und drohe, die Welt »in einen rauchenden Trümmerhaufen (zu) verwandeln.«²⁰ »Sozialismus«, sagte sie an anderer Stelle, »ist Notwendigkeit geworden nicht bloß deshalb, weil das Proletariat unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die ihm die kapitalistischen Klassen bereiten, sondern deshalb, weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht.«²¹ Das von der Barbarei geprägte Schicksal also als der von Marx gemeinte »gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen«.

In ihrer berühmten *Junius-Broschüre (Die Krise der Sozialdemokratie)* hatte Luxemburg einige Jahre vorher, als sie wegen ihres Kampfes gegen den Ersten Weltkrieg im Gefängnis saß, auf die reaktionären Tendenzen und die entsetzliche Möglichkeit eines Zweiten Weltkriegs aufmerksam gemacht, der in seinem Ausmaß noch

18 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, a. a. O., S. 548.

19 Vgl. Friedrich Engels: Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in: MEW, Bd. 20., a. a. O. 1962, S. 444-445

20 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 446.

21 Rosa Luxemburg: Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 496.

katastrophaler werden würde als der erste. Schon jetzt profitierten die Kapitalisten von den Zerstörungen, »Städte werden zu Schutthäufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien«. Der Kapitalismus schreite »im Blute wadend, von Schmutz triefend« voran, die »bürgerliche Gesellschaft« zeige sich »als reißen Bestie, als Heixensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit (...) in ihrer wahren, nackten Gestalt.«²² Dem »Triumph des Imperialismus« folgten der »Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof«.²³ Es war dieser Zusammenhang, den Rosa Luxemburg meinte, wenn sie von den »von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern« sprach.²⁴

Rosa Luxemburg machte insbesondere auf die Zerstörungen in der Peripherie aufmerksam, in Afrika, dem Nahen Osten und in China – sämtlich Regionen, die vom europäischen Imperialismus erobert worden waren. Aller Reichtum der Welt werde dem Kapital untergeordnet werden und die Weltbevölkerung in Lohnsklaven verwandelt. Die »Kulturwelt« – von ihr völlig zu Recht mit Anführungszeichen versehen – habe sich in die furchtbarste und brutalste Art von Barbarei, die die Welt je erlebt hatte, verwandelt, ausgerüstet mit Waffen von ungeheurer Zerstörungskraft und angetrieben vom unersättlichen Drang nach ökonomischer Expansion: »Die ›Kulturwelt‹, welche gelassen zugesehen hatte, als derselbe Imperialismus Zehntausende Hereros dem grausigsten Untergang weihte und die Kalahariwüste mit dem Wahnsinnschrei Verdurstender, mit dem Röcheln Sterbender füllte, als in Putumayo binnen zehn Jahren vierzigtausend Menschen von einer Bande europäischer Industrieritter zu Tode gemartert, der Rest eines Volkes zu Krüppeln geschlagen wurde, wie in China eine uralte Kultur unter Brand und Mord von europäischen Soldateska allen Greueln der Vernichtung und der Anarchie preisgegeben ward, als Persien ohnmächtig in der immer enger zugezogenen Schlinge der fremden Gewaltherrschaft erstickte, als in Tripolis die Araber mit Feuer und Schwert unter das Joch des Kapitals gebeugt, ihre Kultur, ihre Wohnstätten dem Erdboden gleichgemacht wurden – diese ›Kulturwelt‹ ist erst heute gewahr geworden, daß der Biß der imperialistischen Bestien todbringend, daß ihr Odem Ruchlosigkeit ist. Sie hat es erst bemerkt, als die Bestien ihre reißen Pranken in den eigenen Mutterschoß, in die bürgerliche Kultur Europas krallten. Und auch diese Erkenntnis ringt sich in der verzerrten Form der bürgerlichen Heuchelei durch, worin jedes Volk die Infamie nur in der nationalen Uniform des anderen erkennt. ›Die deutschen Barbaren!‹ – wie wenn nicht jedes Volk, das zum organisierten Mord auszieht, sich in demselben Augenblick in eine Horde Barbaren verwandelt. ›Die Kosaken-Greuel!‹ – wie wenn nicht der Krieg an sich der Greuel aller Greuel, wie wenn die Anpreisung der Menschenschlächtere als Heldentum in einem sozialistischen Jugendblatt nicht geistiges Kosakentum in Reinkultur wäre!«²⁵

22 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 53.

23 Ebenda, S. 62.

24 Ebenda, S. 163.

25 Ebenda, S. 161-162.

Inspiziert von den Analysen Rosa Luxemburgs hat der aus Sri Lanka stammende Marxist G. V. S. de Silva den Begriff der Barbarei in seinem Buch *The Alternatives: Socialism or Barbarism* (Die Alternativen: Sozialismus oder Barbarei) weiterentwickelt. De Silva

meint, daß die traditionelle marxistische Idee von der Produktionsweise als aus dem Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus sich entwickelnd überarbeitet werden müsse. Weder führe der Kapitalismus notwendig zum Sozialismus noch dieser Letztere notwendig zum Kommunismus. Sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus können zur Barbarei degenerieren, die eine brutale Alternative zum Kommunismus darstellt. De Silvas Begriff von Barbarei bezieht sich auf eine Gesellschaft, die sich gleichzeitig stützt auf: *erstens* Gewalt; *zweitens* die von Orwell in 1984 beschriebene ideologische Kontrolle; *drittens* die Zerstörung aller Gegenmächte, so daß ökonomische Interessen direkt mit einem nur minimalen Staat durchgesetzt werden können; *viertens* einen »festgelegten Konsum nutzloser Produkte«, der zur Ablenkung der Bevölkerung dient; und *fünftens* die extreme Unterwerfung der Natur in allen ihrer Aspekte. Ohne einen revolutionären Wandel der qualitativen Dimension der Weltwirtschaft und ohne eine Beendigung der kapitalistischen Ausbeutung der Natur werde der Geist der Barbarei auch weiterhin in der Menschheit umgehen. De Silva kommt zu dem beunruhigenden Schluß, daß Barbarei in ein oder zwei mächtigen Ländern die ganze übrige Menschheit in ihren Bann schlagen kann.²⁶

Das Imperium der Barbarei

Heute sieht sich die Welt mit einem Zustand konfrontiert, wie ihn De Silva befürchtet hat: mit einer Barbarei, die von einem einzigen mächtigen Land ausgeht: den USA, die eine Strategie des Präventivkrieges vertreten und damit die ganze Welt zu destabilisieren drohen.

Es ist, wie Paul Baran und Paul Sweezy in ihrem Buch *Monopoly Capital* und Harry Magdoff in seinem *Age of Imperialism* so überzeugend dargestellt haben: daß das Wachstum des Monopolkapitals im späten 20. Jahrhundert – und zwar insbesondere in den Vereinigten Staaten – zu einer heftigen Abhängigkeit von militärischen Ausgaben und imperialistischer Intervention geführt hat.²⁷ Mit dem Verschwinden des Kalten Krieges hat sich diese Abhängigkeit der imperialistischen Großmacht von barbarischsten Methoden der Interessendurchsetzung und Systemkontrolle noch immer weiter verstärkt. Der anhaltende Hegemonieverlust der USA-Wirtschaft und die gleichzeitig sich vertiefende allgemeine ökonomische Stagnation im Kapitalismus haben eine Situation hervorgebracht, in der sich die USA immer mehr außerwirtschaftlichen Methoden zuwenden, um ihre Position aufrechtzuerhalten. Sie haben ihre riesige Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt, um dem Hegemonieverlust in der Weltwirtschaft zu begegnen. Der »globale Krieg gegen den Terror« ist ein Zeichen dieser letzten tödlichen Phase des USA-Imperialismus, die 1991 mit dem Golfkrieg begann – eines Krieges, der durch den Zusammenbruch des Sowjetblocks und die Herausbildung der USA als einziger Supermacht der Welt möglich geworden war.

Nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 konnte das Imperium sich selbst als im Krieg gegen die Barbarei und in der Verteidigung der Zivilisation befindlich erklären. »Die Barbaren haben bereits ans Tor geklopft«, meint Niall Ferguson, Professor für Geschichte an der Stern School of Business der New York University und einer der Hauptbefürworter des USA- und britischen Imperia-

26 G. V. S. de Silva: The Alternatives: Socialism or Barbarism, Dehiwela (Sri Lanka) 1988.

27 Paul A. Baran, Paul M. Sweezy: *Monopoly Capital: An Essay on the American Economic and Social Order*, Monthly Review Press, New York 1966; Harry Magdoff: *The Age of Imperialism: The Economics of U.S. Foreign Policy*, Monthly Review Press, New York 1969.

lismus. Doch die Barbaren von heute, sagt er, seien islamische Fundamentalisten, und der liberale Imperialismus sei eine Möglichkeit, die Welt gegen diesen islamischen Terrorismus zu impfen. Das Klopfen am Tor stelle – so Ferguson weiter – zwar für die von den USA dominierte Weltordnung eine wirkliche Gefahr dar, aber diese externen Gruppen von Terroristen werden das amerikanische Imperium dennoch nicht direkt stürzen. Die Hauptbedrohung der Position der USA in der Weltwirtschaft komme vielmehr von innen. Die Gefahr habe ihre Wurzeln in der Unwilligkeit der USA, ihre Position an der Spitze des globalen Imperiums mit aller Konsequenz einzufordern.

Ferguson, der der Meinung ist, daß das alte britische Imperium wiederbelebt werden sollte – wenn auch in einer dem 21. Jahrhundert entsprechender Form –, vertritt in seinem jüngsten Buch *Colossus* wie schon in seinem früheren Werk *Empire* die Auffassung, daß die Welt ein Imperium brauche. Vielen Nationen ginge es besser, meint er, wenn sie von den USA beherrscht würden. Die USA seien, sagt er, ein »Waffen- und Butter-Imperium, eines, das nicht nur die eiserne Hand repräsentiert, sondern auch die Weiterverbreitung der Prinzipien des liberalen Imperiums und der liberalen Freizügigkeit, womit es für die Ausprägung einer demokratischeren und reicheren Weltordnung steht. Es ist kein Zufall, daß Ferguson, einer der einflußreichsten Historiker des Establishments, sich ausdrücklich für eine Wiederbelebung der Idee der alten »Bürde des weißen Mannes« einsetzt (die dann durch eine neue Ideologie des »funktionellen« Imperiums ersetzt werden kann), mit der einst einer der barbarischsten Kriege des modernen Imperialismus schönfärberisch gerechtfertigt worden ist – der amerikanisch-philippinische Krieg vom Anfang des 20. Jahrhunderts, in dem Rudyard Kipling mit seinem Gedicht »The White Man's Burden« die USA angefeuert hatte.²⁸

Fergusons »Waffen- und Butter-Imperium« ist jetzt zu einem ganz klaren Ziel der USA-Außenpolitik geworden. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion übernahmen – wie István Mészáros in seinem Werk *Socialism or Barbarism* richtig feststellt – die USA »die Rolle des Staates im kapitalistischen System an sich« und »brachten – mit welchen Methoden auch immer – alle konkurrierenden Mächte unter ihre Kontrolle.²⁹ Mit ihrer immensen Macht und ihrer Bereitschaft zur Gewaltanwendung führen die USA die Welt jetzt in die von Mészáros so bezeichnete »potentiell tödlichste Phase des Imperialismus«. In ihrem Bestreben, eine Revolution zu verhindern (oder irgendeinen Ausweg für die Menschen der Peripherie), unternehmen die USA den Versuch, das einzige sichere Gesetz des Universums – den Wandel – außer Kraft zu setzen. Darum haben sie Diktatoren geschaffen, Terroristen unterstützt und die Welt mit gewalttätiger Zerstörung bedroht. Im Nahen Osten haben die USA einen regressiven und politisch fundamentalistischen Islam herangezogen (der ihnen nützlich war im von der CIA geleiteten Krieg gegen die Sowjets in Afghanistan und bei der Ausschließung aller progressiven Entwicklungspfade für den Nahen Osten), der nun eine Kehrtwende vollzieht und, weil er in die Hand beißt, die ihn gefüttert – eben die der USA und ihrer Verbündeten –, als »neue Barbarei« gebrandmarkt wird.

28 Vgl. Niall Ferguson: *Empire*, Basic Books, New York 2004, S. 369-370; *Colossus*, Penguin, New York, London et al. 2004, S. 48-52, 267, 301-302.

29 István Mészáros: *Socialism or Barbarism*, Monthly Review, New York 2001, p. 29.

Die Tore zur Hölle stehen offen

Vor zwei Jahren prophezeite Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga und ehemaliger Außenminister Ägyptens, daß die Tore zur Hölle geöffnet werden würden, wenn die USA in den Irak eindringt. Im Herbst 2004 stellte er in Kairo fest, daß diese Tore jetzt offen stünden. Obwohl er vor zwei Jahren wegen dieser Aussage heftig beschimpft worden war, gab es laut *USA Today* vom 16. September 2004 »keinen Widerspruch«. Es ist klar, daß die USA-Invasion im Irak ein Blutbad angerichtet hat, das, wie man am Guerillakrieg als Reaktion der Iraker sehen kann, auch in Jahren noch nicht beendet sein wird. Die Situation der USA im Irak verschlechtert sich. Die Besatzer verlieren die Kontrolle über ganze Gegenden des Landes. Im Oktober 2004 gab es zum ersten Mal Bombenanschläge in der als Hochsicherheitsbereich ausgestalteten Grünen Zone Bagdads, der imperialistischen Kommandozentrale im Land. Mehr als drei Dutzend Städte im Irak gelten für die USA als »no go«-Zonen, weil sie von irakischen Widerstandskräften kontrolliert werden. Im September 2004 gab es mehr als 2300 Attacken von Widerstandskräften gegen die von den USA geführte Koalition und irakische Regierungseinrichtungen in allen Gegenden des Landes. »Die Attacken umfassen«, wie die *New York Times* am 29. September 2004 schrieb, »die ganze Skala der Möglichkeiten: Autobomben, Zeitbomben, raketengetriebene Bomben, Handgranaten, Handfeuerwaffen, Minenwerfer und Landminen.« Allein in Bagdad starteten irakische Widerstandskräfte zwischen April und Ende September 2004 mehr als 3000 Granatenattacken.

Laut einer von US-amerikanischen und britischen Gesundheitsexperten im Irak durchgeführten Studie, die in einer führenden Gesundheitszeitschrift veröffentlicht wurde, sind die Luftangriffe der USA und Großbritanniens auf die Zentren des irakischen Widerstands die Ursache dafür, daß die Mehrheit der bisher ungefähr 100 000 zivilen Opfer, die wiederum zumeist Frauen und Kinder waren, eines besonders gewaltsamen Todes gestorben sind (*Lancet online* vom 29. Oktober 2004). Indes: Trotz dieser beängstigenden Angriffe, die gegen Wohnhäuser, Krankenhäuser und Moscheen gerichtet waren und bei denen Unmengen von Blut vergossen und gewaltige Zerstörungen angerichtet wurden, scheint der irakische Widerstand nur an Stärke zu gewinnen.

Mittlerweile besteht in den herrschenden Kreisen der USA weitgehend Übereinstimmung darin, daß die Zahl der im Irak stationierten Truppen nicht ausreicht, um die Aufgabe, die Bevölkerung zu unterdrücken, erfüllen zu können. Die Iraker schreiben sich nur zögerlich in die irakische Armee und Polizei ein, und die Eingeschriebenen desertieren in Scharen. Aber ohne innere Machtstrukturen, die nach ihrer Pfeife tanzen, bleibt die Kraft der USA trotz modernster Militärausrüstung beschränkt. Die USA-Besatzung zu unterstützen, ist tödlich, wie sich an den mehr als 700 irakischen Polizeiangehörigen zeigt, die wegen eben dieser Unterstützung getötet worden sind. Um allem die Krone aufzusetzen, fügen die Rebellen den USA Wunden zu, die genau ins Herz zielen: Sie machen die Ölleitungen zu Zielen ihrer Attacken. Die Situation für die Okkupationstruppen ist schlecht, und »es läuft im Moment darauf hinaus, daß wir den Krieg verlieren«, wie Andrew Bacevich, ehemaliger Oberst und heute Professor für internationale Beziehungen an der *Boston University*, kürzlich feststellte. Bacevich fügte

dann noch hinzu, daß er nicht meine, daß der Krieg schon verloren *ist*, sondern daß »wir dabei sind, ihn zu verlieren« (*USA Today* vom 16. September 2004). Mit all dem ist freilich das Gespenst des Vietnamkrieges wieder auferstanden – dieses wohl unaustilgbare Symbol der Niederlage der USA in imperialistischen Kriegen.

Die Barbarei wurde schon immer mit Folter in Zusammenhang gebracht. Marx' Kommentare über die Tretmühle zielten auf die Rolle, die dieses Produktionsinstrument als Mittel der Folter der Arbeiter bei der Einführung bürgerlicher sozialer Verhältnisse spielte. In seinem Artikel »Über die Folterungen in Indien« untersuchte Marx die systematische Anwendung der Folter durch den britischen Kolonialismus und sah »in der grimmigen Erregung des Aufstandes und des Kampfes (der) aufständischen Hindus« die historische Vergeltung für die verbrecherischen Akte ihrer britischen Unterdrücker.³⁰

Die systematische Anwendung von Folter durch die USA in Abu Ghraib im Irak, in Afghanistan und in ihrem Stützpunkt in Guantanamo auf Kuba bringt jetzt weltweit einen noch größeren Haß auf den amerikanischen Imperialismus hervor. Auf den Philippinen bedienen sich die USA Anfang des 20. Jahrhunderts einer Foltertechnik, die sie »Wasserkur« nannten – eine Methode, bei der den Gefangenen Wasser durch die Kehle gepumpt wurde und man sie dann auf die Bäuche trat, bis sie alles gestanden und gewöhnlich kurz darauf starben. Die in jüngster Zeit bei einem hochrangigen Terrorverdächtigen vom USA-Geheimdienst angewandte infame Foltertechnik, die als »Wasserpension« bekannt ist, besteht darin, einen Mann zu fesseln und ihn gewaltsam unter Wasser zu pressen, so daß er glauben muß, er werde ertrinken (*New York Times*, 13. Mai 2004). Zum Standard gehört eine ganze Palette von langsameren und sehr effektiven Foltertechniken: Isolation, langzeitiger Schlafentzug, Entzug von Licht und Geräuschen, Kontakt mit extremer Kälte oder Wärme, Zwang zur Nacktheit, schwarze Kapuzen, Zwang zum Verharren in Streßpositionen, Bedrohung mit Wachhunden, 24-Stunden-Verhöre usw. Laut dem Abschlußbericht der unabhängigen Untersuchungskommission zur Behandlung von Gefangenen, der nach dem Leiter der Kommission, dem ehemaligen US-Verteidigungsminister James Schlesinger, auch als *Schlesinger-Report* bekannt geworden ist, haben die amerikanischen Vernehmungsbeamten mindestens fünf Gefangene zu Tode gefoltert, und es gibt 24 weitere verdächtige Todesfälle unter den Gefangenen, die noch untersucht werden. Vieles von alldem erhielt eine seltsame »Legalität« durch die Weigerung der USA-Regierung, den in Guantanamo oder anderswo gefangen gehaltenen Terrorverdächtigen den Status von Kriegsgefangenen zuzuerkennen – womit die Genfer Konvention außer Kraft und der Boden für die barbarische Behandlung der Gefangenen bereitet wurde.³¹

Und noch in einem anderen Zusammenhang stehen die Tore zur Hölle offen. Wir leben in einer materiellen Welt, in der Boden, Wasser und Luft das Leben unterstützen. Die Wirtschaft der Menschen und die natürlichen Prozesse sind untrennbar miteinander verbunden. Heute sind alle Ökosysteme der Erde in Gefahr. Besonders besorgniserregend ist die Klimaerwärmung, die die Erde in ein von uns selbst verursachtes regelrechtes Inferno schickt. Der wissenschaftliche Konsens über die Klimaerwärmung geht dahin, daß in den nächsten Dekaden eine

30 Karl Marx: Über die Folterungen in Indien, in: MEW, Bd. 12, a. a. O. 1961, S. 273.

31 Vgl. auch: Mark Tanner: Abu Ghraib, in: *New York Review of Books* v. 7. Oktober 2004, S. 44-50; Edward Greer: »We Don't Torture People in America«, in: *New Political Science*, vol. 26, no. 3 (September 2004), S. 371-387.

Verminderung des Ausstoßes an Treibhausgasen um 60 bis 80 Prozent gegenüber den Werten von 1990 erreicht werden muß, wenn den katastrophalen Umweltveränderungen (ein Ansteigen des Meeresspiegels, Verlust von Inseln und Küstenregionen, wachsende Trockenheit und Verwüstung, extreme Wetterereignisse, schnell fortschreitende Artenvernichtung, Ernteverluste usw.) Einhalt geboten werden soll. Die USA haben aber ihre Kohlendioxidemissionen seit 1990 dauerhaft gesteigert. Sie liegen in der Summe der Emissionen weit an der Weltspitze – mit einem Pro-Kopf-Ausstoß, der fünfmal höher ist als der Weltdurchschnitt –, und sie machen – ohne Rücksicht auf die möglichen katastrophalen Folgen für andere (besonders tropische) Länder oder für künftige Generationen zu nehmen – keine Anstalten, diese Tendenz umzukehren. Der Krieg im Irak, bei dem es um die Kontrolle über das Öl als Weg zur Welteroberung geht, ist in sich selbst ein Zeichen dafür, daß die US sich weigern, einen Richtungswechsel vorzunehmen – trotz der Konsequenzen für den Planeten. Diese Philosophie des »Après moi le déluge!«, des »Nach mir die Sintflut«, die Marx einst angeprangert hat, ist die Quintessenz der Barbarei.³²

»Die Iraker werden es satt haben, getötet zu werden« (Rumsfeld)

Es ist – wie *Business Week* sagt – »ein neues Zeitalter der Barbarei über uns gekommen«. Es ist aber ein Fehler, diese Barbarei einfach oder hauptsächlich auf soziale Kräfte und Nationen der Peripherie zurückzuführen. Genau so, wie Marx das historische Herangehen an die Barbarei mit seiner Verurteilung der zeitgenössischen kolonialen Systeme in neue Bahnen gelenkt hat, müssen wir die Barbarei der Mächtigen und deren Schuld an der Schaffung dieses neuen Zeitalters namhaft machen. Verteidigungsminister Robert Rumsfeld, die Stimme der neuen Barbarei, stellte im Herbst 2004 fest, daß es »die Iraker irgendwann satt haben werden, getötet zu werden«.³³ Vermutlich bezog er sich dabei auf diejenigen Iraker, die durch Selbstmordanschläge getötet worden sind. Seine Aussage bleibt im Kontext der Invasion und der Okkupation des Irak durch die USA dennoch unmenschlich.

Es heißt, daß »der globale Krieg gegen den Terror« kein Ende haben werde, aber es muß wohl heißen, daß der globale Krieg *des* Terrors (Hervorhebung d. Ü.) kein Ende haben wird. Nur die Überwindung des Kapitalismus in Richtung Sozialismus wird die Möglichkeit eröffnen, dem gegenwärtigen Zustand der Barbarei zu entkommen – einem Zustand, in dem der Weg bereitet wird zu neuen weltweiten Vernichtungen und dem ökologischen Zusammenbruch. Am Schluß seines Buches *Whose Millennium?* (Wem gehört das Jahrtausend?) schreibt Daniel Singer, daß der Sozialismus gewiß eine historische *Möglichkeit* sein könnte oder vielleicht sogar *notwendig* wäre, um die Übel des Kapitalismus zu beseitigen – aber daß dies noch lange nicht bedeuten müsse, daß er *unbedingt* stattfinden werde.³⁴ Wir sollten diese Warnung ernst nehmen. Die Wahl, vor der wir stehen und die wir schließlich durch unsere Kämpfe endgültig treffen werden, ist, ob die Zukunft der Menschheit im Sozialismus liegen wird – oder in den Trümmern der imperialistischen Barbarei.

32 »Après moi le déluge!
»Nach mir die Sintflut!« ist der Wahrluf jedes Kapitalisten und jeder Kapitalisten-nation. Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.« Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, a. a. O., S. 285.

33 USA Today, September 16, 2004.

34 Daniel Singer, *Whose Millennium? Theirs or Ours?* Monthly Review Press, New York 1999.

TIM ENGARTNER

Die Reform der Deutschen Bahn oder: Die Preisgabe staatlicher Steuerungsmöglichkeiten

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht sichtbar würde, wie weit die Meinungen über die im Januar 1994 eingeleitete Reform der Deutschen Bahn auseinander gehen. Sie reichen von umfassender Ablehnung und dem Wunsch, eine mit großzügig kalkulierten Steuergeldern finanzierte Staatsbahn zu etablieren bis hin zu einer politischen Agenda, die den Verkehrsträger Schiene endgültig von den »Fesseln eines Staatskonzerns« befreit sehen will. Einigkeit herrscht unter den Beobachtern lediglich insofern, als dass die Bahnreform gemeinhin zu einer »Jahrhundertentscheidung der Verkehrspolitik« erklärt wird.¹ Diese Bewertung erfolgt zumeist unabhängig von der Frage, ob der vollzogenen formellen alsbald die materielle Privatisierung, d. h. der Börsengang, folgen soll. Die Tatsache, dass selbst die Grünen als Umweltpartei auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober 2004 einen Beschluss unter dem Titel »Die Bahnreform konsequent weiterführen« verabschiedeten, lässt erkennen, dass sich mit Blick auf den Schienenverkehr eine scheinbar alternativlose Politik Bahn bricht. Der nunmehr für das Jahr 2008 avisierte Börsengang wird allenthalben als unumstößlich gepriesen.

Tim Engartner – Jg. 1976; promoviert über die für das deutsche und britische Bahnwesen maßgeblichen Liberalisierungsströmungen Deregulierung und Privatisierung an der Universität Köln bei Prof. Butterwegge; zuvor 1. und 2. Staatsexamen (2002/2004) nach Studium der Sozialwissenschaften und der Anglistik (Trier, Oxford, Köln); seit Oktober 2004 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ausbleibende Renaissance des Schienenverkehrs

Dabei ließe allein die Entwicklung des Verkehrsträgers Schiene im intermodalen Wettbewerb eine kritische Haltung gegenüber der viel beschworenen Liberalisierungs- und Deregulierungsstrategie erwarten: Seit Jahren findet das Verkehrswachstum primär auf dem Asphalt statt, so dass der Personenverkehr auf der Schiene von 1970 bis heute um gerade einmal 22 Prozent wachsen konnte, während der Straßenverkehr im selben Zeitraum Zuwächse von über 134 Prozent verzeichnete. In punkto Kundenfreundlichkeit wurde dem »Unternehmen Zukunft« (Eigenwerbung) nach einer Umfrage der *Financial Times Deutschland* das schlechteste Image unter allen deutschen Großunternehmen attestiert. Der Wandel von einer »Behördenbahn«, der »Beförderungsfälle« anvertraut wurden, zu einer kundenorientierten Bahn, die sich der »Fahrgäste« annimmt, wurde offenbar verfehlt. Des Weiteren gelang es den Bahnverantwortlichen nicht, nach betriebswirtschaftlicher Rechnungslegung zu konsolidieren: Von 1994 bis zu Beginn dieses Jahres häufte die Deutsche Bahn (DB) AG Schulden in Höhe von 35 Mrd. Euro an. Zahlreiche Bahnhofsschließungen und Bahnofsveräußerungen nebst Streckenstilllegungen lassen ebenso wie der Personalabbau um mehr als 270 000 Beschäftigte erkennen, dass der umwelt-

1 Angelika Benz: Privatisierung und Regulierung der Bahn, in: Klaus König, Angelika Benz (Hrsg.): Privatisierung und staatliche Regulierung. Bahn, Post, Telekommunikation, Rundfunk, Baden-Baden 1997, S. 164.

freundlichste und sozialverträglichste Verkehrsträger zusehends auf das Abstellgleis gerät.

Statt eine »Renaissance« zu erleben, wie es die Verfechter der Bahnreform einst in Aussicht gestellt hatten, fährt die Bahn täglich tiefer in die Krise. Zwei Gründe können dabei zu den Hauptursachen erklärt werden:

Erstens: Aufgrund der Krise der öffentlichen Haushalte zieht die amtierende Bundesregierung ebenso wie die christlich-liberale Vorgängerregierung die Rückführung der Staatsaktivitäten den dringend notwendigen Investitionen in die Schieneninfrastruktur und deren Bedienung vor. Im Bereich der Bahnpolitik folgt sie konsequent dem Credo des »schlanken Staates«. Der Straßenverkehr hingegen verfügt dank Mineralöl- und KFZ-Steuer über eine ausreichend ergiebige Finanzquelle und aufgrund der starken Lobby zudem über den für den politischen Entscheidungsprozess noch bedeutsameren gesellschaftlichen Rückhalt.

Zweitens: Seit Jahren wirken sich die Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des Straßen-, Luft- und Schiffsverkehrs nachteilig auf den Verkehrsträger Schiene aus. Die mangelnde Internalisierung der von den konkurrierenden Verkehrsträgern produzierten externen Kosten² konkretisiert sich in der Umsatzsteuerbefreiung für den grenzüberschreitenden Flugverkehr ebenso wie in der Mineralölsteuerbefreiung für Luftverkehr und Binnenschifffahrt. Das Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich mahnte schon 1991 eine Neujustierung der steuerlichen Belastung der Verkehrsträger an, als es in einem Gutachten zu der Erkenntnis kam, dass sich der Straßenverkehr über das »volkswirtschaftliche Optimum [...] ausgedehnt« habe.³

Makrostrategie hinter der Bahnreform

Tatsächlich verbirgt sich hinter der seinerzeit getroffenen Entscheidung über die Zukunft der Deutschen Bahn AG eine langfristig angelegte »Makrostrategie«. Wie die beinahe zeitgleich erfolgte Privatisierung der Bundespost stellen die für das deutsche Bahnwesen bedeutsamen Liberalisierungsströmungen, namentlich Privatisierung und Deregulierung, die Konkretisierung eines flächendeckend angelegten Langzeitprojekts dar. Der Name des Projekts ist hinlänglich bekannt: Neoliberalismus. Unter der von Helmut Schmidt geführten sozial-liberalen Koalition griff die »Machtergreifung der großen neoliberalen Utopie«⁴ dergestalt Platz, dass fortan nahezu alle Gesellschaftsbereiche mit allein an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichteten Politikentwürfen überzogen wurden. Die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse durch den Markt – die zentrale Devise lautet »less government is good government«⁵ – stellt dabei das konstituierende Element der Implementierung neoliberaler Theorie dar. Der Kölner Politikwissenschaftler Ralf Ptak merkt in diesem Zusammenhang zutreffend an, dass die »neoliberale Ideologiebildung« Ende der 70er Jahre als »lautloser Versuch zur Erlangung der gesellschaftlich-kulturellen Hegemonie« zu deuten sei.⁶ Denn nicht offen und unverbrämt, sondern subtil bahnten sich die Ideologeme ihren Weg in die verschiedenen Sphären der Gesellschaft – getreu dem neoliberalen Politikentwurf der Dezentralität.

2 Als Externalität wird allgemein eine Konsequenz individueller Handlungen bezeichnet, die sich auf das individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül eines anderen Individuums auswirkt, ohne dass diese Wirkung durch den Preismechanismus in dem Kosten-Nutzen-Kalkül des handelnden Individuums ihren Niederschlag findet. Damit divergieren bei dieser Handlung das individuelle und das gesamtgesellschaftliche Kosten-Nutzen-Kalkül. Der Verursacher trägt also nicht alle Folgen seiner Handlungen, ein Teil seiner Kosten ist »extern«. Der namhafte US-amerikanische Ökonom Joseph Stiglitz verweist mit eingängigen Beispielen auf die Allgegenwärtigkeit externer Effekte: »Eine Bergsteigerin, die Abfall hinterlässt, ein Autofahrer, dessen Wagen Abgase emittiert, ein Kind, das nach dem Spielen Unordnung hinterlässt, ein Raucher, der in einem überfüllten Raum eine Zigarette raucht, sie alle verursachen externe Effekte.« Joseph Stiglitz: Volkswirtschaftslehre, München/Wien 1999, S. 174.

3 Zitiert nach: Peter Krebs: Verkehr wohin? Zwischen Bahn und Autobahn, Zürich 1996, S. 13.

4 Pierre Bourdieu: Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität, in: Ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998, S. 116.

5 John Moore: Why privatize?, in: John A. Kay, Collin Mayer, David Thompson (Ed.): Privatization and Regulation. The UK Experience, Oxford 1983, p. 93.

6 Ralf Ptak: Neoliberalismus: Geschichte, Konzeption und Praxis, in: Ulrich Müller, Sven Giegold, Malte Arhelger: Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, Hamburg 2004, S. 23 (FN 8).

7 Heiner Flassbeck: Was ist Angebotspolitik?, in: Konjunkturpolitik, 2/3 (1982), S. 75.

8 Vgl. Ralf Ptak: Ordoliberalismus – Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland, in: Werner Goldschmidt, Dieter Klein, Klaus Steinitz (Hrsg.): Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive. Beiträge zum sechzigsten Geburtstag von Herbert Schui, Heilbronn 2000, S. 194.

9 Meritorische Güter (merit goods) werden zur Deckung des Kollektivbedarfs angeboten. Da der Nutzen dieser »verdienstvollen« Güter von den Individuen jedoch bisweilen nicht ausreichend geschätzt wird, werden sie von staatlicher Seite zu Preisen angeboten, die nicht kostendeckend sind. Dazu zählen neben den genannten Gütern Kindergärten, Volkshochschulen, Universitäten etc. Das maßgeblich von Richard A. Musgrave entwickelte Konzept nimmt Präferenzverzerrungen zugunsten gesellschaftlicher Wertvorstellungen in Kauf und bildet damit einen Ausnahmetatbestand zu dem von der Volkswirtschaftslehre formulierten klassischen Allokationsziel. Vgl. Hans Kaminski: Finanzpolitik, in: Hermann May: Handbuch zur ökonomischen Bildung, München 1997, S. 435.

10 Peter Krebs, a. a. O., S. 40.

Bemerkenswert scheint in diesem Zusammenhang, dass es »kein Werk und keinen Autoren« gab, die, als sie »der alten Lehre den Todesstoß versetzten«, die »alte(n) Grundpfeiler durch neue ersetzt hätten«. ⁷ Ungeachtet diverser sektoraler, regionaler und temporärer Unterschiede zielt der Neoliberalismus auf eine »Entthronung der Politik« (F. A. von Hayek): Wettbewerb und Individualisierung im Gefolge einer umfassenden Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialordnung, Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Unternehmen bzw. Leistungen, Steuersenkungen bei gleichzeitiger Rückführung der Staatsausgaben sowie eine restriktive Geldpolitik. ⁸

In einem Politikentwurf, der ausschließlich auf den nach marktwirtschaftlichen Kriterien funktionierenden Wettbewerb baut, entscheidet allein der Preis über die Möglichkeit des Zugangs zu einem Gut oder einer Dienstleistung. Eine Unternehmenspolitik, die sich ohne staatliche Korrekturmaßnahmen ausschließlich an den marktüblichen Leistungsmaßstäben, sprich: Gewinn- und Effizienzkriterien, orientiert, führt letztlich zu einer Selektion im Rahmen der Zugangsmöglichkeiten zu Dienstleistungen, die einst jedem – unabhängig von der Zahlungskraft – offen standen. Der Staat verwehrt durch weitreichende Privatisierungen unterschiedlicher Lebensbereiche denjenigen den Zugang zu Schwimmbädern, Bibliotheken, Museen, Theatern und eben auch Verkehrsmitteln, die den am Markt entstehenden Preis nicht zahlen können. Mit Blick auf das Bahnwesen ist dies als besonders fatal zu werten, weil ein rasant wachsender Personenkreis – man denke an die stetig wachsende Zahl Erwerbsloser und älterer Mitmenschen – mangels materieller Ausstattung bzw. aufgrund fehlender gesundheitlicher Voraussetzungen auf keinen alternativen Verkehrsträger ausweichen kann.

Politisches Entscheidungskalkül als treibende Kraft

Galt der öffentliche Verkehr über Jahrzehnte hinweg als meritorisches Gut ⁹ (u. a. um einem drohenden Verkehrschaos sowie irreversiblen Umweltschäden zu begegnen), etablierten sich Ende der 80er Jahre mit der Installierung der Regierungskommission Bundesbahn auch in der Bahnpolitik Ansichten, die unter dem Stichwort »Privatisierung der Daseinsfürsorge« einen Paradigmenwechsel forderten. Der Abwärtssog der Verkehrsanteile, in den der Verkehrsträger Schiene hineingeraten ist, hat vielfältige Gründe, die raum- und ordnungspolitischer, finanzieller, gesellschaftlicher und technischer Natur sind. Unzweifelhaft ist jedoch, dass sich die Spirale des öffentlichen Verkehrs »nicht unter dem Einfluss eines Naturgesetzes, sondern von Spielregeln, die vom Menschen gemacht und durch ihn beeinflussbar sind«, nach unten geschraubt hat. ¹⁰ Anders als in der Industrie trieben im Fall der Deutschen Bahn nicht allein Marktveränderungen, sondern zuvorderst Entscheidungen der politisch Verantwortlichen die Entwicklung an. Die von der Europäischen Gemeinschaft nach dem Untätigkeitsurteil vom 22. Mai 1985 in Gang gesetzte Deregulierung der Verkehrsmärkte verschaffte den wichtigsten Konkurrenten der Bahn (Straßengüter- und Luftverkehr) zusätzliche Flexibilitätsspielräume und damit weitere Vorsprünge im intermodalen Wettbewerb (Modal Split). Wie der Verordnung 1893/91 zur speziellen Entgeltlichkeit bei gemeinwirtschaftlichen

Leistungen sowie der EG-Richtlinie 91/440 zur Trennung von Fahrweg und Betrieb und zur Öffnung der Trassen für Dritte zu entnehmen ist, drängte auch die Kommission zur Deregulierung im europäischen Verkehrswesen auf mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie im Eisenbahnwesen. Diese Richtlinie ließ den einzelnen EU-Staaten jedoch weitreichende Interpretationsspielräume, so dass beispielsweise bei der *Société Nationale des Chemins de Fer Français (SNCF)* als öffentlich-rechtlichem Monopolunternehmen trotz der formellen Trennung von Infrastruktur und Betrieb auf absehbare Zeit keine Privatisierung zu erwarten ist.

In der Bundesrepublik wurde zu Beginn der 90er Jahre unter Verweis auf die endogene Erschöpfung der staatlichen Versorgung mit Infrastrukturleistungen die im Zuge der Wiedervereinigung seinerzeit anstehende Zusammenführung von Reichs- und Bundesbahn sowie der Harmonisierung des europäischen Binnenmarktes die Liberalisierung des Bahnsektors inklusive der anschließenden Überführung der Bahn in privatrechtliche Verhältnisse eingeleitet. Ohne Zweifel werden mit der angestrebten materiellen Privatisierung in Form des bereits mehrfach aufgeschobenen Börsengangs der Bahn wichtige Instrumente zur Gestaltung einer wünschenswerten wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklung aus der Hand gegeben. »Die Ausweitung bzw. Stärkung der Marktkräfte bei gleichzeitiger Einschränkung der staatlichen Regulations- und Kontrollmöglichkeiten hat (...) zur Folge, dass die wirtschaftspolitischen Instrumentarien« sukzessive ausgehöhlt werden.«¹¹ Mit der Entpolitisierung ehemals originärer staatlicher Tätigkeitsfelder gehen Kostensteigerungen, Zugangsschwierigkeiten, Umweltschäden sowie betriebsbedingte Kündigungen einher. Die im Zusammenhang mit der Veräußerung staatlicher Beteiligungen bzw. ganzer Unternehmen häufig gebrauchte Metapher vom »Verkauf des Tafelsilbers« marginalisiert die Entwicklung aber noch aus einem weiteren Grund. Während »letzteres unnütz im Schrank herumsteht«, verschaffen staatliche Unternehmen der öffentlichen Hand laufende Einnahmen.¹² Die französische Staatsbahn *SNCF* beweist dies ebenso eindrucksvoll wie die schweizerische *SBB* als spezialrechtliche Aktiengesellschaft im Eigentum der Eidgenossenschaft. Die Züge der *SBB* leisten 87 Prozent der gefahrenen Personenkilometer und annähernd 90 Prozent der Tonnenkilometer, bilden mithin eine äußerst verlässliche Einnahmequelle.¹³

Rückzug aus der Fläche als Verzicht auf die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben

Nicht ohne Grund ist der Verkehrssektor von jeher als wettbewerblicher Ausnahmehereich behandelt worden. Die Bereitstellung eines öffentlichen Gutes – und als solches ist zumindest die Schieneninfrastruktur anzusehen – hat nach allgemeinem Dafürhalten stets nach politischer Willensbildung, sprich: nach dem vom Staat favorisierten Allokationsmechanismus, zu erfolgen. Problematisch ist der von der deutschen Bahnführung unter der Ägide des Bundesverkehrsministeriums angestrebte Börsengang deshalb, weil eine gleichzeitige Orientierung an den Leitbildern »Freiheit des Marktes« und »Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den demokratischen

11 Rainer Zugehör: Die Globalisierungslüge. Handlungsmöglichkeiten einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik, Unkel am Rhein/Bad Honnef 1998, S. 24.

12 Vgl. Christoph Butterwege: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen 2001, S. 112.

13 Schweizer Bundesbahn (Hrsg.): *SBB – Voll auf Fahrt*, Bern 2004, S. 4.

Staat« nicht möglich ist. Konkret heißt dies, dass sich die Verantwortlichen entweder für eine in Art. 87e Abs. 3 GG festgeschriebene Allgemeinwohlverpflichtung oder aber eine Entstaatlichung, sprich: Privatisierung des Verkehrsträgers Schiene aussprechen müssen. Wird dem Gemeinwohl Priorität eingeräumt, hat die Maßgabe der Flächendeckung, die Verpflichtung zu einer sozialverträglichen Tarifgestaltung sowie die Beseitigung von Zugangshemmnissen im Mittelpunkt der Bahnpolitik zu stehen. Entlässt man den in der Historie so bedeutsamen Verkehrsträger aus der Sphäre, die staatliche Korrekturmaßnahmen zulässt, hat dies unweigerlich eine Unternehmenspolitik zur Folge, die sich ausschließlich an den marktüblichen Leistungs-, nämlich Gewinn- und Effizienzkriterien, orientiert.

Die ausschließliche Orientierung am Markt- und Preismechanismus zwingt die privatisierte Bahn aber nicht allein zu den von Politikern jedweder Couleur kritisierten Fahrpreiserhöhungen, sondern vermehrt auch zu Streckenstilllegungen in strukturschwachen Gebieten. Mit dem im Rahmen des Konzepts »RZ 2000 plus« – wobei »RZ« für »Rationalisierter Zustand« steht – vorangetriebenen Streckennetzabbau von 41 700 km im Jahre 1995 auf 35 800 km im Jahre 2003 trat die Deutsche Bahn unmittelbar nach der formellen Privatisierung den Rückzug aus der Fläche an. Dünn besiedelte und von Wirtschaftszentren entfernt liegende Regionen gelten der privatrechtlich organisierten Bahn zunehmend als unattraktiv, da die Nachfragekurve aufgrund der enorm hohen Fixkosten (Wartung und Instandhaltung der Infrastruktur sowie des rollenden Materials) ohnehin häufig unterhalb der Durchschnittskostenkurve verläuft, die Kosten durch laufende Einnahmen mithin nicht gedeckt werden können. Bundesverkehrsministerium und Bahnvorstand zeigen sich dabei gleichermaßen blind gegenüber den Sekundäreffekten einer funktionierenden Eisenbahninfrastruktur. So kann etwa eine Bahnstrecke, die eine entlegene Region mit einem Wirtschaftszentrum verbindet, unrentabel sein, für die dortigen Bewohner jedoch eine Lebensnotwendigkeit darstellen. Die Schaffung eines attraktiven Nahverkehrssystems, das Berufspendlern, Studenten, Rentnern und Behinderten, aber auch »Reiselustigen« eine wirkliche Alternative zum individuell motorisierten Straßenverkehr bietet, scheint unerlässlich. Nicht zuletzt deshalb, weil der motorisierte Individualverkehr die Gesellschaft teuer zu stehen kommt, wie ein Auszug aus dem Forderungskatalog der *Allianz pro Schiene*¹⁴ verdeutlicht: »Den Steuer- und Krankenkassenbeitragszahlern werden Milliardenbeträge aufgebürdet, die vom motorisierten Straßenverkehr verursacht werden: Gebäudeschäden, Unfallkosten, Gesundheitskosten für Lärm- und Luftverunreinigungsfolgen, kaum zu beziffernde Verluste durch Natur- und Landschaftsverbrauch und viele andere Begleiterscheinungen der Straßenmobilität, die in der Summe ein immer unerträglicheres Ausmaß angenommen haben.«¹⁵

Einer breitenwirksamen Bestandsoptimierung des Schienennetzes bedürfte es nicht zuletzt, um des mit der EU-Osterweiterung anschwellenden Transitverkehrs Herr zu werden. De facto werden Investitionen in das Trassennetz seit geraumer Zeit zum abbaubedürftigen Subventionstatbestand degradiert, mithin nicht mehr als Wachstumsmotor für die Wirtschaft angesehen. Die für den Zeit-

14 Die Allianz pro Schiene e.V. ist ein Zusammenschluss von 15 Non-Profit-Organisationen, zu denen Umweltverbände, Verkehrsclubs, Fahrgastorganisationen sowie Gewerkschaften und Berufsverbände zählen. Das im Jahr 2000 gegründete Schienenbündnis wird von 51 Unternehmen aus der bahnnahen Wirtschaft unterstützt und repräsentiert über eine Million Einzelmitglieder.

15 Allianz pro Schiene (Hrsg.): Fahrplan Zukunft – 10 Punkte für einen fairen Wettbewerb zwischen allen konkurrierenden Verkehrsträgern, Berlin 2002, S. 12.

raum bis 2008 vom Bund in Aussicht gestellten Zuschüsse in Höhe von 2,5 Mrd. Euro pro Jahr können allenfalls den Erhalt der bestehenden Schieneninfrastruktur sichern. Dabei scheint ein Ausbau zur Belebung des schienengebundenen Verkehrs unerlässlich, weist doch das gesamtdeutsche Netz mittlerweile nur noch die Länge der westdeutschen Schienenwege im Jahr 1952 auf.¹⁶ Das schrumpfende Trassennetz verwundert insbesondere auch, weil das Schienennetz der damaligen DDR dichter als das der Bundesrepublik war.

Der Leitlinie »Flächenbahn statt Börsenbahn« sollten Bundesverkehrsministerium und Bahnführung auch folgen, weil sich die Bahn im Fernverkehr seit geraumer Zeit einem weiteren Konkurrenten zu stellen hat: dem Flugzeug, dessen Tarife allmählich bis zum Nulltarif sinken¹⁷ und dessen Verfügbarkeit durch die vermehrte Nutzung von Regionalflughäfen fortwährend steigt. Diese Entwicklung steht dem Konzept der Bahn diametral entgegen. Während jene durch das Streichen von Nebenstrecken den Rückzug aus der Fläche antritt, »diffundiert« der Verkehrsträger Flugzeug bis in einst entlegene Regionen. Sollte die Umsatzsteuerbefreiung für den grenzüberschreitenden Flugverkehr nicht ebenso aufgehoben werden wie die Mineralölsteuerbefreiung für Luftverkehr und Binnenschifffahrt, wird sich der Wettbewerb unweigerlich zu Lasten der Bahn verschärfen – trotz Ökosteuern und LKW-Maut.

Gleichsam Besorgnis erregend stimmt die Verringerung der »Bahnhofsichte«. Im Jahr 1966 lag die durchschnittliche Entfernung zwischen zwei Bahnhöfen in Westdeutschland noch bei 4,1 Kilometern, wie der ehemalige verkehrspolitische Sprecher der PDS-Fraktion im Bundestag, Winfried Wolf, in seiner Bilanz der Verkehrs- und Bahnpolitik unter dem Titel »Die sieben Todsünden des Herrn M.« darlegt.¹⁸ Im Jahr 2002 belief sich diese durchschnittliche Entfernung auf 7,6 Kilometer. Eine räumliche wie zeitliche Verlängerung der Anfahrtswege schlägt sich aber nicht nur in sinkenden Fahrgastzahlen nieder. Insbesondere mit Blick auf die ostdeutschen Bundesländer gilt, dass sich mit dem Wandel dünn besiedelter Regionen in ein *land of waste* schließlich ein »Teufelskreis« einstellt: Sind jene Regionen nicht mehr an das Schienennetz angebunden, finden sie auf lange Sicht keinen Anschluss mehr an den Wirtschaftskreislauf, weder im verarbeitenden noch im Dienstleistungsgewerbe. Originär staatliche Aufgabe müsste es im Sinne einer verantwortlichen Struktur-, Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik sein, auf der Angebotsseite korrigierend einzugreifen, um neben dem Allokations- das Distributionsprinzip zu verankern. Mit der Gewährleistung eines flächendeckenden Schienenverkehrs würde nach einhelliger Auffassung neben einer Steigerung des Fracht- und Fahrgastaufkommens langfristig auch eine spürbare Ergebnisverbesserung bei der Bahn einhergehen.

Anhebung der Fahrpreise

Ungewöhnlich einig waren sich die Verkehrspolitiker im Dezember letzten Jahres in der Ablehnung der abermaligen Fahrpreiserhöhungen. »Wenn ein Unternehmen innerhalb so kurzer Zeit ein zweites Mal die Preise deutlich erhöht«, sei dies »sicher nicht die richtige Strategie, um mehr Fahrgäste zu gewinnen«, ließ sich der baden-

16 Winfried Wolf: Die sieben Todsünden des Herrn M.: Eine Bilanz der Verkehrs- und Bahnpolitik mit sieben Hinweisen darauf, weshalb diese in einer verkehrspolitischen Sackgasse mündet, Berlin 2002, S. 23.

17 Hier sei auf die Werbekampagnen von Hapag-Lloyd-Express, Ryan Air, German Wings und Air Berlin Bezug genommen, die gelegentlich Kontingente von Freitickets auf den Markt bringen.

18 Winfried Wolf, a. a. O., S. 44.

württembergische Verkehrsminister Stefan Mappus (CDU) hören. Ihm pflichtete die PDS-Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch bei, als sie darauf verwies, dass die Tariferhöhungen »eine weitere Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße zur Folge haben werden«. Unmut löste die Preisstrategie auch bahntern aus, plagen den Konzern doch insbesondere im Personenfernverkehr massive Auslastungsprobleme. Die dort vollzogene Preiserhöhung um durchschnittlich 3,1 Prozent dürfte kaum dazu angetan sein, die Auslastung der Züge von derzeit mageren 42 Prozent auf ein tragfähiges Niveau zu steigern.

Preiswerte Alternativen im Bahn- und Busverkehr sind jedoch dringend geboten. So entfaltet nämlich bereits die unter der rot-grünen Bundesregierung vorangetriebene »Verteuerung« des motorisierten Individualverkehrs – in vielen Regionen der einzige Garant für ein ausreichendes Maß an Mobilität – eine brenzlige soziale Trennwirkung. Als Reaktion auf die im Zuge der ökologischen Steuerreform erfolgte Anhebung der Mineralölsteuer musste bereits eine Vielzahl von Menschen die Nutzung des PKW einschränken, nicht selten wurde sie unerschwinglich. Es scheint über die Parteigrenzen hinweg in Vergessenheit geraten zu sein, dass dem Staat nach Art. 87e Abs. 4 GG trotz des Wechsels der Rechtsträgerschaft eine »Gewährleistungspflicht« obliegt, die es ihm zur Auflage macht, die für das Gemeinwesen unverzichtbaren Leistungen zu erbringen bzw. erbringen zu lassen. Mit den flächendeckenden Tariferhöhungen unterstreichen die Bahnverantwortlichen ihre Ambitionen, die Bahn binnen kurzer Zeit kapitalmarktfähig zu machen, wobei sie die Schwächung des Verkehrsträgers im intermodalen Wettbewerb billigend in Kauf nehmen.

Staatliche Steuerung zugunsten einer nachhaltigen Belegung des Schienenverkehrs

»Man verwandelt einen Esel nicht in ein Zebra, indem man ihm Streifen auf den Rücken malt.«¹⁹ Mit diesem Satz wies der britische Ökonom Samuel Brittan Mitte der 80er Jahre darauf hin, dass Privatisierungsmaßnahmen mit Beharrlichkeit und Konsequenz voranzutreiben seien. Mit derselben Entschlossenheit müssen diejenigen, die das Rad der Bahnreform zurückdrehen wollen, nun auch die »Reform der Reform« anstreben. Marginale Korrekturen wie etwa die immer wieder eingeforderte Neubesetzung des DB-Vorstands werden nicht ausreichen, um dem umwelt- und sozialverträglichsten Verkehrsträger ansehnliche Zuwachsraten im Personen- und Güterverkehr zu beschern.

Mit der Einführung der ökologischen Steuerreform hat die rot-grüne Bundesregierung unzweifelhaft einen ersten Beitrag zur Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene geleistet, wenngleich die soziale Unverträglichkeit dieser Maßnahme – wie bereits ausgeführt – bislang nicht ent-, sondern weiter verschärft wurde. Die mit beträchtlicher Verspätung angelaufene Schwerkverkehrsabgabe für die Straße (LKW-Maut) wird den Wettbewerb im Gütertransport aller Voraussicht nach gleichfalls sukzessive zu Gunsten der Bahn verlagern. Eine spürbare Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene bedarf jedoch Maßnahmen, die über Emissionsgrenzen, Straßenbenut-

19 Im Original heißt es: »You do not make a mule into a zebra by painting stripes on its back.« Samuel Brittan: *The Politics and Economics of Privatization*, in: *Political Quarterly*, 55 (1984), p. 120.

zungsgebühren sowie Tempolimits hinausgehen und sich an einer Stärkung des Verkehrsträgers Schiene unter Betonung staatlicher Lenkungsmöglichkeiten orientieren. Mit Blick auf die Schwerverkehrsabgabe ist festzustellen, dass diese zwar als ein Schritt in Richtung »Internalisierung negativer externer Effekte« zu werten ist, jedoch zu kurz greift und durch Kompensationsmaßnahmen konterkariert wird. Da die Mautpflicht nur auf Bundesautobahnen und bei LKW mit einem Nettogewicht von mehr als zwölf Tonnen gilt, steht zu befürchten, dass die Verkehrsbelastung durch eine Verfrachtung auf Kleinlasten und die Nutzung von Bundesstraßen im Saldo ansteigt. Die vielfach prognostizierte Entlastung des innerstädtischen Verkehrs wird damit nicht einhergehen. Im Gegenteil: Die in den Bundesverkehrswegeplänen der vergangenen Jahre angelegte Ausweitung des Straßennetzes muss als der »in Beton erstarrte Ausdruck der perspektivlosen europäischen Verkehrs- und Umweltpolitik« gewertet werden.²⁰

Aufgrund der vorläufig nicht zu erwartenden steuerlichen »Herstellung von Kostenwahrheit im Verkehrswesen« sollte die DB den kostspieligen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsstrecken zunächst zurückstellen. Die freiwerdenden Mittel könnten für mehr Kundenservice, ein akzeptables Preisniveau sowie ein umfassendes Regionalverkehrsangebot genutzt werden. Die mit der Einstellung der äußerst lukrativen Zuggattung InterRegio im Jahr 2002 eingeläutete Abkehr von einer derartigen Unternehmenspolitik erwies sich als Fehlentscheidung; das Kalkül der Bahnverantwortlichen, die Fahrgäste zum Umsteigen auf die teureren IC-, EC- und ICE-Züge zu bewegen, ging nicht auf, wie die rückläufigen Fahrgastzahlen im Fernverkehr belegen. Das Potenzial an Geschäftsreisenden und First-Lounge-Nutzern ist – dies zeigt das Beispiel der ICE-Neubaustrecke Köln-Frankfurt (Main) – begrenzt. Trotz einer Halbierung der Fahrzeit sind die 300 Stundenkilometer schnellen ICE-Züge zu weniger als 35 Prozent ausgelastet. Um die jährlichen Verluste in dreistelliger Millionenhöhe abzufedern, sah sich die DB zum Fahrplanwechsel im Dezember letzten Jahres gezwungen, den Fahrtakt auszudünnen.

Letztlich können Erkenntnisse, zu denen unsere Vorfahren im Zeitalter der Industrialisierung gelangt waren, erneut Gültigkeit beanspruchen. Danach ist es nur einer staatlich gelenkten Bahn, die sich der Vorhaltung von Transport als öffentlichem Angebot verpflichtet sieht, möglich, flächendeckende und langfristig angelegte Verkehrsangebote für jedermann zu gewähren. Nachdem zu Beginn des 19. Jahrhunderts nahezu alle Bahnen privat betrieben worden waren, wurden sie allmählich in öffentliches Eigentum überführt. Mit der Gründung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 entstanden hier zu Lande zunächst die Länderbahnen, nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Deutsche Reichsbahn aus der Taufe gehoben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam es dann in weiteren europäischen Staaten, nicht zuletzt in Großbritannien (*British Rail*), zur Gründung von Staatsbahnen. Neben wirtschaftlichen und militärischen Überlegungen wurde dem Gedanken des Allgemeinwohls stets besondere Bedeutung beigemessen. Die Bahn sollte nicht einigen wenigen Investoren Gewinne beschermen, sondern – an den Be-

20 Peter Krebs, a. a. O., S. 156.

dürfnissen der Bürger orientiert – eine infrastrukturelle Grundversorgung gewährleisten. Unter Verweis darauf, dass eine unrentable Bahnverbindung, die eine entlegene Region mit einem Zentrum verbindet, für die fern des Ballungsraums angesiedelten Bewohner eine Lebensnotwendigkeit darstellt, wurden die staatlichen Finanzhilfen gemeinhin als sinnvoll erachtet. Ein wenig mehr »Geschichtsbewusstsein« auf Seiten derjenigen, die für die Bahnpolitik verantwortlich zeichnen, könnte dem Verkehrsträger Schiene die so dringliche »Renaissance« beschern. Werden in den kommenden Jahren nicht die verkehrspolitischen Strategien, die sich an sozialer und umweltpolitischer Ausgewogenheit sowie an den »wahren« Kosten des Straßen- und Flugverkehrs orientieren, umgesetzt, droht nicht allein ein verkehrspolitisches Desaster.

Verrat?

Fakten – Fiktionen – Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Teil III

Am 7./8. Oktober 2005 führen die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung die dritte und letzte Runde der wissenschaftlichen Diskussion zum Thema »Verrat in der Arbeiterbewegung« durch.

(Vgl. die Information im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung H. II/2003, S. 187-189, sowie die Anzeige in: ebenda, Heft II/2004, S. 17)

In einführenden Vorträgen soll eine Gesamtsicht auf das Thema versucht und dabei insbesondere auf die Folgen der Verratsthese für die Arbeiterbewegung insgesamt und ihren kommunistischen Teil im einzelnen eingegangen werden.

Unter ereignis- und organisationsgeschichtlichen Fragestellungen sollten – neben einigen die historische Phase 1914-1945 betreffenden ergänzenden Kurzbeiträgen – dieses Mal besonders die Jahre 1945-1990 den Gegenstand der Analyse und Diskussion bilden.

Die Diskussion um die ethische und kulturhistorische Dimension der »Verrats«-These sollte sich auf die Kunstfigur des »Verräters« in Literatur, Film und bildender Kunst, die im Exil und nach 1945 mit der Arbeiterbewegung verbunden waren, konzentrieren.

Bei beiden Schwerpunkten soll auch jetzt wieder die internationale Sicht nicht ausgespart bleiben. Die Materialien aller drei Diskussionsrunden werden Ende 2006 in einem Buch der Öffentlichkeit vorgelegt.

Die Tagung findet in Berlin in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Konferenzsaal, 10243 Berlin, statt.

Für Auskünfte und Anmeldung von Beiträgen stehen zur Verfügung:

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Dr. Jörn Schütrumpf, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/44 310 123/172, schuetrumpf@rosalux.de.

Für den Förderverein: Dr. Simone Barck, Große Hamburger Straße 31, 10115 Berlin, Tel./Fax 030/28 57 881, und Dr. Ulla Plener, Berolinastr. 12, 10178 Berlin, u.plener@web.de.

TOBIAS MICHEL

Globalisierte Geschäfte mit unserer Gesundheit

Es erscheint als paradoxer Widerspruch: Private Krankenhausketten, Altenheime, Laboratorien und Versicherungen filetieren den bislang staatlichen Gesundheitssektor. Mit dem dröhnenden Schlachtruf »Globalisierung« bedrängen sie den Staat, ihnen das Feld als Markt zu überlassen. Doch zugleich rufen sie denselben Staat an, ihnen dieses Feld zu bereiten. Angesichts der rasanten Entgrenzungen innerhalb der EU fordern sie von ihrer Regierung, die neuen Gebiete und Technologien zu erschließen, einander vor ungesunden Auswüchsen der Konkurrenz zu schützen und ausreichend Schwestern und Ärzte heranzuschaffen.

Die Bittsteller sind gerade erst dabei, die Claims abzustecken. Prof. Dr. Dietrich Grönemeyer skizziert die Potenziale, angefangen von der Medizintechnik über Pharmazie, Telematik bis hin zu Fitness, Wellness und Naturheilkunde: »Das Gesundheitswesen selbst, die medizinische Versorgung, ist nur ein Teilbereich dieses umfassenderen Feldes der Gesundheitswirtschaft.«¹

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, rechnet die Zukunft genauer aus. Er prognostiziert, dass der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 10,7 Prozent im Jahr 2000 auf über 15 Prozent im Jahr 2020 gepuscht werden könne. Der Gesundheitssektor wüchse, angekurbelt durch die Marktmechanismen, von 218 Milliarden Euro in 2000 auf rund 430 Milliarden Euro in 2020. Um solche zusätzlichen Summen aufzubringen, setzt Walter neben einer obligatorischen Grundsicherung vor allem auf individuell gestaltete Leistungen aus kapitalgedeckten Krankenversicherungen.² Bislang begleichen die Deutschen erst 7 Prozent ihrer Ausgaben für Gesundheit direkt aus der eigenen Tasche. Der Rest wird durch die überwiegend gesetzlichen Versicherungen beglichen und kontrolliert. Laut dem Marktforscher Arthur Andersen werden wir bereits in zehn Jahren 30 Prozent unserer Pillen, Massagen und Bluttests bar zahlen. Mit Hilfe des Euros wird Gesundheit über die Landesgrenzen handelbar.

GATS, das internationale Abkommen über den freizügigen Handel mit Dienstleistungen, hat den Argwohn der Globalisierungskritiker geweckt. Beschwichtigend haben vor zwei Jahren die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einer gemeinsamen Studie empfohlen, zumindest der Gesundheit Vorrang einzuräumen gegenüber unbeschränkten Handelsinteressen.³

Doch es gibt keinen Grund zur Entwarnung! Weitgehend unbeachtet von der öffentlichen Diskussion reißen Gesundheitsminister

Tobias Michel – Jg. 1956; Krankenpfleger, Betriebswirt VWA, freigestellter Betriebsrat im Essener Alfred Krupp Krankenhaus; Aktivist in der Gewerkschaft ver.di – rund um Arbeitszeiten im Gesundheitswesen – und in attac-Deutschland (Attac-BasisText »Sozialstaat«, Christen/Michel/Rätz, Hamburg 2003.

1 Dietrich Grönemeyer: Gesundheitswirtschaft. Die Zukunft für Deutschland, Berlin 2004.

2 Ärzte Zeitung vom 18. Juni 2004.

3 Vgl. WTO Agreements And Public Health. A joint study by the WHO and the WTO Secretariat, 6. Juli 2002.

und Lobbyisten derzeit die Grenzen in Europa nieder. Patienten und medizinisches Personal, Medikamente und Organe, Krankenkassen und Versicherungen – sie alle werden im EU-weiten Medizingeschäft um die Euro-Milliarden grenzüberschreitend gehandelt. In diesem Strudel werden die Verantwortlichen unsichtbar. Die Gesetzgeber in den einzelnen EU-Mitgliedsländern laufen bei ihren Gesundheitsreformen nur den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hinterher; der EuGH hält sich stur an die Richtlinien der EU-Kommission, die EU-Bürokraten setzen die Politik um, die von den EU-Gesundheitsministern bei ihren Treffen vorgegeben wurde.

Dienstleistung gegen Cash

In diesem Sinne ist Gesundheitsministerin Ulla Schmidt durchaus eine internationale Komplizin: »Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir regeln, dass alle gesetzlich Krankenversicherten innerhalb der europäischen Mitgliedstaaten alle Leistungen in der ambulanten Versorgung im Kostenerstattungsprinzip in Anspruch nehmen können. Die Leistungen werden in der Höhe ersetzt, in der sie auch im Sachleistungsprinzip erstattet würden. Ich gehe davon aus, dass wir uns bei den derzeit stattfindenden Verhandlungen darauf einigen werden, dass das, was für Europa gilt, auch in Deutschland Rechtskraft besitzen muss.«⁴

Selbst das 10-Euro-Eintrittsgeld zur deutschen Arztpraxis bekommt bei ihr einen internationalistischen Anstrich: »Das ist alles nur eine Gewohnheitssache und wird in fast allen Ländern um uns herum so gehandhabt, und keiner beschwert sich dort über Bürokratie.«⁵

Nur wir Normalsterblichen kommen bei ihren Worten auf den Gedanken, es gehe dabei um unsere Versorgung während eines Urlaubs auf Ibiza oder in Schottland. »In einem Europa ohne Grenzen wollen die Menschen auch in der Gesundheitsversorgung mehr Mobilität. Unser Ziel ist es, noch bestehende Schranken und Hürden, wo immer möglich, durchlässiger zu machen«, erklärte der baden-württembergische Sozialminister Repnik. Davon profitieren jedoch nicht in erster Linie Patientinnen und Patienten. »Für die baden-württembergischen Leistungsanbieter eröffnen sich neue Chancen, ihre hochwertigen Leistungen anderen EU-Bürgern anzubieten.«⁶

Seit deutsche Gesetzgeber 1998 Krankenhäusern einen finanziellen Anreiz gesetzt haben, internationale Patienten zu behandeln, gibt es zahlreiche Bemühungen, diesen Markt zu erschließen. Sie reichen von der Gründung des Kuratoriums zur Förderung deutscher Medizin im Ausland e. V. über Marketingaktionen einzelner Häuser, Verhandlungen mit internationalen Krankenkassen bis hin zur Gründung von Patientenvermittlungsbüros.

Niederländer werden bereits auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Krankenkassen in NRW behandelt. Im kleinen Grenzverkehr werden die Folgen der drastischen Sparpolitik im Nachbarland insbesondere bei Vorsorgeuntersuchungen ausgegült. »Es erwachsen Chancen für die Medizintechnikunternehmen, weil Patienten vielfach den Wunsch haben, im Heimatland an den gleichen Geräten weiterbehandelt zu werden«, schwärmt Dr. G. Knorr, Ministerialdirigent der bayrischen Staatsregierung. »Beispielhaft ist das

4 Das Herkunftslandprinzip bei Dienstleistungen in der EU erhält so am 30. Juni 2003 im Internet-Chat der Bundesregierung eine weitere Facette, indem es auf die Patienten selbst ausgedehnt wird. Siehe: <http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Gesundheit-und-Soziales/Nachrichten-,1100.497093/artikel/Chat-mit-Bundesgesundheitsmini.htm>

5 Im von der ARD-Tageschau durchgeführten Internet-Chat »tacheles02« am 31. Oktober 2003.

6 Pressemeldung des Landes Baden-Württemberg vom 23. Oktober 2003; unter <http://www.dienstleistungs-offensive.de> wird u. a. die Branche Gesundheit und Soziales als »Wachstumsfeld: Gesundheitswirtschaft« beworben.

Konzept, Privatstationen mit gehobener Ausstattung und besonderem Service zu errichten, das einige Kliniken in Deutschland bereits erfolgreich umgesetzt haben. Diese Einrichtungen tragen dem wachsenden Bedürfnis ausländischer wie deutscher Patienten nach exklusiver Behandlung im Krankheitsfall Rechnung.«⁷

Exklusive Behandlung für exklusive Patienten

Die Henriettenstiftung in Niedersachsen prahlt damit, wie sie sich auf englische Patienten spezialisiert hat – mit zweisprachiger Ausschilderung, mit angepasstem Essen, mit Sprachkursen für das Personal.⁸ Zwei Jahre später scheint dieser Prozess bereits unumkehrbar. »Wir können uns nicht mehr vorstellen, auf dieses Standbein zu verzichten«, glaubt der für ausländische Patienten in dieser diakonischen Einrichtung zuständige Projektmanager Stefan Keunecke. Zwar sind einige Blüenträume bereits verwehlt, der erhoffte Patientenstrom aus London wurde unversehens durch deren *National Health Service* nach Brüssel umgeleitet. Mit knapp 5000 Patienten aus Großbritannien fühlt man sich in der Hannoveraner Klinik unangestastet »wie ein Hamster im Laufrad«.⁹

Die ambulanten und stationären Wartelisten im britischen Gesundheitswesen sind unerträglich über die Millionengrenze angewachsen. Die Labour-Regierung weicht auf Anbieter im Ausland aus. Englische Privatkliniken verlangen z. B. 11 000 Euro für eine Hüftoperation mit zehntägiger »Verweildauer«, die deutsche Konkurrenz macht es in 21 Tagen für knapp 10 000 Euro, sei es im Essener Lutherkrankenhaus oder in Hannover.¹⁰

Weil es in Norwegen insbesondere an Operateuren fehlt, verkürzen die mobilen Patienten dort ihre bis zu sechsjährigen Wartezeiten und jetten für eine Augenoperation nach Deutschland. So kauft Norwegen für seine Bürger jährlich 50 000 Operationen im Ausland ein.

Damit sie international ihre Angebote bewerben können, hat das deutsche Verfassungsgericht im August 2003 den Kliniken den Weg zum Marketing im Internet geöffnet. Insbesondere nach dem 11. September 2001 interessieren sich arabische und russische Reiche, die nicht mehr so leicht in die USA einreisen können, für Privatkliniken, die sich auf Sonderwünsche verstehen: Für Minister und Blaublüter gibt es Bodyguards und Decknamen. Durchaus vieldeutig fasst dies eine für den arabischen Raum gedruckte Imagebroschüre als Kurmotto: »Hessen – Rich in Health«.¹¹ Nach Schätzungen des hessischen Wirtschaftsministeriums lassen Araber je Behandlung dabei etwa 30 000 Euro hier. Der zweite stark wachsende Sektor seien »reiche Russen«.

Mit Hausprospekten in arabischer Sprache und gezielten Werbekampagnen versuchen die Universitätskliniken in Frankfurt, Marburg oder Hamburg-Eppendorf mitzuhalten.

In Berlin übernahm Gesundheitssenatorin Dr. Heidi Knake-Werner die Schirmherrschaft für das »Network for Better Medical Care – NBMC«, zum dem sich neun Berliner Krankenhäuser zusammengefunden haben. Gemeinsam wollen sie verstärkt Patienten aus dem Ausland in ihre Betten werben.

Im Wettlauf der Bundesländer hat die NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer damit zugleich ein Wahlkampfthema für die SPD

7 Dr. G. Knorr: Die deutschen Krankenhäuser im internationalen Wettbewerb, in: führen & wirtschaften 5/2003, S. 458.

8 Ärzte Zeitung vom 6. März 2002. Unter www.henriettenstiftung.de wird neben dem »International Patient Service (IPS) of the Henriettenstiftung« auch das diakonische Selbstverständnis erläutert: »Das Krankenhaus setzt Impulse für die Zukunft und ist in vielen Bereichen initiativ tätig.«

9 Ärzte Zeitung vom 14. Juni 2004.

10 »Doch alle haben ihre Vorlieben, die von den Kliniken bedient werden sollten – dafür sind Erfahrungen mit den Herkunftsländern der Patienten unerlässlich. In Hamburg wurde etwa der Bettumhang, den Briten auch im Einzelzimmer schätzen, genannt. Dänische Patienten dagegen freuen sich zum Beispiel über eine Miniaturausgabe ihrer Nationalflagge im Zimmer. Araber ziehen stilles Wasser vor. Wer solche von den Patienten aufmerksam registrierten Kleinigkeiten vernachlässigt, darf von den Patienten keine Empfehlung erwarten.« Dirk Schnack in: Ärzte Zeitung, 14. Juni 2004.

11 Reiche und am Gesundheitsmarkt reich werdende können »Healthcare in Hessen, 2nd edition 04/2002« über <http://www.wirtschaft.hessen.de/Ministerium/Service/> Publikationen bestellen.

12 Landesregierung NRW, Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW, Version 1.0 vom 10. September 2004, S. 49.

13 Vgl. klinik@news, Der Newsletter für die Gesundheitswirtschaft, Nr. 30 vom 14. Februar 2005.

14 »führen & wirtschaften«, das Zentralorgan der Krankenhäuser in Privatbesitz, beruft sich bei solchen Einschätzungen auf Dr. Kai Illing. Siehe: f&w 4/2004.

15 Studie »Gesundheitsmarkt 2013« der Hypo-Vereinsbank, April 2003, <http://www.hypovereinsbank.de/pub/io/rese/132272.jsp>.

16 »Selbstbestimmtes Leben in südlicher Atmosphäre und professionelle Pflege« – auf Initiative des Ev. Johanneswerks haben sich soziale Dienstleister aus ganz Deutschland zu einer AG zusammengeschlossen, um sich gegenseitig bei ihrer Arbeit auf den Märkten in Spanien, Rumänien oder den Niederlanden zu unterstützen. Siehe: www.johanneswerk.de.

17 Siehe hierzu z. B. Ellen Meiksins Wood: Unbegrenzter Krieg – Die neue Ideologie des Krieges aus historischer Sicht, in: Sozialistische Hefte 3, Köln, Februar 2003.

entdeckt: »Künftig wird es verstärkt darum gehen müssen, diese Infrastrukturen und Kompetenzen auch für den internationalen Gesundheitstourismus stärker zu nutzen. Dieser zählt zu den wertschöpfenden Tourismusformen.«¹²

Die bayrische Regierung schickte ihre Gesundheitsministerin Christa Stewens Anfang des Jahres eigens nach Dubai zur »Arab Health 2005«. Ihre triviale Werbebotschaft an die arabische Welt: »Medizinische Versorgung – Made in Bavaria.«¹³ Knapp 20 Prozent der 1 250 Aussteller auf der zweitgrößten Medizinmesse der Welt kamen aus Deutschland.

Insgesamt werden bereits etwa 60 000 Patienten aus dem Ausland in deutschen Hospitälern behandelt, die Mehrzahl aus den EU-Nachbarländern, rund 3 000 aus den arabischen Ländern.

Nun gibt es auch hierzulande Wartelisten und Unterversorgung. Und die Patienten beginnen sich angesichts von steigenden Zuzahlungen und Eigenanteilen über die Grenzen hinaus nach Dumpingangeboten umzuschauen. Darum enthält das Paket der modernisierten Gesundheitsgesetze für die deutschen Krankenkassen erstmals die Möglichkeit, umgekehrt auch Verträge mit Leistungsanbietern im europäischen Ausland abzuschließen.

Gehet hin in alle Welt

Rund 100 000 deutsche Rehapatienten reisen jährlich ins tschechische Karlsbad, Marienbad und Franzensbad. Der Markt dieser deutschen »Selbstzahler« wird bei solchen Kuren und Sanatorien derzeit auf 40 Mio. Euro geschätzt. Bei einem »mutigen Ausbau« und »entsprechender politischer Weichenstellung« sei dies auf 100 Mio. Euro steigbar; die Träume gehen EU-weit in Dimensionen von 300 Mio. Euro.¹⁴

So viel Patiententourismus mag unbefangenen Betrachtern irgendwie unsinnig und teuer und nicht »kundenorientiert« erscheinen. Die neoliberalen Ökonomen besinnen sich. Sie fassen dabei zunächst die Wohlstandsmigranten und die Gesundheitsmigranten (ab ins milde Klima) ins Auge. So zeichnet sich der »Ich-Patient« laut einer Studie der HypoVereinsbank durch die Bereitschaft aus, hohe private Gesundheitsausgaben zu tätigen.¹⁵

Mutig geht das diakonische Johanneswerk in Bielefeld voran und investiert in ein Seniorenzentrum mit 55 Appartements, einer Pflagestation und 17 Einzelzimmern – nicht in Bielefeld, sondern im spanischen Almunecar nahe Málaga; und gleich noch ein zweites Mal in Alicante. Dort leben nun Engländer, Belgier, Deutsche sowie eine kleine Gruppe von Spaniern. Die merkantilen Triebfedern dieser innereuropäischen Expansion werden dabei christlich überhöht: »Diakonie ist gefordert, ihre Erfahrungen und Kompetenzen in die gesamteuropäische Entwicklung einzubringen und Europa so mitzugestalten, dass soziale Gerechtigkeit lebbar wird.«¹⁶ Eine umfassende ideologische Neuausrichtung der caritativen und diakonischen Anbieter am Gesundheitsmarkt steht noch aus. Wer um die theologischen Legitimierungen im Zuge der kolonialen Globalisierung vor 500 Jahren weiß, wird keine ernsthaften Hindernisse für die kirchliche Kommerzialisierung erwarten.¹⁷

Es geht bei solcher Entwicklungshilfe durchaus darum, von einander zu lernen. Die Zeitschrift *CareConcret* titelte am 12. September

2003 »Privatisierung: Ausländische Anbieter sondieren den Markt« und fasste eine Gesundheits-Markt-Studie von *HPS research* des Branchenanalysten und Privatisierungspropheten Hartmut Schmidt zusammen: »Innerhalb Europas ist die Privatisierung in Deutschland am weitesten vorangeschritten. Deshalb wird der deutsche Markt auch eine zentrale Rolle spielen.« Im Gespräch seien dabei Konzerne und Ketten wie die schwedische *Capio* (Kliniken), die US-amerikanische *Sunrise* (Senioren-Wohneinrichtungen) und *HCA* oder die französische *Bonitas* (ambulante Pflege) oder die englische *CARE UK*.¹⁸ Die Patienten hier profitieren davon nicht. Die ausländischen Investoren brächten wenig anderes als ihr Kapital ein, um Wissen für ihre heimischen Märkte abzugreifen. Ohne einen Handschlag werden wohl die deutschen Aktionäre bei den Gewinnern sein, denn die ausländische Nachfrage pflegt zumindest die deutschen Börsenkurse gut.

18 Vgl. Gesundheitsreport, HPS Research 2003, Die Ausländer kommen, Büttelborn 7. Juli 2003.

Wanderarbeiterinnen in deutscher Hand

Im verschärften Konkurrenzkampf haben die Krankenhäuser sich zunächst von ihrer Aufgabe verabschiedet, hierzulande für die Zukunft auszubilden. Joachim Döring von der *Henriettenstiftung* in Hannover berichtet: »In Slowenien und Polen entstanden und entstehen Pflegeschulen unter deutscher Beteiligung.« Die EU-Kommission reformiert ebenso vorausschauend die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen im Gesundheitswesen.

Falls tatsächlich ernst gemacht wird in den Kliniken und Pflegepersonal, Ärzte und Medizinisch-Technische Assistenten nicht mehr zu Schichten mit bis zu 25 bis 34 Stunden Länge eingeteilt werden, kommt auf die Krankenhäuser eine Welle der Neueinstellungen zu. Zur »Abmilderung« dieser Folgen eines EuGH-Urteils lässt sich der Vorsitzende des Gruppenausschusses der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber, Dr. Otto Foit, in einer Presseerklärung zitieren: »Die Politik müsse die Möglichkeit schaffen, auch in Nicht-EU-Staaten Ärzte rekrutieren zu können, weil auf dem EU-Binnenmarkt nicht genügend ausgebildetes Personal zur Verfügung steht.«

Brauchen wir wirklich eine Green-Card für indische, russische und afrikanische Schwestern und Ärzte? Und wie verheerend wirkt das auf die Gesundheitsversorgung dort?

Blut-Zapfstellen

Der BSE-Skandal hat aufgezeigt, wie die globalisierten Wertschöpfungsketten die Qualität unserer Nahrung weitgehend unkontrollierbar gemacht haben. Die Regierungs-Skandale um HIV-verseuchte Blutkonserven und Blutgerinnungspräparate in Frankreich sind noch zu frisch in der Erinnerung.

»Blutprodukte sind heute für eine Hochleistungsmedizin unverzichtbar«, beschwört darum der Staatssekretär des Ministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Dr. Klaus Theo Schröder. Die EU-Richtlinie zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen ist seit dem 8. Februar 2003 in Kraft und muss bis zum 8. Februar 2005 in nationales Recht umge-

19 Pressestelle des Bundesministeriums für Gesundheit, Berlin, 26. September 2003.

20 Vgl. Richard G. Wilkinson: *Kranke Gesellschaften – Soziales Gleichgewicht und Gesundheit*, Wien 2001, S. 277-279.

21 Detaillierte Überlegungen der Regierung, Probeläufe des privaten Kliniksektors auf den *National Health Service* zu übertragen, alarmierten die britische Öffentlichkeit. Siehe *The Guardian* vom 9. Juli 2004.

22 Vgl. führen & wirtschaften 4/2004.

23 *Financial Times* Deutschland, 13. Januar 2005.

setzt werden. »Die Bundesregierung begrüßt das. Es ist notwendig, dass die Standards europaweit angeglichen werden, damit die Bürger der Europäischen Union überall dasselbe Qualitäts- und Sicherheitsniveau antreffen, wo auch immer sie sich einer medizinischen Behandlung unterziehen müssen«, so Schröder.¹⁹

Trotz solcher Versprechen bleiben erhebliche Zweifel. In Europa und eben auch in Deutschland werden die sozial Benachteiligten gegen Bares zur monatlichen Blutspende gelockt. Die internationale Erfahrung belegt jedoch, dass diese bezahlten Spenderinnen und Spender eben auch gesundheitlich benachteiligt sind.²⁰

Sie nehmen selbst bei den Blutspenden Schaden. Und die »Qualität« ihres Blutes ist unterdurchschnittlich, denn sie sind oft lebensgefährlichen Viren ausgesetzt. Die soziale Kluft reißt im europäischen Maßstab noch zusätzliche Verwerfungen auf – mit dem internationalisierten Bluthandel gehen uns diese Folgen buchstäblich unter die Haut.

Konkreter und bedrohlicher wirkt bereits die Wanderung auf dem umgekehrten Weg: aus den reichen Metropolen in die Billiglohnländer. Blut, Urin und Gewebe werden in Laboren untersucht. Diese Tests können – so wird es derzeit in Großbritannien durchkalkuliert – nicht nur, wie bisher, in der Nachbarstadt oder im Nachbarland Belgien durchgeführt werden. Zumindest für das aufwändigste Drittel der Laboraufträge bietet sich auch der indische Dienstleister *SRL Ranbaxy* an.²¹ Die Proben werden nach Bombay geflogen, die Befunde kommen per Internet zurück. Aufgrund der niedrigen Löhne in Indien – das Fachpersonal erhält dort 10 000, eine erfahrene Laborärztin knapp 40 000 Euro im Jahr – könnten trotz des Transportaufwands die Kosten für die Kliniken angeblich um bis zu 30 Prozent gesenkt werden. Noch sind im Vereinigten Königreich rund 15 000 Menschen in den Laboren beschäftigt, oft Einwanderinnen und Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien. Die globalisierte Konkurrenz bedroht ebenso die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen in der Radiologie, wo durch das Internet der Transport der Bilder in die Billiglohnländer noch einfacher scheint. Der Freistaat Bayern förderte in den vergangenen neun Jahren solche Telemedizin mit acht Millionen Euro.²²

»Den Deutschen fehlt das Vertrauen in die Telemedizin. Deswegen sperren sie sich in ihrer traditionell bürokratischen Art dagegen«, klagt Dirk Beiersdorff vom indischen IT-Unternehmen *Wipro*, das für amerikanische Kunden die Infrastruktur in Asien bereitstellt. Doch er sagt mit professionellem Wagemut voraus, in rund drei Jahren werde auch hier zu Lande das groß angelegte Outsourcing von Gesundheitsleistungen wie Radiologie und Gewebeanalysen nach Fernost beginnen.

Auch deutsche Unternehmen wollen da aufspringen. Die Heidelberger *Curagita* in Heidelberg will mit etwa 120 Radiologen in Deutschland Teleradiologie an Nachbarländer verkaufen. Das *Klinikum Großhadern* (München) und die *Charité* (Berlin) hoffen auf eine Standleitung ins spanische Alicante. »Deutsche Touristen könnten ihre Röntgenbilder dann zur Diagnose in die Heimat senden«, schwärmt der Radiologe Matthias Matzko²³

Globalisierung auf dem Rechtsweg

In Brüssel unterhält nicht nur die Diakonie ein Europabüro. Auch die Bundeszahnärztekammer sorgt sich dort darum, dass die Innung bei

der Implantation der Goldkronen nicht unversehens über die internationalen Fallstricke der Geldwäsche stolpert. Gemeinsam knüpfen die Lobbyisten ihr Netz aus Paragrafen in den Richtlinien der EU-Kommissionen und ziehen es dann beizeiten zu.²⁴

Der Europäische Gerichtshof ersetzt mit seinen Urteilen die politische Willensbildung. So pocht er auf die Grundsätze des freien Warenverkehrs nach Artikel 28 und auf die Dienstleistungsfreiheit nach Artikel 49 EG-Vertrag auch im Bereich der ambulanten und stationären Behandlung. Dies hat zur Folge, dass sich Versicherte Leistungen gegen Kostenerstattung zu Lasten öffentlich-rechtlicher Versicherungsträger selbst beschaffen können.

Für weitere Klagen steht unter anderem der Verband der privaten Krankenversicherungen (PKV) bereits in den Startlöchern. Er sieht seinen auf 9,36 Prozent gewachsenen Marktanteil gefährdet – und nicht erst durch eine Bürgerversicherung. Die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze im Beitragssatzsicherungsgesetz BSSichG vom 23. Dezember 2002 widerspräche den europäischen Grundfreiheiten und müsste sich am europäischen Wettbewerbs- und Kartellrecht messen lassen. Falls die Krankenversicherungs-AG, die DKV und die Allianz mit ihrer Verfassungsbeschwerde scheitern, drohen sie mit dem Gang vor den EuGH.

Die DKV, Europas führender privater Krankenversicherer, versucht gleichzeitig zur internationalen Ausdehnung eine vertikale Integration. Sie will dazu mit Facharztzentren für Privatpatienten und einer Kette von Zahnprophylaxe-Centern die neuen Gewinnmöglichkeiten und Märkte ausschöpfen – und wird dabei recht wenig Rücksicht auf Bedenken gegenüber der eigenen Kartellbildung nehmen.

Ganz ähnlich liegt der Fall der privaten *Asklepios*-Kliniken. Sie haben im November 2002 eine Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht gegen die Subventionspraxis bei den öffentlichen Krankenhäusern. Das Handelsblatt spekulierte: »Sollte Brüssel die Beihilfen verbieten, würde dies den Wettbewerb auf dem Krankenhausmarkt erheblich beschleunigen.«²⁵

Tatsächlich brauchen wir für eine wohnortnahe Versorgung und für Krisenzeiten wie Epidemien oder Hitzeperioden Krankenbetten auch da, wo sie sich nicht gegen die private Konkurrenz rechnen. Eine Konsequenz der *Asklepios*-Beschwerde könnten also bedrohliche Unterversorgungen im Sauerland oder zur Grippezeit im nächsten Februar sein.

Wahrscheinlicher ist, dass der Staat die privaten Klinikketten mit erheblichen Beihilfen gleichbehandeln muss. Es war also weniger der Gerechtigkeitssinn, der *Asklepios* nach Brüssel treibt, als der Heißhunger auf Extraprofite. Ironischer Weise kaufte sich die *Asklepios*-Kette im November 2003 in Hamburg in die sieben landesbetriebenen Krankenhäuser samt der 20 Tochterfirmen ein. Als faktischer Monopolist in einem Bundesland bestimmt *Asklepios* nun nicht nur über die Gesundheitsversorgung, sondern auch über die Preise dort. Vom vertraglichen Kaufpreis von 318 Millionen Euro werden zunächst tatsächlich nur 20 Millionen fällig. Unter anderem hat der CDU-Schill-Senat für 60 Jahre auf Pachteinnahmen für Krankenhaus-Immobilien verzichtet – eine Subvention durch die Stadt Hamburg in Höhe von 189 Millionen Euro.

24 »Wir haben uns systematisch krank geredet«, beklagt Günter Danner, Vize-Direktor der Europavertretung der deutschen Sozialversicherung in Brüssel. Die Diskussion um vermeintliche Schwächen des deutschen Gesundheitssystems schadet der europäischen Vermarktung. Danner appellierte auf einem Kongress zum internationalen Gesundheitsmarkt an die deutsche Gesundheitswirtschaft, wieder Selbstvertrauen in die eigenen Stärken zu finden und diese Stärken im Ausland besser heraus zu stellen.« Ärzte Zeitung vom 19. Mai 2004.

25 Handelsblatt vom 12. November 2002.

KATJA KIPPING

Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen

»Sag mir, wofür du stehst ...«. Warum sich für die PDS die Debatte um ein garantiertes Grundeinkommen lohnt

Offensichtlich wird eine kleine oppositionelle Partei, wie dies die PDS auf der Bundesebene ist, mit nur wenigen Positionen, wahrscheinlich nicht mehr als drei, wahrgenommen. Diese Punkte sollten zum einen als Alleinstellungsmerkmale dienen, mit denen die Partei von außen identifiziert wird. Zum anderen braucht die PDS inhaltliche Kernziele, um ihre Identität zu verstärken. Die Partei braucht sogenannte Essentials, die die Kraft haben, die Anhängerschaft zu begeistern.

Wenn man nur drei Punkte besetzen kann, um mit ihnen von und in der Öffentlichkeit erkannt zu werden, kommt es darauf an, daß jeder dieser Punkte ein wirkungsvoller, ein starker ist. Welche Punkte dies sein könnten, ob z. B. die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen einer dieser Kernpunkte für die PDS werden kann, darüber sollte eine umfassende Debatte innerhalb der PDS in Gang kommen. Erst im Ergebnis eines echten Diskussionsprozesses entscheidet sich, ob das garantierte Grundeinkommen ein solches Identität stiftendes Essential werden kann.

Was bewirkt das garantierte Grundeinkommen?

Ein garantiertes Grundeinkommen sollte jedem in der BRD lebenden Menschen qua Existenz zustehen. Im Klartext heißt das: Jede und jeder bekommt monatlich eine feste Summe überwiesen; die Verwaltung könnte den Finanzämtern obliegen. Bezüglich der Höhe haben verschiedene politische Lager unterschiedliche Vorschläge unterbreitet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Sozialhilfeinitiativen¹ spricht sich für 800 Euro plus Wohngeld aus. Die Junge Union fordert eine Grundrente von 800 Euro. Innerhalb der PDS wurden Summen von 750 bis 1 000 Euro ins Gespräch gebracht. Auf jeden Fall müßte das Grundeinkommen die Armutsschwelle von fünfzig Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten überschreiten. Gegenwärtig entspräche dies ca. 750 Euro.

Die Einführung eines garantierten Grundeinkommens sollte mit einer Arbeitszeitverkürzung sowie einem gesetzlich garantierten Mindestlohn verbunden werden. Die Einführung könnte zunächst schrittweise, auf besondere Lebenslagen bezogen, erfolgen, wobei der Anfang mit einer Grundrente oder auch mit einer Kindergrundversicherung gemacht werden könnte.

Katja Kipping – Jg. 1978, studiert Slawistik, Amerikanistik und Rechtswissenschaft an der TU Dresden; seit 1999 Mitglied im Sächsischen Landtag (Sprecherin für Verkehrspolitik) und Mitglied im Fraktionsvorstand der Landtagsfraktion; Stellvertretende Vorsitzende der PDS.

¹ Diese Bundesarbeitsgemeinschaft ist ein seit 1991 bestehender bundesweiter Zusammenschluß von in Initiativen engagierten Menschen, die selbst z. T. auf Sozialhilfe angewiesen waren und sich nicht nur als Einzelschicksal begreifen, sondern gemeinsam mit anderen Betroffenen das Problem als ein gesellschaftliches Problem in Angriff nehmen wollen.

Das garantierte Grundeinkommen bietet wesentliche Vorteile. Alle Bürger wären frei von existenzieller Not, das Modell ist transparent und funktioniert unbürokratisch, die Erniedrigung, um Unterstützung bitten zu müssen, entfällt, die Arbeitsbedingungen werden sich verbessern. Das Grundeinkommen verwirklicht das Recht auf eine selbstbestimmte Tätigkeit,² denn die Sicherheit eines in jeder Lebenssituation garantierten Einkommens erleichtert Existenzgründungen ebenso wie die Herausbildung von Kommunen. Arbeitnehmer könnten ohne Probleme eine Auszeit nehmen, auch mit 50 Jahren ein Studium beginnen oder ein Sabbatjahr einlegen. Frauen, die in der heutigen Gesellschaft besonders vom Partnereinkommen abhängig sind, würde eine selbstbestimmte Entwicklung erleichtert. Wenn finanzschwache Haushalte mehr Geld erhalten, werden sie es vorrangig konsumtiv investieren, anstatt zu sparen. Das wiederum hilft dem Mittelstand, der vor allem auf die Binnennachfrage angewiesen ist. Die garantierte materielle Sicherheit ermöglicht Freiheit von Angst – eine wichtige Voraussetzung für demokratisches Verhalten. Wer frei von Existenzängsten ist, bringt sich eher in den demokratischen Prozeß ein.

2 Vgl. Peter Grottian, Wolf Dieter Narr, Roland Roth: *Sich selbst eine Arbeit geben. Alternativen zur »Repressanda 2010«: Umverteilung und Aufwertung der Kommunen*, in: www.berliner-arbeitslosenzentrum.de.

Der gesellschaftliche Kontext für diesen Vorstoß

Erstens: Wandel der Arbeitswelt. Die zunehmende Produktivität – seit 1960 ist sie um das Dreifache gestiegen – verändert die Arbeitswelt. Immer weniger Menschen produzieren immer mehr. Diese Entwicklung läßt in Verbindung mit Profitstreben den Bedarf an Arbeitskräften im produzierenden wie auch im klassischen Dienstleistungssektor sinken. Die besonders für Männer üblichen Erwerbsbiographien (Schulabschluß – Berufsausbildung – Berufseinstieg – Karriere im erlernten Beruf – Rente) werden immer seltener und Brüche in den Erwerbsbiographien immer häufiger. Hinzu tritt die »doppelte Krise der Lohnarbeit«.³ Damit ist das zunehmende Bedürfnis nach sinnstiftender Arbeit gemeint, da das bisherige moralische Postulat, Arbeit an sich sei ein Wert, zunehmend hinterfragt wird. Zweiter Bestandteil dieser Krise ist die zunehmende Massenarbeitslosigkeit, die den Sicherungssystemen in ihrer bestehenden Form ihre Finanzbasis entzieht.

3 Vgl. Georg Vobruba: *Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen*, Frankfurt/Main 2000.

Zweitens: Zustand der sozialen Sicherungssysteme. Die gegenwärtige Verfaßtheit unseres Sozialsystems ist unmittelbar an Erwerbsarbeit gekoppelt. Dies begründet seine Krisenanfälligkeit in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit.⁴ Die existierenden Sicherungssysteme fangen zwar Menschen in Not auf, jedoch ermöglicht das Arbeitslosengeld II kein Leben jenseits der Armut. Leistungsempfängerinnen und -empfänger müssen sich zudem einer erniedrigenden Bedarfsprüfung unterziehen. Die Anrechnung von Partnereinkommen schafft zusätzliche Abhängigkeitsverhältnisse. Die bisherige Bedarfsprüfung bevorteilt Menschen, die auf Grund ihres Bildungsstandes und ihrer kommunikativen Kompetenz problemlos die bürokratische Prozedur handhaben können. Die wirklichen sozialen Härtefälle hingegen sind benachteiligt. Immer noch werden Menschen obdachlos, weil sie der bürokratischen Prozedur nicht gewachsen sind. Hinzu kommt, daß die Auszahlung zunehmend an den Zwang, jedes Jobangebot zu jedem Preis anzunehmen, gekoppelt wird. Im Sinne ei-

4 Vgl. Ralf Ptak: *Zur Entwicklung des deutschen Sozialstaates*, in: *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie*, Berlin 1998.

nes selbstbestimmten Lebens und einer Arbeitswelt, in welcher der einzelne vor dem »Terror der Ökonomie« geschützt wird, gehören Bedarfsprüfung und Arbeitszwang abgeschafft.

Drittens: Zunehmende Spaltung und Verarmung. Immer mehr Menschen erwerben immer geringere Ansprüche an das soziale Sicherungssystem und müssen deshalb unterhalb der Armutsschwelle leben. Ein Drittel bis ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist zumindest kurzzeitig von Armut betroffen. Besonders dramatisch gestaltet sich die zunehmende Kinderarmut, von der mittlerweile jedes siebte Kind betroffen ist, weil sie soziale Ausgrenzung vererbt und somit eine dauerhafte Armutsbevölkerung etabliert. Die Lohnzentriertheit zementiert die bestehenden sozialen Unterschiede.⁵ So kann zum Beispiel eine allein erziehende Mutter mit einer klassischen Arbeiterkarriere weder für die Rente noch für die Arbeitslosigkeit hohe Ansprüche erwerben – im Gegensatz zu einem Beamten.

5 Vgl. Michael Opielka: Solidarität zwischen den Generationen – Zwischen Verzichtsverzicht und neuen Vorbildern, in: Universitas 11/2003.

Die häufigsten Einwände gegen das garantierte Grundeinkommen
Erstens: Dann liegen doch alle nur noch in der Hängematte! Der Drang, sich selbst zu verwirklichen, ist eine menschliche Grundeigenschaft. Der unbezahlte Einsatz vieler während der Flut im Jahre 2002 bewies: Es gibt bei vielen die Bereitschaft, Tätigkeiten, von deren Notwendigkeit sie überzeugt sind, zu erledigen. Auch die Tatsache, daß 34 Prozent der Bevölkerung der BRD (immerhin 22 Millionen Menschen) sich regelmäßig mehr als 15 Wochenstunden ehrenamtlich engagieren, belegt diese Annahme. Daneben besteht auch weiterhin ein materieller Anreiz zur Erwerbsarbeit. 750 bis 1 000 Euro im Monat sind schließlich kein Reichtum. Ein Nebeneffekt des Grundeinkommens bestünde gerade darin, daß unzureichend bezahlte Berufe, zum Beispiel im Pflegebereich, besser vergütet würden. Denn der Druck, Arbeit zu jedem Preis annehmen zu müssen, würde wesentlich reduziert. Die Beschäftigten wären demnach in einer besseren Verhandlungsposition. Im Bereich unangenehmer Arbeiten, wie dem Müllsortieren, führte dies zu einem zunehmenden Druck auf die Betriebe und Arbeitgeber, schlechte Arbeit zu automatisieren. Wer einmal eine manuelle Abfallsortierungshalle von innen erlebt hat, wird begrüßen, wenn diese Arbeit in Zukunft automatisch erledigt wird.

Gegnerinnen und Gegner des Grundeinkommens unterstellen gern, es ginge dabei um bezahlte Faulenzen. Dies trifft nicht zu. Im Gegenteil, erst das garantierte Grundeinkommen ermöglicht es, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Erwerbslose aufzuheben. Nur eine konsequente Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Steigerung der Massenkaukraft könnte nachhaltig Arbeitslosigkeit abbauen. Daß mit einem Grundeinkommen die Massenkaukraft gestärkt wird, ist unbestritten. Ob die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich einhergeht, ist eine der zu beantwortenden Fragen. So manch großes Unternehmen mag in der Lage sein, diese richtige politische Forderung zu finanzieren. Aber die meisten Kommunen und kleinen Betriebe sind dazu nicht fähig. An dieser Stelle könnte das Grundeinkommen als eine Art Lohnausgleich fungieren.

Sicherlich: Es wird auch faule Bezieherinnen und Bezieher eines Grundeinkommens geben. So wie es eben auch faule Millionäre und faule Kinder reicher Eltern gibt. Doch ob faul oder nicht, als humanistisch eingestellter Mensch sollte man es in dieser Frage mit Erich Fromm halten: »Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft von Nutzen ist.«

Das ist doch unbezahlbar! Für ein Grundeinkommen von 1 000 Euro pro Monat und Kopf bedürfte es jährlich rund einer Billion Euro. Selbstverständlich stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit. Dazu wurden verschiedene Vorschläge erarbeitet, die noch weiter untersucht und vertieft werden müssen. Erstens ersetzt das garantierte Grundeinkommen bestehende Sozialleistungen. Allein im Jahr 2000 wurden in der BRD 680 Milliarden Euro Transferleistungen ausbezahlt. Schon durch den Abbau der dafür erforderlichen Bürokratie würden Mittel eingespart. Außerdem rechnet man damit, daß 30 Prozent des Geldes, das an Finanzschwächere geht, über den Umweg von mehr Konsum, Umsatzankurbelung, Mehrwert- sowie Umsatzsteuer wieder im Staatshaushalt landet.

Die BAG Sozialhilfeinitiativen hat eine 50-prozentige Abgabe auf alle Nettoeinkommen vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist nicht unumstritten, da er de facto einer Steuererhöhung gleichkäme. Bei einem Grundeinkommen in Höhe von 1 000 Euro wird die *take-half*-Abgabe aber erst ab einem Nettoeinkommen von mehr als 2 000 Euro zu einem Minusgeschäft für den einzelnen. Dafür hat er die Sicherheit, daß er und alle Familienmitglieder in jeder persönlichen Krisenzeit garantiert finanziell mit einem Grundeinkommen abgesichert sind.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei eigentlich nicht um eine Frage der Finanzierung im betriebswirtschaftlichen Sinne handelt. Vielmehr geht es um makroökonomische Verteilungsprozesse. Es geht um eine »Sozialisierung der Investitionen«⁶ bzw. um einen Umverteilungsprozeß innerhalb unseres heutigen Bruttosozialproduktes. Dieses betrug im Jahr 2002 rund 2,1 Billionen Euro.

So leer die öffentlichen Kassen auch sein mögen, so ist doch auf der anderen Seite viel Reichtum vorhanden. Von 1994 bis 2001 erhöhten sich die Gewinne der Großunternehmen um 64 Prozent. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der deutschen Euro-Millionäre um 25 000. Während die Arbeitseinkommen seit Jahren stagnieren und sinken, haben die Einkommen aus Vermögensbesitz seit 1990 um über 60 Prozent zugelegt. Ein neuer Verteilungskompromiß erfordert eine grundlegende Reform des Steuersystems im Sinne der sozialen Gerechtigkeit. Denn das bestehende Steuersystem entlastet zunehmend große Unternehmen sowie Besserverdienende, wobei deren Entlastung auf Kosten des »kleinen Mannes« geht.⁷

Drittens: Das ist doch ungerecht! In ihrem Programm hat sich die PDS für Gerechtigkeit im Sinne von Teilhabegerechtigkeit ausgesprochen. Allen soll ein selbstbestimmtes Leben jenseits der Armut möglich sein. »Aber dies muß man sich erst einmal durch Leistung

6 Vgl. Christoph Deutschmann: Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus. Nicht in hohen Sozialleistungen, sondern in den unrealistischen Renditeansprüchen der Finanzinvestoren liegt die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Krise, in: Frankfurter Rundschau vom 2. Dezember 2003.

7 So werden durch die geplante Senkung der Einkommenssteuer vor allem diejenigen entlastet, deren Einkommen 500 000 Euro und mehr beträgt.

verdienen!«, werden jetzt die Gralshüter der Leistungsgerechtigkeit rufen. Doch wer entscheidet, welche Leistung der Gesellschaft nützt? Wer Geld durch Abholzen des Regenwaldes verdient, gilt heute als erfolgreicher Geschäftsmann, obwohl er großen Schaden an unser aller Lebensgrundlage anrichtet. Vincent van Gogh, der selbst nur ein einziges Bild verkaufen konnte, wurde zu Lebzeiten von vielen als Nichtsnutz angesehen, der nur auf Kosten seines Bruders lebte. Heute gelten seine Werke als wichtiges Kulturgut. Soziale Gerechtigkeit im Sinne der Teilhabegerechtigkeit hält es deswegen mit der Liedzeile »Und weil der Mensch ein Mensch ist«. Eine mögliche Schlußfolgerung aus dieser Herangehensweise könnte die Befürwortung des garantierten Grundeinkommens sein.

SASCHA LIEBERMANN

Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise

Die gegenwärtige Krise

Alle europäischen Nationalstaaten ringen seit Jahren mit demselben Problem, das nach einer Lösung verlangt: der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Debatten in den einzelnen Ländern sind – bei allen Unterschieden, die sich aus ihrer Geschichte und Kultur ergeben – so ähnlich wie die Lösungskonzepte, die gepriesen werden. Mit gutem Recht kann deshalb von einer europäischen Krise gesprochen werden, denn die schwierige Lage ist nicht das Ergebnis einer bestimmten Landespolitik. Vor allem, und das muß hier hervorgehoben werden, ist diese Krise im Kern nicht arbeitsmarktpolitischer, sondern legitimatorischer Natur. Sie trifft die Staaten in ihrem Selbstverständnis als Gemeinwesen, denn in allen gilt gleichermaßen: Ein erwünschtes Einkommen erzielt nur, wer einer Erwerbsarbeit nachgeht. Wer daran scheitert, ganz gleich, ob selbstverschuldet oder nicht, versagt darin, eine normative Erwartung seiner Gemeinschaft zu erfüllen. Er versagt darin – und dies ist der Kern der Krise –, seine Verpflichtungen als Bürger zu erfüllen, denn Erwerbsarbeit ist die einzige Einkommensquelle, die als solche von den politischen Gemeinschaften anerkannt wird. Auf dieses »Versagen« gründen sich alle Maßnahmen, die einen höheren Druck auf Leistungsempfänger vorsehen, so die »Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« in Deutschland, kurz: Hartz-Gesetze.

Als Reaktion sind vielerlei Konzepte erdacht worden. Aus Bürgern wurden »Kunden« der Arbeitsagenturen, die Bürger dadurch zu Konsumenten degradiert. Eine Perfidie, denn: Wer arbeitslos ist, kann nicht wählen, ob er die Leistungen der Bundesagenturen in Anspruch nimmt: Er benötigt ein Einkommen. Diese Krise der Autonomie des Bürgers ist eine der Integrität, die daher rührt, die normative Erwartung der Gemeinschaft nicht mehr zu erfüllen und auf ein Ersatz Einkommen angewiesen zu sein. Eine objektive Stigmatisierung lastet auf dem einzelnen, von der er sich nicht freimachen kann, es sei denn, er nimmt zu dieser Lage eine zynische Haltung ein. Zynismus ist insofern eine Reaktion desjenigen auf die stigmatisierende Wirkung der Sozialleistungen, der der Erwartung der Gemeinschaft nicht nachkommt – ganz gleich, ob selbstverschuldet oder nicht. Die »Hartz-Gesetze« sind also von einem Geist getragen, der die Bürger genau dort verleugnet, wo sie das Fundament des Gemeinwesens sind: als Volkssouverän.

An die Seite solcher politischer Entscheidungen ist ein Geist des Kalküls, ein Drängen nach Berechenbarkeit getreten. Alternativen

Sascha Liebermann – Jg. 1967; Dr. phil. (Soziologie), wiss. Assistent an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund; Mitbegründer der Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« (www.FreiheitStattVollbeschaeftigung.de); S. Liebermann@FreiheitStattVollbeschaeftigung.de). Publikationen: mit Andreas Franzmann und Jörg Tykwer (Hrsg.): Die Macht des Geistes, Frankfurt a. M., Humanities Online 2001; mit Roland Becker, Andreas Franzmann und Axel Jansen (Hrsg.): Eigeninteresse und Gemeinwohlbindung, Konstanz, UVK 2001; Die Krise der Arbeitsgesellschaft im Bewußtsein deutscher Unternehmensführer, Frankfurt a. M., Humanities Online 2002.

»Sozial ist, was Arbeit schafft« (CDU/CSU).
 »Arbeit soll das Land regieren« (PDS). »Brüder, durch Sonne zur Arbeit« (Bündnis 90/Die Grünen).
 »Arbeit muss sich wieder lohnen« (FDP). »Arbeitsplätze sind für uns die schönsten Plätze in Deutschland« (SPD).

zur gegenwärtigen Lage werden nicht gestalterisch erdacht, indem wir die Frage beantworten: Was wollen wir? Wie soll die Zukunft unseres Gemeinwesens aussehen? Statt dessen beherrschen diejenige politische Debatte, die uns Bürger nur als Rechengrößen betrachten. Expertenhaft wird auf Alternativvorschläge herabgeblickt und ihnen attestiert, die Krise der Arbeitsgesellschaft werde doch in den kommenden Jahrzehnten wieder verschwinden. Sind erst einmal die Zeiten geburtenstarker Jahrgänge überwunden, so die Behauptung, werde sich die Lage am Arbeitsmarkt entspannen. Was aber würde eine solche Entwicklung angesichts der allgemeinen Arbeitsverpflichtung denn verändern? Gar nichts, außer: den Umfang der Arbeitslosigkeit. Freiheit, und zwar politische Freiheit der Bürger, ist kein Rechenmodell. Für einen Fortschritt, also die Erweiterung politischer Freiheit, bedarf es einer Entkopplung von Arbeit und Einkommen, und dies geht nur mit einem radikalen Schritt.

Auch in anderen Bereichen dominiert dieser Geist. Eine symbolische Abschaffung der politischen Gemeinschaften hat schon vor geraumer Zeit eingesetzt. Als gebräuchlich kann die Redeweise gelten, Staaten stehen im Wettbewerb untereinander, sie konkurrieren um Unternehmen, um Arbeitnehmer, um Studenten. Politische Gemeinschaften werden zu Standorten umgewertet – und dies sogar von denjenigen, die sie repräsentieren: den Politikern. Politische Gemeinschaften mit ihrer jeweils eigenen Geschichte bestehen aber um ihrer selbst willen und nicht als Schauplätze eines wirtschaftlichen Wettbewerbs. Sie sind Ort der Selbsthaftigkeit und der Beheimatung, an der eine Praxis, ein handelndes Subjekt, seine Entscheidungen ausrichtet. Gemeinschaften existieren um ihrer selbst willen, Standorte hingegen können geschlossen, Unternehmen stillgelegt, Arbeitskräfte entlassen werden. Eine politische Gemeinschaft folgt einer anderen Zwecksetzung: Sie bildet den Grund und das Fundament jeglichen Wirtschaftens. Diese grundlegende Einsicht ist heute zumindest in der öffentlichen Debatte von der Vorstellung verdrängt worden, daß sich die Nationalstaaten nach dem Markt zu richten haben. Aber was ist der Markt? Er existiert nicht ohne das Wollen einer politischen Gemeinschaft. Kein Markt ohne eine Solidargemeinschaft, aus der er hervorgeht. Er ist ein Resultat dieser Entscheidungen.

Nicht nur haben die Verfechter eines solchen Primats des Marktes für seine Popularität gesorgt – seine Kritiker haben zu dessen Fortbestehen beigetragen. Wo die Verfechter des Marktprimats angegriffen und als Apologeten des Kapitalismus, als Verfechter der Eigenverantwortung entlarvt werden, erleidet jedes Bemühen zur Stärkung der Bürger dasselbe Schicksal: Es wird sogleich als neoliberal denunziert. Daran erweist sich nur, daß weder die Verfechter des Marktprimats noch seine Kritiker über ein Verständnis des Politischen verfügen, in dessen Zentrum der Bürger steht – beide sind damit Symptom, nicht Lösung der Krise.

Für beide, Marktverfechter und Kapitalismuskritiker, steht also die Legitimität von Herrschaft durch den Volkssouverän, die Gemeinschaft der Bürger, unter Ideologieverdacht. Doch wer sonst, wenn nicht wir Bürger, trägt das Gemeinwesen? Wir müssen es aber auch wollen – und dessen scheinen wir uns manches Mal nicht so sicher zu sein.

»Noch grundsätzlicher gedacht, hat die Wirtschaft zwei Aufgaben. Die eine (...) ist es, die Menschen mit konsumfähigen Dienstleistungen und Gütern zu versorgen (...). Die andere, die gesamtwirtschaftliche Aufgabe ist, die Menschen mit Einkommen zu versorgen« (Götz Werner, Gründer der DM-Drogeriemärkte, Interview in *BRANDEINS* 3/2005).

Unsere politische Gemeinschaft gründet sich auf die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir Bürger sind das Fundament dieser Gemeinschaft, wir sind der Volkssouverän. Unsere Abgeordneten, die in den Parlamenten und Regierungen unserer Demokratie Entscheidungspositionen bekleiden, erhalten von uns den Auftrag, Entscheidungen so zu treffen, daß sie unsere Gemeinschaft stärken und daß sie langfristig ihr Fortbestehen sichern. Wir delegieren diese Verantwortung nur, wir geben sie nicht ab. Jedes Volk hat die Politiker, die es verdient, sagt man – und das gilt auch für uns, denn wir haben sie gewählt, aus der Mitte unserer Gemeinschaft sind sie hervorgegangen, aber deshalb sind sie uns auch rechen-schaftspflichtig. Werden sie den Anforderungen und zu lösenden Aufgaben nicht gerecht, müssen wir sie abwählen oder aber ihnen auf anderem Wege mitteilen, daß sie nicht in unserem Sinne entscheiden. Dafür gibt es viele Wege und Orte. Deren wichtigster ist die politische Öffentlichkeit.

Wie aber sieht es dort aus? Die Intellektuellen, deren Aufgabe es ist, den politischen Streit in die Öffentlichkeit zu tragen, ihn anzufachen und Lösungsvorschläge darzulegen – von ihnen hört man nicht allzuviel. Statt radikale Kritik zu üben und Alternativen zu entwerfen, dienen sie sich der Politik als Berater an. Allenfalls wird abstrakt Kritik geübt an Gegnern, die gleich als übermächtig beschworen werden, wie der sogenannte Neoliberalismus. Gegenentwürfe, die die politische Gemeinschaft stärken, werden nur zaghaft vorge-tragen. Zur Entfaltung dieser Vorschläge bedarf es der öffentlichen Debatte, um sie muß gestritten werden. Doch statt dafür radikal ein-zutreten, verstehen sich auch einige Kritiker als bessere Berater, at-testieren verächtlich den Politikern Unfähigkeit und stehen natürlich immer auf der richtigen Seite.

Wir – die Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« – streiten für eine grundsätzliche Alternative zu gegenwärtigen Reformvorschlägen. Die Resonanz auf unseren Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger hat verdeutlicht, daß die Zeit für eine solche Debatte reif ist. Wenn die Parteien sich mit einer solchen Alternative noch nicht beschäftigen, liegt es auch an ihrer mangelnden Präsenz in der öffentlichen Auseinandersetzung. Dies zu ändern, dafür streiten wir.

Die jüngsten Äußerungen seitens der Bundesregierung angesichts der Demonstrationen gegen die Hartz-Gesetze oder gar das Beklagen einer allgemeinen Mißbrauchsmentalität der Bürger sind symptomatisch. Eigentlich sollten unsere Politiker für unbequeme Ent-scheidungen die Bürger zu gewinnen suchen, statt dessen werden diese ob ihres Protestes gegen die Reformen kritisiert.

Sind die Proteste aber nicht ein Anzeichen dafür, daß die Reformen nicht als Lösung wahrgenommen werden und der verschärfte Arbeitszwang als Entwürdigung empfunden wird? Die Reformen weisen einen Weg, der kein Ausweg ist. Daher rührt das Mißtrauen in die Bereitschaft der Politiker, langfristige Lösungen zu suchen. Resignation und mancherorts ein zynisches Verhältnis zur Politik haben das Vertrauen in die politische Entscheidungsfindung untergraben.

Wo Politiker und Intellektuelle nicht mehr von Bürgern, sondern von »Menschen in unserem Land«, von der »Bevölkerung« oder gar

»Die Produktivitätsent-wicklung hat die Bedürfnis-entwicklung längst überholt, wir haben gesättigte Märkte, und wir brauchen immer weniger Menschen, um dieses Übermaß an Gütern zu produzieren. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem wir uns vom Zwang zur Arbeit befreien können« (Götz Werner, ebenda).

»Tatsächlich haben wir nur deshalb Arbeitslosigkeit, weil wir sagen: Wer nicht arbeitet, liegt dem anderen auf der Tasche. Hätten wir diese Vorstellung nicht, könnten wir sagen: Wir haben so und so viele Menschen und so und so viele Güter – und weil wir so und so viele Güter haben, können wir so und so viel Geld drucken und an die Menschen verteilen. Dann hat jeder sein Grund-einkommen« (Götz Werner, ebenda).

»Wir sollten unser Steuersystem so weiterentwickeln, dass nur noch der Konsum besteuert wird, nicht mehr der Beitrag. Wer viel konsumiert, zahlt viel Steuern, wer sparsam lebt, zahlt wenig Steuern. Denn er benutzt auch weniger die Straße, die Flugplätze, verbraucht weniger Energie, produziert weniger Müll – er fordert der Gemeinschaft weniger ab« (Götz Werner, ebenda).

von »Kunden« der »Agenturen für Arbeit« sprechen: Dort liegt unser Selbstverständnis von unserem Gemeinwesen im argen.

Worin besteht nun die Krise?

Arbeitskraft und Automatisierung

Seit ungefähr dreißig Jahren werden standardisierte und standardisierbare Arbeitsgänge zunehmend durch Automaten erledigt. Dies wird auch zukünftig der Fall sein. Je mehr wir es wünschen, desto mehr wird es geschehen.

Nicht nur hat diese Entwicklung sogenannte niedrigqualifizierte Tätigkeiten erreicht, auch hochqualifizierte sind davon seit einigen Jahren betroffen. Der Dienstleistungssektor ist davor genauso wenig sicher. Entscheidend ist: wo Arbeitsgänge standardisierbar sind, wo sie in Arbeitsschritte zerlegt werden können, dort konkurriert menschliche Arbeitskraft mit Automaten.

Diese Entwicklung könnte als Befreiung betrachtet werden, eine Befreiung von stupiden Arbeitsgängen. Sie ermöglicht es uns, Lebenszeit zurückzugewinnen, Lebenszeit, die für kreative Tätigkeiten oder für Engagement im Gemeinwesen genutzt werden könnte. Doch die öffentliche und politische Auseinandersetzung wird von einer ganz anderen Deutung beherrscht.

Sind die Automatisierungschancen, die wir heute haben, nicht Resultat erfolgreicher Forschung und unternehmerischer Innovation? Sind sie etwa nicht ein Erfolg kreativer menschlicher Arbeitskraft? Und sind sie damit nicht Erfolg einer Politik, die den Geist der Innovation befördert hat? In der Tat sind sie das, doch wir messen Arbeit nicht mehr daran, Problemlösungen zu erzeugen. Sie ist zum Zweck an sich geworden, als gebe es kein Leben ohne Erwerbsarbeit.

Wir stehen heute also vor dem Phänomen, daß immer weniger menschliche Arbeitskraft zur Erzeugung derselben Werte notwendig ist. Jede Politik, die nun die Auffassung vertritt, im Schaffen von Arbeitsplätzen bestehe eine, wenn nicht gar die einzige Lösung der gegenwärtigen Krise, befindet sich auf einem Irrweg. Sie deutet den Erfolg in ein Versagen um.

In Deutschland wird dieser Irrweg beschritten. Arbeit wird nicht mehr an Leistung gemessen, sie ist zum Wert und Zweck an sich geworden. Der Bürger könne, darin sind sich alle Parteien einig, ohne Arbeit nicht seinen Frieden finden. Offen wird vom Zwang gesprochen, der auf Transferleistungsempfänger ausgeübt werden müsse. Nicht beherrscht der Geist der Freiheit die politische Diskussion, der Freiheit der Bürger: sondern Arbeitszwang.

Soziale Sicherungssysteme

Die deutschen Sozialsysteme sind vor allem beitragsfinanziert, d. h., sie werden durch die Beiträge getragen, die vom Erwerbseinkommen zu ihrer Finanzierung entrichtet werden. Steigende Arbeitslosigkeit führt jedoch zu sinkenden Beiträgen in diese Systeme. Finanzierungsengpässe in den Sozialsystemen rühren also vor allem daher, daß sie beitragsfinanziert sind. Schon angesichts dieser Problemlage wäre die Umstellung auf ein anderes Finanzierungssystem geboten, wie z. B. die Steuerfinanzierung, die von manchen vorgeschlagen worden ist.

»Ein Modell wäre die Grundeinkommensversicherung, eine Bürgerversicherung nicht (nur) gegen Krankheit, sondern für alle Einkommensrisiken. Wer arbeitslos und erwerbsbereit, wer krank, alt oder behindert ist oder wer kleine Kinder zu betreuen hat, hätte Anspruch auf ein Grundeinkommen« (Michael Opielka im Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung vom 1. Oktober 2004). Bleibt die Frage: Und die anderen?

Doch auch hier gehen die Reformen in eine andere Richtung: Um die Beitragsfinanzierung aufrecht zu erhalten, wird am alten System herumgebastelt. Arbeitsplätze sollen unbedingt geschaffen werden, denn nur dann sei eine Finanzierung der Sozialsysteme noch möglich.

Bevormundung statt Freiheit

Reformen, die schon durchgeführt worden sind und solche, die noch anstehen, zielen alle auf Freiheitsverlust durch Bevormundung. Den Bürgern wird mißtraut, ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten zu wollen. Eltern werden beäugt, ob sie ihrer Fürsorgepflicht genügend nachkommen. Jugendlichen wird nicht vertraut, sich an unsere Gemeinschaft binden zu wollen. Man unterstellt ihnen vielmehr, sie interessieren sich nicht für die Welt, in der wir leben.

Statt für gegenwärtige Probleme – und manche sind nur Ausdruck der Krise – langfristige Lösungen zu erdenken, werden politische Entscheidungen an Rechenmodellen gebildet. Grundsätzliche Überlegungen werden nicht mehr angestellt. Statt der Gestaltung in eine offene Zukunft, erste Aufgabe der Politik, treten Kalküle, die ängstlich auf ausgetretenen Pfaden wandern.

Entgegen dieser Entwicklung sehen wir eine Alternative, die auf Freiheit setzt.

Freiheit durch Verantwortung – Freiheit statt Bevormundung

Wie muß nun ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger gestaltet sein, in dem wir den weitreichendsten Vorschlag erkennen, damit die erwünschte Freiheit, die es bietet, auch entsteht?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde von der Wiege bis zur Bahre jedem Bürger ohne Bedürftigkeitsprüfung zu jeder Zeit gewährt, Erwachsenen wie Kindern gleichermaßen. Den Bürgern stärkte es den »Rücken«. Sie werden ermuntert, mutige Entscheidungen zu treffen. Finanzielle Ängste müßten sie nicht mehr haben.

Jeder Bürger erhielte dieses Grundeinkommen unabhängig davon, ob er darüber hinaus noch ein Erwerbseinkommen oder sonstige Einkommen z. B. aus Kapitalvermögen, Immobilienbesitz, Erbvermögen usw. bezöge.

Das bedingungslose Grundeinkommen wäre steuerfrei. Erst zusätzliche Einkommen würden besteuert und damit die Unterhaltung staatlicher Infrastrukturleistungen ermöglicht.

Das bedingungslose Grundeinkommen wäre in dieser Ausgestaltung kein Ersatz-Einkommen. Es träte an die Stelle aller bisherigen Transferleistungen und stünde auf einer anderen Legitimationsgrundlage: Es wäre ein Bürger-Einkommen. Es stärkte die Autonomie und Integrität der Bürger und damit des Gemeinwesens, denn jeder Bürger würde als Bürger anerkannt. Alle Stigmatisierungseffekte, die von bisherigen Sozialleistungen ausgehen, würden aufgehoben, denn ihre Gewährung folgt der Maxime: Nur wer arbeitet, leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen eröffnete die Option, statt einer Erwerbsarbeit einer Tätigkeit außerhalb des Erwerbsfeldes nachzugehen. Ein permanentes Bemühen um die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit wäre auf dieser Basis weder finanziell notwendig, noch normativ geboten.

»Würde man nun das Grundeinkommen, das gewiss nicht üppig ausfallen dürfte, mit einem Honorar für Wahlbeteiligung verbinden – wäre das nicht eine Lösung des Apathie-Problems, das so viele Politiker beklagen?« (Oskar Negt in der *Frankfurter Rundschau* vom 30. Juli 2004.

»Hilfe zur Selbsthilfe statt etwa dauerhafter Alimention für Arbeitsfähige. Insofern ist es wichtig, dass die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau und die scharfen Zumutbarkeitsregelungen zur Arbeitsaufnahme zum Jahresbeginn 2005 wirklich kommen und nicht im Bundesrat scheitern« (Oswald Metzger in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 27. Juni 2004).

Je höher das bedingungslose Grundeinkommen, desto mehr förderte es die Freiheit, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen. Denn der einzelne müßte sich um sein Auskommen nicht sorgen.

Stärkung der Familie

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Eltern. Sie stehen heute nicht selten vor dem Dilemma: entweder dem beruflichen Erfolg höchste Priorität einzuräumen und ihre Kinder verhältnismäßig früh in die Obhut von Betreuungseinrichtungen zu geben – oder selbst für die Kinder zu sorgen und damit das Gebot zu verletzen, beruflichen Erfolg anzustreben. Geben sie die Kinder früh in Betreuung, entreißen sie sie dem Schonraum der Familie.

Schädigungen der Persönlichkeitsentwicklung, die umso massiver sind, je früher Kinder der Familie entwöhnt werden, sind irreparabel und beeinträchtigen ein konkretes Leben dauerhaft. Die Folgen hat unser Gemeinwesen zu tragen.

Im Gegensatz dazu ermöglichte ein bedingungsloses Grundeinkommen den Eltern, sich frei zu entscheiden, was sie für wichtiger erachten. Beide Eltern könnten sich gleichermaßen Zeit nehmen, hätten die Chance, für ihre Kinder da zu sein. Für die Mütter würde dies eine große Entlastung bedeuten, wenn auch die Väter mehr zu Hause wären, als dies heute oft der Fall ist. Für die Familie insgesamt ist die Anwesenheit der Väter wünschenswert.

Neugierde und Erfahrung

Die Förderung von Neugierde könnte zur Maxime des Bildungswesens werden, Verwertbarkeit stünde nicht an erster Stelle. Neugierde ist die Voraussetzung für ein Denken, das ins Unbekannte vorstößt. Wie sehr man als Erwachsener dazu bereit ist, hängt entscheidend davon ab, inwiefern Eltern und das Bildungswesen dies fördern.

Vertrauen in Neugierde und in die Verantwortung der Eltern erlauben eine solche Freiheit. Nun könnte hier eingewandt werden, daß Eltern heute ihrer Verantwortung nicht mehr nachkommen, Kinder sich für alles, nur nicht für die Schule interessieren. Welchen Anteil daran tragen aber die bestehenden Ordnungen, müssen wir fragen? Wird Neugierde durch unsere Bildungseinrichtungen überhaupt gefördert? Werden Eltern nicht allzu oft bevormundet, wird ihnen nicht gar mißtraut – wie es die allgemeine Schulpflicht zum Ausdruck bringt? Können wir die Verweigerungshaltung von Schülern nicht ebenso gut als Protest dagegen verstehen, daß sie nicht ernstgenommen werden? Dies müssen wir bedenken, wollen wir nicht vorschnell Schlüsse darauf ziehen, woher manche dieser Probleme heute rühren.

Der Druck, der heute auf Jugendlichen lastet, ist der Feind jeden Wagnisses. Ihnen wird gepredigt, sie müßten um jeden Preis einen Weg in den Arbeitsmarkt finden, obwohl dieser immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Wir erlauben ihnen nicht, frei zu erkunden, was sie interessiert, Dinge auszuprobieren, ohne sich festlegen zu müssen, gerade zu einer Zeit, in der traditionell verlässliche Wege abhanden gekommen sind.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Freiheit schaffen, herauszufinden, worin die eigenen Stärken liegen. Die Wahl des

Berufes müßte nicht unter Zeitdruck und schon gar nicht um jeden Preis geschehen. Auch die Wahl eines Studiums wäre befreit von dem angestregten Bemühen, ein arbeitsmarktaugliches Zertifikat zu erhalten – ein Bemühen, das heute oft das Gegenteil dessen erreicht, was es erstrebt.

Innovation und Muße

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte den Geist der Neuerung. Es verschaffte eine finanzielle Absicherung, die Müßiggang erlaubte und förderte. Er ist die Voraussetzung für die Entstehung von Neuem, dem Entwickeln von Ideen und der Beschäftigung mit Dingen um ihrer selbst willen.

Innovative Ideen könnten frei entwickelt werden, Existenzsorgen müßte niemand haben. Das Entwickeln von Ideen wäre nicht von der Marktgängigkeit abhängig. Der Absatz an einem Markt könnte erfolgen, wenn das Produkt ausgereift wäre. Auch könnte es sich gegen die Marktregeln am Leben erhalten, und das wäre gut, denn wir wissen: der Markt entscheidet sich nicht immer für das beste Produkt.

Idee müßig zu entwickeln, würde in seiner Bedeutung für die politische Gemeinschaft anerkannt, ihm haftete nicht mehr der Makel der »Spinnerei« an. Muße würde zur Selbstverständlichkeit. Hingabe an eine Sache und Kreativität wären der Maßstab, an dem jede Tätigkeit, auch jede Erwerbstätigkeit, sich messen lassen müßte.

Engagement und Anerkennung

Während sowohl die Idee eines Niedriglohnsektors als auch die der allgemeinen Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung am Gebot der Erwerbsarbeit festhalten, befreite das bedingungslose Grundeinkommen von ihm.

Nur das Grundeinkommen eröffnet eine radikale Entscheidungsmöglichkeit dazu, wie man seinen Beitrag zum Gemeinwohl leisten will. Dieser Freiheit entspräche eine Verantwortungszumutung: Ganz gleich, wofür man sich entscheidet, es muß eine vernünftige Antwort auf die Chance der Freiheit darstellen. Denn mit der Entscheidung der Gemeinschaft, die Freiheit der Bürger zu stärken, ginge auch eine Verpflichtung einher: Die Freiheitschancen müßten sinnvoll genutzt werden. Aber es dürfte nicht vorgeschrieben werden, was als sinnvoll gälte. In der vernünftigen Nutzung der Freiheit bestünde dann ein Beitrag zum Gemeinwohl.

Wer einen Beruf ergreifen wollte, müßte sich für den auch dann noch bestehenden Arbeitsmarkt qualifizieren. Die Anforderungen an Arbeitskräfte werden zunehmen. Die Bereitschaft, sich in den Dienst einer Sache zu stellen, dem Zweck eines Unternehmens zu dienen, wäre von größerer Bedeutung als heute. Neuerungen erwachsen aus der Auseinandersetzung mit ungelösten Problemen, dazu würde das Grundeinkommen ermutigen. Eine wirkliche Kultur der Leistung würde gefördert und es nicht bei der rhetorischen Forderung danach belassen.

Leistung statt Lohnkostensenkung um jeden Preis würde der Wirtschaft der Zukunft ein neues Fundament geben. Statt Angst um Einkommensverlust würde die Chance auf Leistung und Innovation gefördert.

»Wir öffnen Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt und erwarten, dass sie den Weg gehen oder aber Sanktionen hinnehmen müssen. Wir nehmen der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs. Wir reden also über einen wirklichen Mentalitätswandel, über ein neues Denken in der Arbeitswelt« (Wirtschaftsminister Wolfgang Clement in der *Süddeutschen Zeitung* vom 15. Oktober 2003).

»Auch eine Nation braucht insgesamt ein positives Selbstverständnis und ein positives Verhältnis zu sich selber. Nur so kann sich ein Wir-Gefühl entwickeln, das die Grundlage jeder Nation ist.«

(Johannes Rau in seiner letzten Rede als Bundespräsident am 12. Mai 2004).

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Unternehmen wären aufgerufen, um leistungsbereite Mitarbeiter zu werben. Sie müßten ihnen gute Arbeitsbedingungen bieten, damit sie einen Arbeitsplatz annehmen. Ein Unternehmen, das Mitarbeiter gegeneinander ausspielte, verlöre sie angesichts eines bedingungslosen Grundeinkommens bald, denn das Grundeinkommen verleiht Verhandlungsmacht.

Automatisierungschancen zu nutzen, wäre gewünscht, ja erstrebenswert. Dies leistete einen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Rückgewinn von Lebenszeit. Ein bedingungsloses Grundeinkommen erlaubte zu automatisieren, wenn es unternehmerisch sinnvoll ist. Entlassene Mitarbeiter wären versorgt. Abfindungsregelungen, die der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber aushandelt, könnte es nach wie vor geben: Sie lägen in der Hand des einzelnen.

Gegenwärtig befinden sich Unternehmen, die Mitarbeiter entlassen wollen, in einem Konflikt: Auf der einen Seite sollen sie innovativ sein und Ressourcen schonen, also auch Arbeitskraft. Auf der anderen Seite sollen sie aber Arbeitsplätze schaffen, auch wenn sie diese nicht benötigen. Entscheiden sie sich für ersteres, werden sie kritisiert, entscheiden sie sich für die zweite Option, müssen sie auch kritisiert werden. Denn zu ihren Aufgaben gehört die Nutzung technologischer Problemlösungen in vollem Umfang. Wo Unternehmen darauf verzichten, verzichtet eine politische Gemeinschaft auf die Nutzung von Neuerungen. Jede der genannten Entscheidungen zeitigt heute unerwünschte Folgen. Aus diesem Dilemma gelangte man nur hinaus, wenn Automatisierung erstrebenswert würde und Einkommen nicht mehr über Erwerbsarbeit erzielt werden müßten.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Wirtschaft, weil unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige nicht aus politischen Überlegungen der Sozialverträglichkeit aufrechterhalten werden müßten. Subventionen, die heute in Branchen fließen, um sie künstlich marktfähig zu halten, stünden für andere Bereiche zur Verfügung.

Leistungsbereitschaft und die Förderung von Neuerungen würden im Zentrum stehen. Innere Kündigung oder Sabotage am Arbeitsplatz, heute unter anderem eine Reaktion auf die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, würden abnehmen.

Nur der Erwähnung bedarf es hier noch, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen einen umfassenden Abbau von Bürokratie in allen Bereichen, auch in den Sozialsystemen, ermöglichte. Denn heute noch durchgeführte Kontrollen und Bevormundungen wären nicht mehr notwendig. Statt Arbeitsagenturen zu unterhalten und Kapital unnützlich zu verschwenden, legten wir diese Entscheidungen in die Hand der Bürger. Hilfsangebote sollten natürlich vorgehalten werden, doch sind es Angebote, keine Verpflichtungen. Demotivierende Effekte der Kontrollen verschwänden. Nicht Arbeitslosigkeit gäbe es, sondern Freiheit dazu, seinen Interessen nachzugehen.

Einwände

»Aber wer arbeitet dann noch? Und wer erledigt die Tätigkeiten, die nicht sehr attraktiv, aber doch unerlässlich sind?«

Erwerbsarbeit würde es weiterhin geben und alle, die dies jetzt schon aus Hingabe an eine Sache tun, sich mit ihr identifizieren, würden durch das Grundeinkommen in ihrem Interesse bestärkt. Sie sind wahrscheinlich auch diejenigen, die schon heute Neuerungen hervorbringen. Doch werden sie einer Erwerbsarbeit nicht mehr unter allen Bedingungen nachgehen müssen. Und dort, wo einfachere Tätigkeiten verlässlich und gewissenhaft verrichtet werden müssen, hätten Bürger künftig die Freiheit, schlechte Arbeitsbedingungen abzulehnen.

»Wie hoch soll das Grundeinkommen denn sein?« Angaben über die Höhe eines Grundeinkommens leiden heute unter einem einfachen Problem: Die Kaufkraft des Einkommens besteht immer nach gegenwärtigen Preisen. Wenn das Grundeinkommen aber einen Wandel unseres Wertgefüges nach sich zieht, wird sich auch die Wertschätzung für bestimmte Güter und Dienstleistungen wandeln. Nicht nur steht zu vermuten, daß manche Güter vom Markt verschwinden, andere würden stärker nachgefragt. Doch können wir dies lediglich vermuten und keine verlässliche Auskunft über reale Entwicklungen geben.

Vor allem aber ist die gewünschte Höhe des Grundeinkommens nicht durch Expertise zu bestimmen. Experten können allenfalls einschätzen, ob eine gewünschte Höhe realisierbar wäre, nicht aber, ob sie gewollt wird. Dazu muß über die Höhe zuerst einmal gestritten werden, sie hängt also wesentlich davon ab, wie hoch es nach unserem Dafürhalten sein soll. Rechenmodelle dürfen politische Gestaltung nicht ersetzen, wie man gegenwärtig oft den Eindruck gewinnen kann.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hat eine entscheidende Voraussetzung: Das Gemeinwesen muß in die Gemeinwohlbindung seiner Bürger vertrauen. Es muß darauf vertrauen, daß die Bürger ihren Beitrag leisten wollen. Dies ist schon heute die Grundlage jeglicher demokratischer Ordnung, von daher also wäre ein Grundeinkommen nur die Konsequenz aus der Gegenwart – eine aus der Realität erwachsene Utopie.

»Unsere Gesellschaft ist auf Arbeit aufgebaut, ihr Wohlstand durch Arbeit geschaffen (...). Zugleich bleibt Arbeit die wichtigste Quelle psychischer Stabilität und sozialer Identität; sie vermittelt Menschen Lebenssinn, verhilft ihnen zu Respekt und Selbstrespekt. Daran wird sich so schnell nichts ändern: Als Norm und als Realität bleibt Erwerbsarbeit zentral für den Zusammenhalt und die Kultur unserer Gesellschaft« (Olaf Scholtz, SPD, »Gerechtigkeit und solidarische Mitte im 21. Jahrhundert«).

MATTHIAS KLAUDIUS

Ausbildungsfinanzierung im Vergleich: Deutschland und Irland

Irlands Beitritt zur europäischen Gemeinschaft im Jahr 1973 bewirkte einen fundamentalen Wandel in Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft. Das ehemals bemitleidete Armenhaus Europas entwickelte sich zu einem internationalen Spitzenstandort für den Technologiesektor, das Finanzwesen und für die Dienstleistungsbranche. Insbesondere der seit den neunziger Jahren andauernde Wirtschaftsboom mit jährlich durchschnittlich 6 Prozent Wirtschaftswachstum hat dazu geführt, dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Iren im Jahr 2002 mit 31 000 Euro das zweithöchste Europas war. Der Vergleichswert Deutschlands liegt bei 26 000 Euro, womit es sich im Mittelfeld der Pro-Kopf-Einkommen der europäischen Länder einreicht.¹ Neben einer niedrigen Umsatzsteuer und den vergleichsweise niedrigen Lohnnebenkosten wird der Bildungssektor und insbesondere der Hochschulsektor als ein wichtiger Pfeiler für die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte des »Celtic Tiger« angesehen. Die Anzahl der Forschungseinrichtungen hat sich 1997 verdoppelt, die der Studierenden ist in den letzten 10 Jahren um 80 Prozent gestiegen und der Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss ist einer der höchsten in ganz Europa.²

In Anbetracht dieser Zahlen ist zu vermuten, dass ein Großteil der finanziellen Ressourcen in die Hochschulbildung fließt, sei es im Rahmen der Hochschulfinanzierung oder im Rahmen der direkten Ausbildungsfinanzierung der Studenten. Im Vergleich zu Deutschland wird zum einen dieser Frage nachgegangen. Zum anderen wird darauf eingegangen, in welche Phasen der Hochschulbildung insbesondere investiert wird und welche bildungspolitischen Tendenzen zu erkennen sind.

Hochschulfinanzierung

Dem Hochschulrahmengesetz des Bundes und den Hochschulgesetzen der Länder entsprechend, stehen den Hochschulzugangsberechtigten in Deutschland verschiedene Universitäten, Hochschulen sowie Berufsakademien offen, deren Zugang teilweise über den Numerus clausus geregelt wird. Mit der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse seit 2004 ist eine Studienlänge von sechs und vier Semestern vorgesehen. Die Finanzierung speist sich derzeit noch zu überwiegendem Teil aus den Beiträgen der Länder und des Bundes und betrug gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2003 42 Prozent des Bildungshaushaltes und damit zirka 9 500 Euro pro Kopf.³

Matthias Klaudius – Jg. 1979; Studium für Lehramt Gymnasium Geschichte/ Englisch an der Universität Potsdam, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Kaufkraftparitätisch Irland: 29 600 Euro, Deutschland: 24 050 Euro.

2 Higher Education Authority Financial Management in Irish Institutions of Higher Education. www.hea.ie/uploads/word/Oecd%20IMHE%20Financial%20Management.doc.

3 Bund-Länder-Kommission. BLK-Bildungsfinanzbericht 2002/2003: Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 116-II 2004.

Das irische Hochschulsystem gliedert sich in den universitären Bereich, dem die sieben nationalen Universitäten und weitere anerkannte Colleges angeschlossen sind, und einen Fachhochschulbereich (und gleicht darin dem deutschen Hochschulsystem), der auf die betriebswirtschaftliche und technische Lehre beschränkt ist. Die rechtliche Grundlage für das Hochschulsystem bilden das 1992 beschlossene *Regional Technical Colleges Act* und das *Dublin Institute of Technology Act* sowie das 1997 verabschiedete *Higher Education Authority Act*. Während der nicht-universitäre Bereich durch das Bildungsministerium selbst geregelt wird, ist für den universitären Sektor die *Higher Education Authority (HEA)* als Zwischeninstanz verantwortlich. Diese vermittelt die Finanzierung und Rechenschaftspflicht zwischen Staat und Universität und berät und kontrolliert die Universitäten. Im Vergleich zu den Hochschulen ist den nationalen Universitäten im Rahmen des *HEA Act* von 1997 ein großes Maß an Autonomie zugesprochen worden. Diese entwerfen bildungspolitische und finanzielle Strategiepapiere in Eigenverantwortung und sind für die Qualitätssicherung zuständig. Seit 1997 sind sie zudem rechtlich legitimiert, die Kursgebühren⁴ selbst festzulegen, worauf aber in Absprache mit dem *HEA* bisher zumindest für den Bachelor-Bereich verzichtet wurde. Das *Committee of the Heads of Irish Universities (CHIU)* ist eine Arbeitsgruppe, die sich aus den Verantwortlichen der sieben nationalen Universitäten zusammensetzt und sich im Hinblick auf gemeinsame bildungspolitische Strategien verständigt und mit dem *HEA* über das jährliche Budget verhandelt. Der irische Staat finanziert beide Hochschulbereiche zu zirka 80-90 Prozent. Dies entspricht gemäß dem BIP 2003 39 Prozent des Bildungshaushalts und damit zirka 7 300 Euro pro Kopf.⁵ Die fehlende Summe wird durch Registrierungs- und Servicegebühren für die gesamte Studentenschaft, durch Kursgebühren für Postgraduierte sowie durch Kursgebühren nicht-europäischer Studenten gedeckt.⁶ Insbesondere im letzten Bereich dieser Finanzierungsquellen sieht Irland vor allem auf dem asiatischen Markt gewaltige Potenziale. Das Marketing des Hochschulsektors hat daher in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen.

Trotz des wirtschaftlichen Booms in Irland wird deutlich, dass zu keinem Zeitpunkt eine Vollfinanzierung der Hochschulbildung angestrebt wird. Der Staat erklärt sich lediglich bereit, die untergraduierten Studenten finanziell zu »entlasten«, da er seit 1996 deren Kursgebühren übernommen hat. Folglich findet eine gezielte Breitenförderung im Untergraduiertenbereich statt, die für den Bachelor auf drei Jahre begrenzt ist und die Studenten mit einer kurzen akademischen Grundausbildung versorgt. Inwieweit die erworbenen Qualifikationen den Anforderungen der Wirtschaft entsprechen, sei dahingestellt. Für viele Iren liegt der Erfolg des »Celtic Tigers« aber gerade in dieser Breitenförderung begründet. Der enorme Anstieg der Studentenzahlen bezieht sich demzufolge ausschließlich auf den Untergraduiertenbereich und lässt sich nicht auf die Masterstudiengänge oder auf den Bereich der Promotion, die vier bzw. sechs Semester dauern, ausdehnen. Die Studenten müssen die Kosten für diesen Bereich in vollem Umfang alleine aufbringen. Daher finden sich auch nur 16 Prozent der Postgraduierten unter der gesamten Studentenschaft.

4 Diese Kursgebühren entsprechen Studiengebühren, deren Erhebung momentan in Deutschland stark diskutiert wird.

5 Vgl. OECD Bildungsbericht und Ministerium für Bildung.

6 Higher Education Authority Financial Management, a. a. O.

Aus diesem Grund hat das *HEA* ein Strategiepapier veröffentlicht, das Forschung und Entwicklung in der Zukunft sicherstellen und fördern soll. Im Zuge der Wettbewerbsfähigkeit der irischen Universitäten soll besonderes Augenmerk auf die Qualitätsstandards sowie auf die Relevanz der Ausbildung (»value for money«) gelegt werden. Die Universitäten müssten sich stärker denn je als Dienstleistungsunternehmen präsentieren und Studiengänge internationalisieren. Darüber hinaus müssten eigenverantwortliches und lebenslanges Lernen stärker betont und das E-Learning ausgebaut werden.⁷ Dies bezieht sich vor allem auf den Erwerb von Bildungszertifikaten während des Berufslebens, aber auch auf das Ablegen eines Masters zu späterem Zeitpunkt.

7 Ebenda.

Diese Empfehlungen reihen sich in einen wirtschaftlichen und bildungspolitischen Entwicklungsprozess ein, Bildung als Ware stärker zu vermarkten und gleichzeitig eine gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen, sich im Rahmen des Globalisierungsprozesses sowie der persönlichen »Wettbewerbsfähigkeit« und Renditeaussichten lebenslang auf eigene Kosten fortzubilden. Ein solcher permanenter »Bildungsdruck« wird zusehends bei Akademikern mit Bachelor Abschlüssen zu der Einsicht führen, sich nicht nur mit Bildungszertifikaten »begnügen« zu können, sondern darüber hinaus, und trotz der hohen Kosten, in einen Master investieren zu müssen. Dass diese Entwicklung so bereits »funktioniert«, habe ich in zahlreichen Gesprächen erfahren können.

Ausbildungsfinanzierung

Die Aufnahme eines Studiums hängt bei vielen Jugendlichen davon ab, ob sie auf eine gleichbleibende und verlässliche Studienfinanzierung während des Studiums zurückgreifen können. Was Deutschland betrifft, so müssen zum einen die Ausbildungskosten getragen werden, die sich in den verschiedenen Einschreibe- und Verwaltungsgebühren und in den Semesterbeiträgen niederschlagen, ganz zu schweigen von den in einigen Bundesländern bereits eingeführten Studiengebühren.⁸ Zum anderen stehen die Lebenshaltungskosten während der Ausbildung zu Buche, die vom Deutschen Studentenwerk für 2003 mit 694 Euro pro Monat veranschlagt werden.⁹ Die Finanzierung dieser Kosten hat das Deutsche Studentenwerk in der 16. Sozialerhebung untersucht. Demnach ergeben sich die monatlichen Einnahmen im Jahr 2003 im Durchschnitt – Bezugsgruppe »Normalstudent« – in den alten Bundesländern zu 51 Prozent durch die Eltern, zu 12 Prozent durch Bafög, zu 28 Prozent aus eigenem Verdienst und zu 9 Prozent aus sonstigen Quellen wie Stipendien, Großeltern oder Bildungskredit. In den neuen Bundesländern werden durchschnittlich 51 Prozent von den Eltern aufgebracht, 22 Prozent durch Bafög, 17 Prozent durch eigenen Verdienst und 10 Prozent durch sonstige Quellen.¹⁰

8 <http://www.studentenwerk.de/main/default.asp?id=03100>.

9 Ebenda.

10 Ebenda, Statistik DSW 16. Sozialerhebung.

Die Ausbildungskosten in Irland sind vergleichsweise höher und variieren zwischen den Universitäten und Hochschulen. So musste zum Beispiel ein Bachelor Student am *University College Dublin* im Studienjahr 2003/2004 eine Registrierungs- und Servicegebühr von 733,50 Euro zahlen. Mit der Erhöhung dieser Gebühr ist die Angst um verdeckte Kursgebühren verbunden, die im Jahr 1996 für den

Bachelor-Studiengang vom Staat übernommen worden waren. Ein selbstverschuldetes Überschreiten und die Wiederholung eines Jahres zieht die vollständigen Kursgebühren und Registrierungsgebühren für das Zusatzjahr nach sich.

Postgraduierte müssen neben der Registrierungs- und Servicegebühr je nach Abschlussart und Studienfach verschiedene Kursgebühren aufbringen. Ein im Jahr 2003/2004 begonnenes Masterstudium für Architektur kostete in den ersten beiden Jahren jeweils 3 270 Euro, eine Promotion pro Jahr 3 500 Euro. Studenten, die nicht aus der EU stammen, müssten beim gleichen Studiengang 6 540 Euro pro Jahr bzw. 7 000 Euro pro Jahr zahlen.¹¹ Zu den jeweiligen Gebühren addieren sich die Lebenshaltungskosten, die vom Informationsheft des University College Dublin mit 1 174 Euro beziffert werden.¹²

Während in Deutschland die Eltern bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss verpflichtet sind, Unterhalt zu zahlen, gilt dies in Irland bis zum 23. Lebensjahr. Eine Studienförderung in der Art des Bafög existiert in Irland nicht. Dafür werden aber besonders einkommenschwachen oder kinderreichen Familien sowohl im Bachelor-Studiengang als auch in einem Postgraduierten-Studiengang die Lebenshaltungskosten erstattet. Diese beschränken sich jedoch einzig auf den Vorlesungszeitraum. Darüber hinaus können sowohl die Studiengebühren für Postgraduierte als auch die Service- und Registrierungsgebühren für alle Studenten durch den Staat teil- oder vollfinanziert werden.¹³ Im Jahre 2002 haben 37 Prozent der Studentenschaft in verschiedener Höhe staatliche Unterstützung erhalten.¹⁴ Ein Großteil der Studenten arbeitet dennoch neben dem Studium bzw. während der Semesterferien. Ein weiterer Weg der Finanzierung stellen die Leistungs- oder Sportstipendien dar, die aber in ihrer Anzahl zu vernachlässigen sind. Einigen Postgraduierten, die sich dann im Gegenzug für einen bestimmten Zeitraum vertraglich binden, wird das Studium vom Arbeitgeber kofinanziert. Den Löwenanteil der Versorgung der Studenten leisten dennoch die Familien.

Sowohl in Deutschland als auch in Irland beziehen große Teile der Studentenschaft finanzielle Mittel, die außerhalb der staatlichen Unterstützung liegen. Die Deckung der anfallenden Ausbildungskosten und Lebenshaltungskosten während des Studiums hängen somit in beiden Ländern zum Großteil von den Studierenden selbst ab.

Fazit

Während in Irland ausschließlich die akademische Grundausbildung »finanziert« wird, indem die Kursgebühren im Bachelor-Studium durch den Staat übernommen werden und die Ausbildungsfinanzierung der Studenten nur in einem eng begrenzten Maße als dessen Einsatzgebiet verstanden wird, beteiligt sich der deutsche Staat noch zu einem größeren Teil an der Ausbildungsfinanzierung der Studentenschaft. Zum einen soll das Studium vorerst im konsekutiven Bachelor-Master-Studiengang gebührenfrei bleiben. Zum anderen kann für diesen akademischen Ausbildungsweg Bafög beantragt werden, das nicht nur für den Vorlesungszeitraum gezahlt wird.

Es besteht gesellschaftliche Akzeptanz in Irland, dass der Master vom Bachelor abgekoppelt wurde und vom Staat nicht länger als öf-

11 Fees and Grants Office University College Dublin. Information on Fees. Session 2003/ 2004. p. 19 f.

12 International Office. International Student Handbook. National University of Ireland, Dublin 2003/2004. http://www.ucd.ie/global/pdf_files/handbook_0304.pdf.

13 Zum Beispiel: Eltern mit bis zu vier Kindern und einem gemeinsamen Jahreseinkommen von 32 000 Euro müssen keine Kursgebühren zahlen. Der Student erhält darüber hinaus einen Lebenshaltungsbeitrag, der für die Länge des Vorlesungszeitraums berechnet ist.

14 Higher Education Authority Financial Management, a. a. O.

fentliches Gut getragen werden muss. Die tertiäre Bildung ist durch die autonom geführten Universitäten selbst oder durch waschechte private Bildungsunternehmen privatisiert worden und wird es weiterhin. Finanzielle Folgen müssen von den Bürgern geschultert werden. Der gesamtgesellschaftliche Nutzen einer staatlich finanzierten akademischen Ausbildung steht in Irland zudem kaum noch zur Debatte. Inwieweit in Deutschland die Gefahr einer Abkoppelung besteht, ist bisher nicht eindeutig vorauszusehen. Eine solche ist aber durchaus denkbar, würde es doch den Staat finanziell erheblich entlasten. Die Verkürzung der Studienzeit von deutschen Studenten, die sich mit dem Bachelor begnügen, ist aber nicht auszuschließen. Inwieweit die Wirtschaft eine verkürzte Studienzeit und damit geringere Qualifikationen der Studenten akzeptiert, ist bisher noch umstritten, zumal damit die »Qualifikationsüberlegenheit« gegenüber den Fachhochschulen oder sogar dem beruflichen Ausbildungssystem schrumpfen würde. Die Betonung des lebenslangen Lernens und dessen Finanzierung durch die Bürger dürfte aber nicht nur ein irisches Phänomen bleiben, sondern wird sich in Zukunft auch in größerem Umfang auf Deutschland ausweiten.

HEINZ SCHÄFER

PDS: Profilschärfung unerlässlich, Beachtung der West-Positionen auch

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein vom 20. Februar 2005 muss – wenn die PDS 2006 wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen will – dazu führen, dass durch die PDS ein politischer Ruck geht. Die Stimmenverluste in Schleswig-Holstein gegenüber der Landtagswahl vor fünf Jahren sind dramatisch.

In Flensburg ging der Stimmenanteil von 1,6 auf 0,8 Prozent zurück, in Schleswig von 1,0 auf 0,5 Prozent, in Eckernförde von 1,1 auf 0,6 Prozent, in Rendsburg von 1,1 auf 0,7 Prozent, in Neumünster von 1,5 auf 0,9 Prozent, in Kiel von 2,5 auf 1,5 Prozent und in Lübeck von 2,0 auf 1,6 Prozent. Im Landesdurchschnitt ist ein Rückgang von 1,4 Prozent auf 0,8 Prozent zu verzeichnen – also um knapp 43 Prozent.¹

PDS-Wahlkampfleiter Bodo Ramelow erklärte dazu: »Der Politik von Rot-Grün in Land und Bund wurde von den Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein ein heftiger Schuss vor den Bug gesetzt. Die eigene Mehrheit ging verloren, die SPD setzte die Folge herber Stimmenverluste fort und auch die grünen Bäume wachsen nicht mehr in den Himmel. (...) Umso wichtiger ist es, dass die PDS weiter an ihrer Profilierung als soziale Alternative arbeitet. Das Ergebnis der PDS Schleswig-Holstein bei den Landtagswahlen zeigt noch einmal in aller Deutlichkeit, dass eine breite kommunalpolitische Verankerung entscheidende Voraussetzung ist, damit die PDS auch landespolitisch im Westen Fuß fassen kann. Die PDS Schleswig-Holstein hat unterstützt von der PDS aus dem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern einen engagierten aufopferungsvollen Wahlkampf geführt, stand aber unter komplizierten wahlrechtlichen, medialen und personellen Bedingungen vor zu hohen Hürden.«²

Bodo Ramelow beantwortete damit noch nicht, wie er die dramatischen Verluste der PDS bewertet. Aber die PDS wird nicht darum herum kommen, diese Frage zu beantworten. Vor allem muss sie sich damit beschäftigen, ob das Ergebnis voraussehbar war und welche Schlussfolgerungen gezogen werden müssen.

Ich meine, dass das Ergebnis nach dem Potsdamer Parteitag im Oktober 2004 befürchtet werden musste. Welchen Inhalt hatte der in Potsdam mit großer Mehrheit angenommene Leitantrag?

Hasenfüßigkeit und Angst vor der eigenen Courage

Meiner Meinung nach enthält dieser Leitantrag keine klare Analyse der heutigen Situation, und weil das so ist, bleibt er auch in den Alternativen undeutlich. Wäre es nicht doch nützlich gewesen, aus dem

Heinz Schäfer – Jg. 1927; Dr. oec., Mitglied des Ältestenrates der PDS, Mitglied des Vorstandes des DGB-Kreises Darmstadt-Dieburg, Mitglied des DGB-Landeseniorenausschusses Hessen; 1948-1950 Verwaltungsanwärter bei der Stadt Darmstadt, 1950 Berufsverbot; nach Studium an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt Universität 1953-1969 Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, 1969-1975 Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt a. M., 1975-1989 Redakteur der Zeitschrift »Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik« Frankfurt a. M., 1947-1990 Mitglied der KPD und DKP, seit 1994 Mitglied der PDS, 1995-2004 Mitglied des Parteirats der PDS.

1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 2005.

2 Pressedienst PDS, Berlin, Nr. 8, 25. Februar 2005.

3 Antrag L 2 von Arne-Norman Brix (Berlin) u. a., in: PDS-Delegierteninformation für die 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS am 30./31. Oktober 2004 in Potsdam, S. 24-29; www.sozialisten.de/partei/parteitag/0901

4 Die Positionen von Renate Bastian entstammen einem Mailwechsel zwischen ihr und dem Autor vom 14. Oktober 2004; sie sind auch enthalten im Entwurf eines Diskussionsbeitrages, den Renate Bastian dann auf dem Parteitag in Potsdam aus Zeitgründen nicht halten konnte.

alternativen Leitantrag, der in seiner Gesamtheit nicht meine Zustimmung findet, einige Passagen in den analytischen Teil des dann beschlossenen Leitantrages »herüber zu holen«? Im alternativen Leitantrag finden sich so zutreffende Formulierungen wie: »Der Kapitalismus verliert jede Scheu, sein Wesen zu offenbaren. Dreh- und Angelpunkt ist die schamlose Jagd nach Maximalprofit. Ausbeutung wird immer unverschämter betrieben, und im Profitinteresse Kriege zu führen ist wieder zum »normalen« Mittel der Politik geworden. (...) Unser Ziel entbindet uns nicht von der Pflicht, hier und heute für ein menschenwürdiges Dasein einzutreten. (...) Wenn wir von Umbruch, Umbau oder Veränderungen reden, so meinen wir genau das Gegenteil dessen, was die Apologeten des Kapitals darunter verstehen, wenn sie diese Begriffe benutzen.«³

Vielleicht könnte der PDS ja ein Artikel von Heiner Geißler helfen. In der Wochenzeitung »Die Zeit« vom 11. November 2004 stellte Geißler die Frage: »Wo bleibt Euer Aufschrei?« Er fordert, »dass der Markt geordnet werden muss, auch global Regeln einzuhalten sind und Lohndumping die Qualität der Arbeit und der Produkte zerstört. (...) Die Arbeiter in den Industriestaaten und ihre Gewerkschaften, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit mit dem Rücken an der Wand stehen, fühlen sich anonymen Mächten ausgeliefert, die von Menschen beherrscht werden, deren Gier nach Geld ihre Hirne zerfrisst. Die Menschen leben und arbeiten in einer globalisierten Ökonomie, die eine Welt der Anarchie ist – ohne Regeln, ohne Gesetze, ohne soziale Übereinkünfte, eine Welt, in der Unternehmen, Großbanken und der ganze »private Sektor« unreguliert agieren können.« Er träumt von einer Alternative: einer »internationale(n) sozial-ökologische(n) Marktwirtschaft mit geordnetem Wettbewerb«.

Ich sehe in der PDS im Konkreten viel Hasenfüßigkeit, viel Angst vor der eigenen Courage. Ich halte es mit der Delegierten Renate Bastian, die feststellte, dass ihr »eine stringente und vielleicht auch aggressive Darstellung des gegenwärtigen Umbruchs in der Bundesrepublik« fehlt. Es werde davon gesprochen, dass von den Herrschenden »der sozialstaatliche Konsens aufgegeben« werde, was aber tatsächlich passiert, sei, dass diese Republik »grundsätzlich gewendet« wird. Ich frage mich in diesem Sinne: Wenn in »Bild« vom 5. November 2004 BDI-Präsident Michael Rogowski fordern konnte: »Brecht die Allmacht der Gewerkschaften«, warum kann die PDS nicht fordern: »Brecht die Allmacht der Unternehmerverbände«? Renate Bastian kritisierte weiter: »Zu schwammig wird immer wieder von »den Menschen« gesprochen, denen es »besser gehen« soll. Wer ist unsere Klientel? Wir müssen sie vielleicht nicht alle aufzählen, sollten uns aber selbst darüber im Klaren sein. (...) Der Leitantrag macht im allgemeinen Teil den Eindruck, als wolle er niemandem weh tun, vor allem nicht sich selbst. Es »tümelt« zu viel.«⁴

Wer das Ergebnis des Potsdamer Parteitages mit einem gewissen Abstand wertet, muss feststellen, dass keine Signale nach außen drangen, die eine Grundlage für den Wiedereinzug in den Bundestag bilden könnten. Da ging es der PDS vor dem Parteitag schon einmal besser.

Der Parteivorsitzende Lothar Bisky stellte in seiner Rede fest: »Die PDS ist bundesweit als Partei der sozialen Frage wieder erkennbar. Genau an dieser Stelle müssen wir weitermachen. Sozial – mit aller Kraft!«⁵ Wer wollte ihm hier nicht zustimmen?

Aber genau hier ist die Erkennbarkeit sehr undeutlich und sind die aufgestellten Forderungen meist sehr zurückhaltend oder gar ängstlich. Die Kritik an der Regierung ist viel zu zaghaft, um auch außerhalb der Partei wahrgenommen zu werden. Warum wurde nicht festgestellt, dass es noch keine Bundesregierung gab, die den Interessen des großen Kapitals so willfährig folgte wie die Regierung Schröder? Das Großkapital ist daher mit dieser Regierung höchst zufrieden. Natürlich würde eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung noch weiter gehen wollen, aber sie könnte es wohl nicht, weil ihr der geballte Widerstand dies nicht erlauben würde. So aber erweist sich bis in die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen hinein der sozialdemokratische Transmissionsriemen als außerordentlich effektiv.

Rentenkonzept ohne West-Positionen

Lothar Bisky verwies unter anderem auf ein »hart gerechnetes Rentenmodell« der PDS, auf Eckpunkte einer Bürgerversicherung sowie auf ein Steuerkonzept. Dies allerdings sind aus meiner Sicht Kopfgebirgen, die in Arbeitskreisen ausgedacht wurden, aber die Vorschläge und Kritiken, die seit vielen Jahren in Anträgen an Parteitage enthalten waren, weitgehend unbeachtet ließen, in der Partei nicht diskutiert wurden und Grundfragen der unterentwickelten innerparteilichen Demokratie aufwerfen.

Wo bleibt – zum Beispiel – in der Rentenpolitik die Forderung nach einer Kappungsgrenze oder nach der Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, nach einem einheitlichen sozialen Fonds – alles Dinge, die in Anträgen an Parteitage gefordert bzw. auf hessischen Landesparteitagen beschlossen wurden? Wo bleibt der Protest gegen die Enteignung der Rentner, denen jahrelang die Rentenerhöhung unter anderem durch den Nachhaltigkeitsfaktor verweigert wird? Wo bleibt der Protest gegen die schamlose Bereicherung der Abgeordneten in Bund und Ländern? In Hessen, das hier Spitze ist, betragen die Ruhegehälter für Abgeordnete schon nach 6 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag 1 800 Euro und steigen mit jedem weiteren Mandatsjahr um 2,75 Prozent auf bis zu 4 657 Euro im Monat. Sie werden schon mit Vollendung des 55. Lebensjahres bezahlt. Ein Durchschnittsrentner müsste für diese Summe mehr als 300 Jahre gearbeitet haben.

Warum konnte sich die PDS nicht durchringen, in den Leitantrag die Forderung nach einer neuen Verteilung aufzunehmen? Warum musste unbedingt die Forderung nach einem »Verteilungskompromiss« aufgenommen werden, der doch den Geist der Sozialpartnerschaft rechter Sozialdemokraten durchschimmern lässt? Natürlich werden konkrete Auseinandersetzungen letztlich mit einem Kompromiss enden, aber erst zum Schluss. Wer den Kompromiss an den Anfang einer Auseinandersetzung stellt und nicht den unvermeidlichen Kampf, wird letzten Endes immer mit einem faulen Kompromiss abgesspeist werden, denn über die Qualität eines Kompromisses

5 Lothar Bisky: Die Aufgaben der PDS bis 2006, Rede auf der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS, Potsdam, 30. Oktober 2004; www.sozialisten.de/partei/parteitag/0901/reden

entscheidet immer das Kräfteverhältnis der Kämpfenden oder aber auch das der Nichtkämpfenden.

Warum musste in den Leitantrag einfließen, dass die Unternehmer wieder ihrer sozialen Verantwortung nachkommen sollen, wo sie dies aus eigener Kraft niemals taten, sondern immer zu sozialen Zuständnissen nur durch real vorhandene Gegenkräfte gezwungen werden mussten?

Warum müssen wir unbedingt in der Rentenpolitik dem Äquivalenzprinzip huldigen und Krämerseelen gleich nur dem eine Mindestrente zubilligen wollen, der mindestens 30 Jahre eingezahlt und dabei 15 Rentenpunkte erworben hat? Warum wird nur eine Mindestrente, nicht aber eine Höchstrente angedacht, wie sie beispielsweise die IG BAU zur Diskussion stellte?

Und warum wird zu Recht ein Mindestlohn gefordert – aber keine Deckelung nach oben?

Halten wir fest: Der (Partei-)Osten äußert sich zu Rentenfragen, zu Steuerfragen, zu Wirtschaftsfragen, da werden Ausschüsse gebildet, zusammengesetzt aus Genossinnen und Genossen aus den neuen Bundesländern – und es wird so getan, als ob die Genossinnen und Genossen im Westen den Kapitalismus mehr als fünfzig Jahre nur im Schläfe erlebt hätten. Die Ergebnisse dieser Ausschüsse und Kommissionen werden popularisiert, sie werden sogar als die Positionen der Partei ausgegeben, aber in der Partei wird darüber nicht diskutiert. Und mehr noch: Forderungen, die im Westen auf vielen Parteitagen erhoben werden – so zu Rentenfragen, zur Energiepolitik, zu Wirtschaftsfragen – werden einfach ignoriert.

Die Überheblichkeit, die sich hier zeigt, kann nicht übersehen werden und lässt Zweifel aufkommen, ob tatsächlich eine gesamtdeutsche Partei ins Auge gefasst wird. Einige Funktionsträger werden auch nicht darum herumkommen, die Frage zu beantworten, ob der eine oder andere durch langjährige Einbindung in gut dotierte Landtagsfunktionen materiell nicht schon sozial so weit abgesichert ist, dass er nicht mehr daran denkt, über seinen unmittelbaren Bereich hinaus Einfluss zu gewinnen.

»Rostocker Manifest« als reines Ost-Dokument

Was in der Sozialpolitik mit Händen greifbar ist zeigt sich auch in der Wirtschaftspolitik. Wo wurden in der Partei jemals das »Rostocker Manifest«, auf das auch Lothar Bisky wiederum verwies, nachdem er es schon vor sechs Jahren über den grünen Klee gelobt hatte, sowie das Innovationsprojekt »Herausforderung 80« diskutiert? Ich verweise auf die ausführliche Kritik am »Rostocker Manifest« vor fast sechs Jahren zum Berliner Parteitag.⁶

Es sollte festgestellt werden, dass das »Rostocker Manifest« kein Dokument der Partei ist, sondern lediglich die Meinungsäußerung von 18 Genossinnen und Genossen. Es sollte daher Bestandteil eines in der Partei stattfindenden Meinungsbildungsprozesses sein und über die komplizierte Problematik ein intensiver Diskussionsprozess eingeleitet werden. Zum Dresdner Parteitag wurde nachgehakt und auf die Entscheidung des Parteivorstandes vom 12. April 1999 verwiesen,⁷ mit der das »Rostocker Manifest« in den Rang »beschlossener programmatischer Aussagen« gehoben wurde. Der Kreisver-

6 Vgl. Antrag VI./1.-3.9. zur 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS, Berlin, 15./16. Januar 1999.

7 Vgl. Antrag L.1.12 zur 2. Tagung des 7. Parteitages der PDS, Dresden, 6./7. Oktober 2001.

band Darmstadt-Odenwald stellte damals fest: »Die Grundaussage des Rostocker Manifests, dass es möglich sei, sich der Weltmarktkonkurrenz zu entziehen und eine moderne Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung, einem hohen Anteil innovativer Produkte und daher einem hohen Forschungs- und Entwicklungsstand vorwiegend durch kleine und mittlere Unternehmen, die nicht in einem Konzernverbund eingebunden sind oder auf andere Art und Weise vernetzt sind, zu realisieren, ist lebensfremd.« Es wurde zusammengefasst: »Ohne die Bildung von wirtschaftlichen Kernen, die Herausbildung von Innovations- und Kompetenzzentren (Cluster), ohne große Unternehmen als Impulsgeber für die regionale Entwicklung haben auch kleine und mittlere Unternehmen keine dauerhafte Perspektive. Das erfordert allerdings, dass die öffentliche Hand dazu die ordnenden Rahmenbedingungen schafft.« Diese Meinung wurde einfach ignoriert, und es wurde nicht einmal die Diskussion mit den Kritikern gesucht.

Steuerkonzept mit Geburtsfehlern

Auch in der Steuerpolitik besteht Diskussionsbedarf, besonders aber hinsichtlich des von den Landtagsfraktionen der PDS ausgearbeiteten Steuerkonzepts. Die Steuerpolitik wird vor den Bundestagswahlen eines der entscheidenden politischen Schwerpunktthemen sein. Ohne höhere Steuereinnahmen gibt es kein modernes Bildungssystem, können die Länder und Kommunen nicht von der finanziellen Garotte befreit werden, die ihnen der Bund anlegte. Auch kann die enorm hohe Staatsverschuldung, die inzwischen 1,5 Billionen Euro erreicht hat, jede Sekunde um 2 660 Euro anwächst und dabei den Superreichen die Taschen füllt, ohne höhere Steuereinnahmen nicht gesenkt werden.

Es wird daher für den Erfolg der PDS wesentlich sein, wie sie Position zu Gunsten der abhängig Beschäftigten beziehen wird. Jürgen Borchert, Richter am Landessozialgericht Hessen, kommt zu dem Ergebnis, dass die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 Prozent »den Reichsten der Reichen pro Kopf gerechnet ein Tausendfaches der Einkommenszuwächse beschert, die den Habenichtsen am unteren Ende der Einkommensskala durch die Absenkung des Eingangssteuersatzes von 25,9 auf 15 Prozent zuteil wird.« Er verweist darauf, dass der Anteil der Verbrauchssteuern – also der indirekten Steuern – schon jetzt bei 52 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Hände liegt. Diese Steuerart wirke aber ähnlich regressiv wie die Sozialabgaben, »weil der Verbrauchsanteil beim Einkommen um so höher wird, je niedriger die Einkommen und je größer die Haushalte sind«.⁸ Und da gibt es aus den Reihen der SPD, so von Frau Simonis, Vorschläge, die Mehrwertsteuer auf 20 Prozent zu erhöhen. Das Ergebnis wäre, dass Sozialhilfeempfänger einen höheren Teil ihres Einkommens versteuern müssten als die Millionäre, die fleißig absetzen können.

Am 30. September 2004, zwei Tage, nachdem Lothar Bisky das PDS-Steuerkonzept »Umsteuern« vorgestellt hatte, diskutierten wir im Kreisverband Darmstadt-Odenwald über das neue Steuerkonzept. Wir konnten nicht nachvollziehen, dass hier, so Lothar Bisky, »ein mutiges Steuerkonzept« erarbeitet worden sei. Hier die wesentlichen Kritikpunkte:

8 Jürgen Borchert, Dieter Eissel: Bürgerversicherung jetzt. Gegen den marktradikalen Kahlschlag in der Sozialpolitik. Band 1 der Schriftenreihe »Hintergründe und Meinungen zur Gesellschaft« des DGB-Bildungswerk Hessen e. V., März 2004, S. 98 und 100.

Es ist etwas geschehen, was einer linken Partei nicht passieren darf: Es werden die Interessen der Klientel, die wir zu vertreten haben, negativ berührt. Dies trifft insbesondere auf solche Punkte zu wie »die Streichung von Vergünstigungen wie Ehegattensplitting, Sparerfreibetrag, Eigenheimzulage oder Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit«. Dies darf auch dann nicht geschehen, wenn an anderer Stelle Verbesserungen in Erwägung gezogen werden, die allerdings bei dem heutigen Kräfteverhältnis schwerlich zu realisieren sind.

Und weiter: Es wird zwar in der Sozialpolitik die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze gefordert, aber es findet sich kein Wort mehr zu der in ihrer »Agenda sozial« von der PDS erhobenen Forderung, diese Beitragsbemessungsgrenze perspektivisch vollständig aufzuheben.

Es wird dann darauf aufmerksam gemacht, dass Millionen Rentner bisher keine Steuererklärung benötigten. Wenn es nun nach der PDS ginge, entfiere der Zinsfreibetrag, Zinsen würden bei den Banken mit dem Spitzensteuersatz belegt, und nun muss jeder eine Steuererklärung aufgeben, wenn er die einbehaltenen Zinsen zurückbekommen will.

Michael Schlecht, Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Gewerkschaft Ver.di, hat das Steuerkonzept der Landtagsfraktionen der PDS kritisch unter die Lupe genommen.⁹ Es sind vor allem zwei Punkte, die mit unserer Kritik übereinstimmen: »Die PDS will die Streichung der Steuerfreiheit für Schichtzuschläge – wegen der angeblichen Steuervereinfachung. Die gilt ebenso für die vorgesehene Streichung der Eigenheimzulage und weiterer Sonderregelungen für normale Beschäftigte. (...) Auch wenn die Absenkung des PDS-Tarifes in den meisten Fällen den Fortfall der Steuerfreiheit bei Schichtzuschlägen überkompensiert, es bleibt eine relative Benachteiligung von Krankenschwestern, Feuerwehrleuten und vielen anderen. Betroffen werden Kolleginnen und Kollegen, die gesellschaftliche Arbeit verrichten zu Zeiten, in denen die meisten von uns Freizeit haben oder schlafen. Bei Zeitungsdruckern mit ständiger Nachtarbeit dürfte es zum Teil sogar zu einer absoluten Schlechterstellung kommen.« Und: »Auch an anderen Stellen ist das PDS-Konzept unausgegoren. So soll bei der Zinsbesteuerung der Freibetrag entfallen. Damit müsste jeder Kleinsparer mit 100 oder 200 Euro Zinsertrag im Jahr dies in seiner Steuererklärung einbringen. Wenn auf der einen Seite das Hohelied der Steuervereinfachung gesungen wird, so wird hier ein erheblicher zusätzlicher bürokratischer Aufwand betrieben.«

Die finanzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen haben auf dem Potsdamer Parteitag das von ihnen erarbeitete Konzept an einem Infostand als »das neue Steuerkonzept der PDS« vorgestellt,¹⁰ und es wurde auch eine Broschüre mit dem Inhalt verteilt. Angelika Gramkow, Fraktionsvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, verwies zwar auf »großen Diskussionsbedarf«, konnte allerdings registrieren, dass die Grundprämissen des Steuerkonzepts »im Leittrag akzeptiert worden« sind und sieht »keine Veranlassung, von den Grundsätzen des Steuerkonzepts abzuweichen.« Ob auf die geäußerte Kritik aus den Gewerkschaften eingegangen werde, »müs-

9 Vgl. Neues Deutschland, 23./24. Oktober 2004.

10 Vgl. Neues Deutschland, 3. November 2004.

sen wir sehen«. Fast ein viertel Jahr später verteidigte sie immer noch die Forderung nach Wegfall der Steuerfreiheit von Schicht-, Nacht- und Feiertagszuschlägen und musste sich von Michael Schlecht sagen lassen, dass er nicht verstehe, wie die PDS »ohne Not« eine solche Streichung erwägen könne.¹¹

Kann die PDS heute für Lohnabhängige Verschlechterungen vorschlagen, die auch von der Gegenseite in Erwägung gezogen werden? Und wo sie doch zugleich weiß, dass die als »Kompensation« angestrebten Verbesserungen heute schwerlich zu realisieren sind? Ist es da nicht vielmehr Aufgabe der PDS, solche in der Vergangenheit durchgesetzten Verbesserungen mit Zähnen und Klauen zu verteidigen?

Es sei daran erinnert: Auf dem Schweriner Parteitag wurde schon einmal gefordert, den Zinsfreibetrag zu halbieren,¹² und die damalige CDU/CSU/FDP-Regierung hat dies dann nicht viel später auch realisiert. Wie sehen wir aus, wenn wir es sind, die Ideen liefern, die darauf hinauslaufen, die Lebenslage der abhängig Beschäftigten zu verschlechtern oder zu erschweren? Aber die Landtagsfraktionen halten unbeirrt an ihrem fragwürdigen Konstrukt fest. Andreas Schuster, Mitarbeiter für Haushalt und Finanzen bei der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag und einer der Autoren des von der Fraktionsvorsitzendenkonferenz herausgegebenen Steuerkonzepts, spricht im Februar 2005 von »dem Steuerkonzept der PDS«, obwohl es in der Partei überhaupt noch nicht diskutiert wurde.¹³

Die Verfasser des Konzepts haben – so sehe ich das – einen Wessenzug linker Politik nicht verstanden: dass keine soziale Verbesserung zu irgendeinem Zeitpunkt aufgegeben werden darf, ohne dass nicht zugleich der erreichte Zustand verbessert wird. Was hat die Steuerexperten der Landtagsfraktionen im Osten geritten, dass sie, wie Schuster schreibt, trotz aller Kritik dabei bleiben: »Alle Zinsen sollen künftig an der Quelle, also beim Kreditinstitut mit 50 Prozent besteuert werden. Den Sparerfreibetrag soll es nicht mehr geben.« Für wie dumm werden Mitglieder und Wähler gehalten, wenn ihnen versprochen wird, dass unter einer PDS-Bundesregierung eine Verordnung erlassen werden könnte, »in der geregelt wird, dass für Zinsen unter 20 Euro keine Quellensteuer einbehalten wird. Dies wäre aber kein Freibetrag.« Was ist aber störend an einem Freibetrag, der einmal für Alleinstehende 6000 DM und für Verheiratete 12000 DM betrug und jetzt halbiert wurde?

Sehen wir uns den Eiertanz um die Besteuerung für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge an. Hier schlagen die Landtagsfraktionen vor, die bisherige Steuerfreiheit zu beseitigen, da die erzielten Einkünfte offensichtlich keine »wirtschaftliche Leistungsfähigkeit begründen« würden. Es wäre nicht uninteressant, wenn sich die Autoren des Steuerkonzepts der Landtagsfraktionen der PDS mit den Vorschlägen der »Solidarischen Einfachsteuer« (SES) bekannt machen würden, die von der IG Metall, von Ver.di und von Attac getragen werden. Auch sie wollen Vergünstigungen und Ausnahmen abbauen. Da aber der Wegfall der Steuervergünstigungen für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit faktisch viele Kleinverdiener trüfe, hält die SES »an der heutigen Praxis fest und macht statt dessen Schluss mit den Privilegien für Immobilien- und Kapitalbesitzer«.¹⁴

11 Vgl. Neues Deutschland, 28. Januar 2005.

12 Gemeint ist die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, Schwerin, 17.-19. Januar 1999.

13 Vgl. Andreas Schuster: Wie soll mehr Geld in die Kassen kommen? Zum Umgang mit dem Steuerkonzept der PDS, in: Disput, Berlin, Heft 2/2005.

14 Vgl. Frankfurter Rundschau, 13. Januar 2005.

Den Finanzpolitikern der PDS-Landtagsfraktionen ist offenbar noch nicht aufgegangen, dass diejenigen, die zu Arbeitszeiten arbeiten müssen, die für den Einzelnen eine besondere Belastung darstellen, begünstigt werden müssen.

Eine Partei, die sich dazu hergibt, Errungenschaften ihrer Klientel zu beseitigen und gut gemeinte Kritik wie die von Michael Schlecht einfach ignoriert, macht, denke ich, keine sozialistische Politik. Die PDS sollte beherzigen: Modelle, die sich im praktischen politischen Leben nicht bewähren können, taugen nichts.

Wie antworten wir auf die zunehmende Steuerflucht der Unternehmer? Müssen wir nicht Vorstellungen entwickeln, die es den Unternehmern erschweren, sich durch Verlegung ihres Sitzes der Steuerzahlung in diesem Land zu entziehen? Ist die in Kalifornien praktizierte *unitary tax* (Einheitssteuer), wie sie vor mehr als 10 Jahren auf einem Gewerkschaftstag der IG Metall von der Verwaltungsstelle Weilheim vorgestellt wurde, eine Möglichkeit hier entgegenzuwirken? Ich denke, ja. Auch die im Finanzministerium entwickelten Vorstellungen, in den europäischen Ländern die addierten Gewinne aller Tochtergesellschaften nach der Wertschöpfung auf die Länder aufzuteilen und dort zu versteuern – also eine Art europäischer *unitary tax* – sollte geprüft werden.

Wollen wir nur eine Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von heute 42 Prozent auf die alte Höhe, oder wollen wir nicht auch die 95 Prozent zur Diskussion stellen (1949-1953: 95 Prozent; 1954: 80 Prozent; 1955: 56 Prozent; und unter der Regierung Schröder von 53 auf 42 Prozent), die zu Beginn der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik erhoben wurden? Natürlich kann nicht davon ausgegangen werden, dass es in absehbarer Zeit einen Spitzensteuersatz von 95 Prozent geben wird, aber es wäre schon wichtig zu verdeutlichen, was es in diesem Land und unter diesem Grundgesetz bereits gegeben hat. Die angepeilten 50 Prozent jedenfalls sind ebenso wie die 47 Prozent der Wahlalternative viel zu niedrig angesetzt, um die Steuermehreinnahmen zu erreichen, die für die Durchsetzung einer alternativen Politik erforderlich sind.

Wir müssen noch viel diskutieren. Aber Hände weg von einem Steuerkonzept, das darauf hinauslaufen würde, Rechtfertigungen zu liefern für eine Beseitigung von Vergünstigungen, die den Regierungen in Jahrzehnten abgerungen werden mussten.

Kommunistische Plattform ohne Biss

Wer allerdings darauf gewartet hat, dass die sich als Linke verstehende Kommunistische Plattform konkrete Akzente zu wesentlichen Fragen der Politik setzen könnte, muss ebenso enttäuscht sein wie von wesentlichen Teilen des Potsdamer Leitanspruchs.

Im »Neuen Deutschland« wurde am 1. und 2. November 2004 in Berichten über den Potsdamer Parteitag festgestellt, dass der Verlauf des Parteitages den »Eindruck einer schwachen Linke« vermittelte und »die PDS-Linke, das ist ein bleibender Eindruck von Potsdam, festgefahren ist. Sie reagiert, statt zu agieren. Kann sie sich nur noch aufraffen, wenn die Partei wieder mal in einer Krise steckt? (...) Die Position der Kritiker ist defensiv, sie sind gut bei der scharfen Anklage herrschender Zustände – aber dann?«

Ja, was dann? Am 27. Januar 2005 wurde eine Erklärung »Verpflichtungen, Möglichkeiten, Grenzen – Überlegungen wider die Resignation« veröffentlicht.¹⁵ Aber siehe da: Auch in der elf Seiten umfassenden Stellungnahme wird keine Antwort gegeben, wie die Politik zukünftig gestaltet werden soll. Da wird zwar viel von grundlegenden Positionen gesprochen, aber zur konkreten Politik ist nichts zu finden: weder zur Sozialpolitik noch zur Tarifpolitik oder zur Steuerpolitik. Da werden zwar wieder, wie schon in der Vergangenheit, kräftige Hiebe ausgeteilt. Da war der außerordentliche Parteitag vom Juni 2003 ein »Putschparteitag«, da wurde auf dem Potsdamer Parteitag die alte Statutenkommission »faktisch weggeputscht«, da wird der PDS, die in zwei Landesregierungen Verantwortung trägt, unterstellt, dass sie den neoliberalen Kurs »mit zu verantworten hat bzw. ihn aktiv umsetzt«. Die Kommunistische Plattform meint, dass jede Auseinandersetzung um das Thema Regierungsbeteiligung zugleich »eine um die Spielräume für Sozialisten im Kapitalismus« sei und »daher das Grundproblem der Bewertung des Kapitalismus« tangiere.

Große Worte. Wie aber ist es denn mit der Bewertung von der Arbeit in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen? Wird geglaubt, dass, wie in Regierungsbeteiligungen, bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis und dem Zustand der Gegenkräfte gegen das Kapital, mehr herausgeholt werden könne als Verschlechterungen zu minimieren?

Fazit: Viele Worte, wenig Inhalt. Denjenigen, die sich mit dem Nimbus der Marxisten umgeben, hätte etwas mehr an Marx'schem Gedankengut gut angestanden.

Wir sehen: Weder mit Halbheiten und Inkonsequenzen im Potsdamer Leitantrag noch mit linkem Wortgeprassel der Kommunistischen Plattform wird die PDS wieder in den Bundestag kommen. Konkrete Politik ist gefragt, die schon hier und heute von den Wählerinnen und Wählern als vernünftig angesehen wird, die bei gutem Willen finanzierbar und bei entsprechenden Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft auch zu verwirklichen wären.

15 Vgl. Mitteilungen der KPF, Berlin, Nr 2/2005.

Zur Diskussion um die PDS in »UTOPIE kreativ« siehe zuletzt: André Brie: Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004, in: Heft 170 (Dezember 2004), S. 1079-1087; Gesine Löttsch: Zukunft konkreter Politik, in: Ebenda, S. 1088-1095; Christine Ostrowski: PDS und Bürgernähe, in: Ebenda, S. 1096-1105; Claudia Gohde: Den Tiger reiten. Vom Umgang mit den Organisationsdilemmata in der PDS, in: Ebenda, S. 1106-1113; Wolfram Adolphi: PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. Skizzen zu ihrer Geschichte, in: Heft 172 (Februar 2005), S. 113-125; Rolf Reissig: Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung, in: Ebenda, S. 126-134; Klaus Höpcke: Drei Programme – eine Partei?, in: Heft 173 (März 2005); und Florian Weis: Die PDS in den westlichen Bundesländern. Anmerkungen zu keiner Erfolgsgeschichte, in: Ebenda, S. 257-265

JURI HÄLKER

Kapitalismuskritik gleich Systemgegnerschaft?

Zum »Antikapitalistischen Manifest«
von Alex Callinicos

»Schafft den Kapitalismus ab und ersetzt ihn durch etwas Netteres!« Diesen auf einer 1.-Mai-Demonstration in London präsentierten Slogan versteht Alex Callinicos als ironischen Hinweis auf die »verschwommenen Vorstellungen, die Antikapitalisten von ihrer Alternative zum gegenwärtigen System haben« (S. 114). Dem so wahrgenommenen Defizit will der Autor mit seinem Buch begegnen. »Ein Antikapitalistisches Manifest« zielt dabei auf das breite Spektrum der Globalisierungskritiker. Die bunte Vielfalt der Szene hat der Politikprofessor der Universität York/Großbritannien¹ als eine der Stärken der Bewegung erkannt. Doch das zentrale Motto »Eine andere Welt ist möglich« beantworte nicht, welche Welt es denn sein solle. Und wie sie zu erreichen sei. Die Antworten, die Callinicos dazu gibt, stellt er explizit in eine »revolutionäre marxistische Tradition« (S. 30)². Die neue Welt, für die Callinicos die Globalisierungsgegner gewinnen will, ist keine geringere als eine sozialistische (S. 114). Für sein Konzept der »sozialistischen Demokratie« (S. 114) sieht er dabei augenscheinlich gute Chancen in der globalisierungskritischen Szene. Diese versteht Callinicos als eine objektiv »antisystemische Bewegung« (S. 24). Auch wenn er einräumt, dass die Mehrheit der Aktivisten die Ablösung des Kapitalismus weder für möglich noch für wünschenswert halte, so passt nach seinem Dafürhalten die Bezeichnung antikapitalistisch am besten (S. 24). So getauft, firmieren die angesprochenen Globalisierungskritiker in seinem Manifest konsequent als antikapitalistische Bewegung.

Doch der Reihe nach. Callinicos' Manifest besteht aus drei Hauptteilen. Auf eine Zusammenfassung der gängigen Kritik an der neoliberalen Globalisierung (S. 31-75) folgt eine Vorstellung der unterschiedlichen Strömungen der globalisierungskritischen Szene (S. 76-113). Im letzten Kapitel plädiert der Autor für sein Konzept der sozialistischen Demokratie mit einer planwirtschaftlichen Ökonomie (S. 114-140). Anregungen für ein Übergangsprogramm bilden den Schluss der Publikation (S. 141-150).

Im Kapitel *Der Kapitalismus gegen die Welt* greift Callinicos die wesentlichen Kritikpunkte der globalisierungskritischen Bewegung auf. So die ungleiche Reichumsverteilung, die dazu führe, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung genauso viel besitzt wie 66 Prozent der ärmsten Menschen zusammen. 1998 habe dieses Verhältnis noch bei einem zu 57 Prozent gelegen. Die weltweite Armut und Ungleichheit nehme demnach zu. Eine Tendenz, die Callinicos auch in anderen Bereichen sieht: sinkende Wachstumsraten in den

Juri Hälker – Jg. 1966; gelernter Maschinenschlossler, Kommunikationswissenschaftler und Industrie-soziologe; promoviert zum Thema »Erfolgsbilanzen von gewerkschaftlichem Co-Management«, arbeitet als Fernsehjournalist bei einem öffentlich-rechtlichen Sender, lebt in Duisburg, Kontakt: Jurihalker@aol.com. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Wirtschaftsdemokratie in schwerer See. Gemeinsame Konferenz der europäischen Netzwerke EURED, Transform! sowie der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament, Heft 173 (März 2005), S. 266-269 (gemeinsam mit Claude Vellay).

Alex Callinicos: Ein Antikapitalistisches Manifest, VSA Verlag Hamburg 2004, 157 S. (14,80 €).

ärmsten Ländern, eine Verlangsamung der Fortschritte in der Steigerung der Lebenserwartung sowie bei der Säuglings- und Kindersterblichkeit und bei der Entwicklung von Bildung und Alphabetisierung (S. 32 f.). In der Folge verweist er auf die diese Entwicklung verschärfende Rolle der deregulierten Finanzmärkte und geht dann über diesen Ansatz noch hinaus: Er unterstreicht, dass die breit akzeptierte Kritik am so genannten Casino-Kapitalismus als Kehrseite zur Folge habe, dass der Kapitalismus »für ein im Grunde gesundes System gehalten wird: Vorausgesetzt, der Staat interveniert, um die Finanzmärkte zu regulieren und das Auf und Ab der Wirtschaftszyklen zu glätten« (S. 43). Für keynesianische Nachfragepolitiken sieht er jedoch den notwendigen nationalen Rahmen »in der Ära der Globalisierung« für nicht mehr gegeben an. Ähnliches gelte für das Konzept der Tobinsteuer, welches mit seinem Versuch, die staatliche Wirtschaftspolitik wieder in Kraft zu setzen, eine augenscheinlich oberflächliche Kritik des Kapitalismus sei, welche »das Problem in den ankerlosen Finanzmärkten verortet und nicht im System selbst«. Um dessen Wesen erkennen zu können, so Callinicos, »brauchen wir nicht Keynes oder Tobin, sondern Marx« (S. 44). Und so argumentiert der Autor in der Folge, in dem er die ganze Palette marxistischer Systemkritik kurz anreißt und als Fazit zusammenfasst: »Der Prozess der konkurrenzgetriebenen Akkumulation ist verantwortlich für die chronische Tendenz des Kapitalismus, Überinvestitions- und Rentabilitätskrisen zu erzeugen; Finanzspekulationen nähren diese Tendenz, sind aber nicht ihre Ursache« (S. 75).

Die *Vielfalt und Strategien* der globalisierungskritischen Szene beschreibt Callinicos im zweiten Kapitel seines Buches (S. 76). Das bunte Spektrum unterteilt er dabei in sechs Hauptgruppen. Demnach gebe es verschiedene Antikapitalismen: den *reaktionären*, den *bürgerlichen*, den *lokalistischen*, den *reformistischen*, den *autonomistischen* und den *sozialistischen* Antikapitalismus.

Im *reaktionären* oder – mit Georg Lukács gesprochen – im »romantischen Antikapitalismus« erkennt Callinicos eine Kritik des Kapitalismus von einem Standpunkt einer organischen, vormodernen Ordnung aus, welcher schon immer ein zentraler Ideologiebestandteil der extremen Rechten gewesen sei (S. 77). Die Erfolge von Rechtsradikalen wie etwa des *Front National* von Jean-Marie Le Pen in Frankreich stellt er in diesen Kontext. Die Erklärung von als Globalisierung wahrgenommenen Phänomenen unter Zuhilfenahme von Verschwörungstheorien sei Teil eines reaktionären Antikapitalismus. So ermöglichte die pseudorevolutionäre Brandmarkung eines herbeihalluzinierten »jüdischen Finanzkapitals« den deutschen Nationalsozialisten in den zwanziger und dreißiger Jahren den Aufbau einer Massenbewegung. In der Folge ging das Nazi-Regime »eine konfliktgeladene Partnerschaft mit dem Großkapital ein, in der die von ihr mobilisierten Impulse, denen die gesellschaftliche Verwirklichung verweigert wurde, auf die Vernichtung eines zur Rasse erklärten Feindes umgelenkt wurde.« Callinicos warnt, dass ähnliche Umlenkungsprozesse auch heute zum Repertoire des reaktionären Antikapitalismus der extremen Rechten gehören (S. 79).

Im *bürgerlichen* Antikapitalismus sieht der Autor eine Widersprüchlichkeit innerhalb des Bürgertums, welche nicht neu sei, wie

1 Alex Callinicos im Internet: www.york.ac.uk/depts/poli/staff/atc.htm.

2 Callinicos spielt als einer der intellektuellen Vordenker eine wichtige Rolle in der Führung der britischen *Socialist Workers Party* (www.swp.org.uk). Die SWP stellt sich in eine trotzkistische Tradition und dürfte mit rund 7000 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Organisation links von New Labour sein. Die SWP verfügt über eine eigene Internationale, die *International Socialist Tendency* (IST), die Filialen in weltweit rund 30 Ländern hat. In Deutschland ist dies die Gruppe *Linksruck*, die in der Vergangenheit als *Sozialistische Arbeitergruppe* (SAG) firmierte (www.linksruck.de). Linksruck wird allgemein eine loyale und aktive Mitarbeit in der globalisierungskritischen Szene, so auch in den Strukturen von attac, bescheinigt. Die SWP ist für ihr penetrantes Auftreten, bspw. bei den europäischen Sozialforen in Paris und London, bekannt. Ihre Politik erscheint oft populistisch, bestimmt von Organisationsegoismen, und zeigt mit ihren Kurswechseln und Winkelzügen einen voluntaristischen Charakter. In jüngster Zeit spielt die SWP die konstituierende Rolle im Antikriegswahlbündnis *RESPECT*, welches in England erste Achtungserfolge erzielen konnte. Wer mehr über diese bunte und vielfältige Welt der Real- und Post-trotzkismen erfahren möchte, dem sei die folgende Lesenswerte Neuerscheinung aus der Reihe *theorie.org* empfohlen: Manuel Kellner: *Trotzkismus – Einführung in seine Grundlagen*, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2004, 180 S., 10 €.

er mit Marx belegt. Dieser habe im Kommunistischen Manifest über den »konservativen oder Bourgeoisozialismus« geurteilt, dass dessen Anhänger die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft wollten, aber die notwendigen Kämpfe und Gefahren scheuten. »Sie wollen die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionierenden und sie auflösenden Elemente« (Marx/Engels Werke, Bd. 4, S. 488). Ein Phänomen, das auch heute auftrete. Geradezu anekdotisch erscheinen dabei die Beispiele von großzügigem Mäzenatentum von vermögenden Unternehmern zu Gunsten von Globalisierungskritikern, die der Kommunist Callinicos sichtlich wohlwollend vorstellt (S. 82).

Während der *lokalistische* Antikapitalismus der zunehmenden Internationalisierung von Produktion und Distribution ein Zurück zu regional vernetzten Wirtschaftsstrukturen entgegensetzt (S. 83), plädiert der *reformistische* Antikapitalismus für eine Rückkehr zum regulierten Kapitalismus der Nachkriegszeit und wolle mit Instrumenten wie der Tobinsteuer den Nationalstaaten wieder eine größere ökonomische Macht zuwachsen lassen (S. 85).

Auf der radikalen Linken finden sich nach Callinicos der *autonomistische* und der *sozialistische* Antikapitalismus. Für ersteren stünden Namen wie Tonio Negri und Publikationen wie dessen vielbeachtetes »Empire« (S. 89). Hier sollen über dezentrale alternative Aktions- und Organisationsformen Strategien gegen den Kapitalismus entwickelt werden, während der Machtfrage im traditionellen Sinne ausgewichen wird. Dagegen stelle sich der *sozialistische* Antikapitalismus in die Logik einer marxistischen Organisation und Praxis, die der kapitalistischen Gegenwart eine antagonistische Gegenkonzeption von gesellschaftlicher Zukunft entgegen setzt (S. 93).

Doch wie soll dieses Gesellschaftsmodell aussehen?

Callinicos will in seinem abschließenden dritten Kapitel *andere Welten träumen*. Sein Sozialismus, den er den Globalisierungskritikern schmackhaft machen möchte, ist natürlich ganz anders als der real existierende Sozialismus der Vergangenheit. Er ist »gerecht« und »demokratisch«, außerdem »nachhaltig« und zudem noch »effizient«. Um all das zu erreichen, brauche es eine Planwirtschaft, denn die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise sei schon ökologisch auf Dauer nicht mehr durchhaltbar. Dabei sei demokratische Planung (Selbstverwaltungssozialismus), so Callinicos, marktsozialistischen Modellen vorzuziehen, auch wenn Strukturen von ausgehandelter Koordination für ihre Umsetzungsprozesse mehr Zeit bräuchten. Gerade die Hektik im Wirtschaftsleben mit ihren Finanzcrashes spräche doch deutlich dafür, sich etwas »mehr Gemächlichkeit« zu gönnen (S. 136).

Da es noch ein wenig dauern kann, bis der so skizzierte Sozialismus reale Gestalt annimmt, schließt Callinicos sein Buch mit einem Übergangsprogramm ab (S. 141). Darin ist so ziemlich alles aufgeführt, was den Globalisierungskritiker – von reformistisch bis sozialistisch – schon heute bewegt: Streichung der Dritte-Welt-Schulden, Einführung der Tobinsteuer, Wiederherstellung der Kapitalverkehrskontrollen, Einführung einer Grundsicherung, Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Stopp von Privatisierungen sowie noch ein bisschen was für die Umwelt, die Migranten, den Frieden und die Bürgerrechte.

Callinicos' Absicht, zu einer marxistischen Alphabetisierung der globalisierungskritischen Szene einen Beitrag zu leisten, ist ein sinnvolles, ja notwendiges Anliegen. Der Versuch, der oftmals diffusen, an der Oberfläche der kapitalistischen Realitäten verharrenden Kritik marxistische Einblicke in die Funktionsweise des Systems zu vermitteln, gelingt in Teilen seines Buches durchaus. Die klar gegliederte Publikation erscheint von ihrer Struktur, Sprache, Aufmachung und Umfang her gut geeignet, das anvisierte Publikum zu erreichen.³ Dabei macht es sich der Autor teilweise jedoch recht einfach. So erhellend und hilfreich seine kurze und prägnante Strukturanalyse der globalisierungskritischen Szene auch ist: Sie kurzerhand in ihrer Gänze zur antikapitalistischen Bewegung zu erklären, ist wohl eher dem Wunschdenken des Autors geschuldet denn einer nachvollziehbaren Argumentation. Die wenigsten der im Übrigen überzeugend charakterisierten reformistischen oder lokalistischen Globalisierungskritiker streben eine Überwindung des kapitalistischen Systems an. Man mag es bedauern, aber *Kapitalismuskritiker* sind noch lange keine *Systemgegner*. Dass Callinicos trotzdem diese Volte vollzog, erklärt sich wohl aus dem Bestreben, den vermeintlichen Kapitalismusgegnern seine Systemalternative zu verkaufen. Doch hier eröffnet sich der schwächste Teil der Publikation. Neben dem sinnvollen Verweis auf die Problematik sozialistischer Inseln bedient sich Callinicos vor allem in bewährter Manier der bekannten Vokabelschätzchen aus dem traditionskommunistischen Besteckkasten. Wie ein demokratischer Sozialismus zu machen, die geplante Wirtschaft effizient und der Systemübergang überhaupt zu bewerkstelligen ist, all dies wird so nicht deutlich. Hinter den alten Sprachschablonen scheint somit für den Leser keine Ahnung einer attraktiven radikalen Systemalternative auf. Aber genau darum ginge es doch.

3 Die umfangreichen Literaturhinweise sind eine der wirklichen Stärken des Buches. Wer zum Thema Globalisierungskritik arbeitet, stößt hier auf eine Fundgrube. Dabei muss die Fleißarbeit des Übersetzers David Paenson – das Buch ist aus dem Englischen übersetzt – und der Redakteurinnen und Redakteure Oliver Nachtwey, Rosemarie Nünning und Thomas Weiß hervorgehoben werden. Callinicos' Verweise auf englischsprachige Literatur sind dort, wo Übersetzungen vorliegen, sorgfältig durch die deutschen Quellen ersetzt.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

»Die Gesundheitsreform greift« – den Arbeitnehmern in die Tasche

Gesundheitspolitische Konferenz
der PDS in Lübeck

Am 12. Februar 2005 fand in Lübeck eine gesundheitspolitische Konferenz des PDS-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern unter Mitwirkung des Parteivorstandes der PDS und des PDS-Landesverbandes Schleswig-Holstein statt. Anliegen der Konferenz war es, nach einem Jahr Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) die in der gesundheitlichen Versorgung und Betreuung der Bürgerinnen und Bürger eingetretenen Veränderungen darzustellen und die unterschiedlichen Erfahrungen zu analysieren. Daraus sollten Alternativen und Handlungsstrategien abgeleitet sowie grundlegende Ansprüche der PDS an eine wirkliche Gesundheitsreform erörtert werden. Neben Mitgliedern der PDS nahmen Vertreter der AOK Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburgs, des DGB Nord und des MDK Mecklenburg-Vorpommern an der gut besuchten Konferenz teil.

Viola Schubert-Lehnhardt – Jg. 1955; Dr. phil. habil., studierte in Leningrad Philosophie, war von 1987 bis 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ethik und Geschichte der Medizin der Martin-Luther-Universität Halle, danach Leiterin verschiedener Projekte im Bildungsverein Elbe-Saale e.V. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Kein Haushalt ist geschlechtsneutral. Geschlechtergerechte Haushaltsführung als Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft, Heft 173 (März 2005), S. 212-222.

Zu Beginn schilderte *Edda Lechner*, Spitzenkandidatin der PDS in Schleswig-Holstein, in ihrer Begrüßung die Situation einer Sozialhilfeempfängerin, die bereits jetzt auf notwendige Arztbesuche verzichten muss, da sie diese nicht finanzieren kann. Dieses Beispiel der Auswirkungen der Praxisgebühr, der erhöhten Zuzahlungen und des Wegfalls der Fahrtkostenerstattung zog sich wie ein roter Faden durch sehr viele Konferenzbeiträge. Der von den Krankenkassen in der Regel als Erfolg der Reform dargestellte Rückgang von Arztbesuchen und von verschriebenen Rezepten ist in Wahrheit ein Verzicht vieler Bürgerinnen und Bürger auf notwendige gesundheitliche Vorsorge- bzw. Behandlungsmaßnahmen. Dies wird umso deutlicher, je genauer man die Verteilung dieses Rückgangs auf einzelne Bevölkerungsgruppen untersucht. Es sind vor allem Menschen, die Leistungen nach Hartz IV beziehen, Heimbewohnerinnen und -bewohner, Wohnungslose und Menschen ohne Papiere.

Torsten Koplín, gesundheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, unterzog diese Entwicklungen einer systematischen Ursachenanalyse. Schwerpunkte des GMG seien ursprünglich die Stärkung der Patientensouveränität, die Verbesserung der Patientenversorgung, die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen, die Neugestaltung der Vergütung im ambulanten Bereich, die Reform der Organisationsstrukturen, die Neuordnung der Versorgung mit Arznei- und Hilfsmitteln, die Neuregelung der Versorgung mit Zahnersatz und die Neugestaltung der Finanzierung gewesen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern »angekommen« seien vor allem veränderte (erhöhte) Zuzahlungsregelun-

gen. Erhoffte Effekte seitens der Bundesregierung dieses Teils der Gesundheitsreform sollten im Jahr 2004 Einsparungen für die Krankenkassen in Höhe von 9 bis 10 Mrd. Euro sein. Diese Einsparungen sollten durch die Kassen in Form von Beitragssatzsenkungen an die Versicherten zurückgegeben werden. Wie bekannt, ist davon in Deutschland bisher nichts zu merken.

Für die Lebenswirklichkeit in Mecklenburg-Vorpommern nannte Koplín folgende andere Steuerungswirkung des GMG: Es konnte ein Rückgang der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung um 56,9 Mio. Euro festgestellt werden. Dieser beruht auf folgenden Fakten: Rückgang der Rezepte um 1 253 212; höhere Zuzahlung durch Patienten in Höhe von 15,1 Mio. Euro; Selbstzahlung für rezeptfreie Arzneimittel in Höhe von 17 Mio. Euro; Praxisgebühr in Höhe von 16 Mio. Euro; Einsparungen durch Änderung der Arzneimittelpreisverordnung in Höhe von 8 Mio. Euro. Eine Befragung zu Gesundheitskosten von Patientinnen und Patienten mit chronischen Darmerkrankungen ergab folgende Ergebnisse: 9,6 Prozent der Befragten haben einen geplanten Arztbesuch verschoben, um die Praxisgebühr zu sparen; 2,8 Prozent verzichteten aus finanziellen Gründen auf einen Krankenhausaufenthalt; 2 Prozent haben sich – zwischen Miete und Medikamenten entscheidend – gegen die Arzneimittel festgelegt. Fazit der Erhebung ist somit: Die Gesetzesänderung führt unter chronisch Kranken langfristig zur Verarmung und zum Verzicht auf medizinische Versorgung. Und das trotz der vollmundig propagierten »Belastungsgrenzen« für chronisch Kranke. Unmittelbare Forderung aller Veranstaltungsteilnehmerinnen und -teilnehmer daraus war, dass die PDS konsequent für die Wiedereinführung der Härtefallklausel kämpfen muss.

Anhand vielfältiger Zahlen und Statistiken führte Koplín auch das beliebteste Argument deutscher Regierungspolitiker von der Senkung der Lohnnebenkosten ad absurdum. *Dr. Dietrich Thierfelder*, 2. Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung von Mecklenburg-Vorpommern, und *Dr. Ellis Huber*, Vorstand der BKK Securvita, setzten sich in ihren Beiträgen ebenfalls mit Mythen und Legenden auseinander – nicht nur mit denen von den »zu hohen Lohnnebenkosten durch anteilige Finanzierung der Krankenkassenbeiträge«, sondern auch mit denen vom »Wettbewerb als Qualitätssicherungsinstrument« in der Gesundheitspolitik.

Der »spiegelverkehrten« Betrachtung von Ursachen der Krise im Gesundheitswesen durch die Regierung (so Koplín) und den Auswirkungen der gegenwärtigen Gesetze setzt die PDS ihr Konzept einer solidarischen Bürgerversicherung entgegen. Hier sollen alle Menschen (d. h. auch Beamte und Selbstständige) einzahlen, die Beitragsbemessungsgrenze soll zunächst erhöht und dann ganz abgeschafft und die Private Krankenversicherung als Vollversicherung beseitigt werden. »Solidarität ist gesund« lautete das Credo von *Dr. Gesine Löttsch* (MdB-PDS), die dieses Modell in ihrem Beitrag ausführlich erläuterte.¹ Zu den im Konzept genannten unverzichtbaren Forderungen gehört auch die Kontrolle der Preisgestaltung in der Pharmaindustrie.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildeten die Rechte von Patientinnen und Patienten. Diese sollten laut Schwerpunktset-

1 Eine ausführliche Erläuterung des PDS-Konzepts zur »Solidarischen Bürgerversicherung« siehe auch in einem Material des Parteivorstandes mit dem Titel »Initiativen für eine andere Politik. Die Solidarische Bürgerversicherung. Ein Vorschlag der PDS«, Berlin 2004. Es kann über den Parteivorstand der PDS bezogen werden.

zung des GMG eigentlich erweitert werden. *Dr. Ilja Seifert* und *Werner Schuren* (beide in Projekten von Menschen mit Behinderung engagiert) verwiesen jedoch darauf, dass die gegenwärtigen Regelungen nur scheinbar mehr Demokratie gebracht haben. So haben die Sprecherinnen und Sprecher der Behinderten in der Regel kein Stimmrecht, sie bekommen keinen finanziellen Ausgleich für die Tätigkeit in diversen Gremien – d. h., von ihnen wird erwartet, dass sie diese Arbeit im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern der Gremien ehrenamtlich und unentgeltlich leisten –, und insbesondere ihre Situation als kranke Menschen hat sich unter dem GMG weiter verschlechtert. Die Forderungen der PDS gehen dahin, dass diese Patientenvertreter Stimmrecht in den Gremien erhalten müssen und dass ihre Arbeit künftig finanziert wird.

Angesprochen wurde dann die Frage des »Herrschaftswissens«, d. h. die Tatsache, dass bestimmte Informationen nicht allen Menschen zugänglich sind bzw. durch Politikerinnen und Politiker sowie durch die Medien so kompliziert dargestellt werden, dass viele Betroffene sie nicht begreifen. Verwiesen wurde schließlich in der Diskussion auch auf solche Folgen des GMG wie kürzere Dauer von Kuren und längere Abstände zwischen ihnen sowie auf die restriktivere Bewilligungspraxis bei bestimmten Heil- und Hilfsmitteln durch die Kassen. Die Kassen, so wurde festgestellt, zögen sich bei Nichtbewilligung nicht selten auf die Möglichkeit des dem Patienten ja offen stehenden Klageweges zurück, was in der Praxis aber oft einem Hoffen auf das »biologische Ende« des Antrages gleichkomme.

Umstritten war auf der Konferenz – und wurde zur weiteren Diskussion empfohlen – die Haltung zur künftigen Rolle der kassenärztlichen Vereinigungen. Während teilweise die Forderung nach ihrer ersatzlosen Auflösung erhoben wurde, verwies *Ingeborg Simon* (gesundheitspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus) darauf, dass es wichtig sei, sich zunächst dazu zu verständigen, wie und durch wen dann die Funktionen dieser Vereinigungen wahrzunehmen sind. Momentan führten diese Vereinigungen die Finanzverhandlungen zwischen Ärzten und Kassen. Ihre Abschaffung ohne Ersatz durch eine andere Einrichtung würde zur totalen Privatisierung des Gesundheitswesens führen.

Eine Mappe mit den Redebeiträgen der Konferenz kann über die Fraktion der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bestellt werden.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Deutschland kann zur Tagesordnung übergehen: Die Sonderbeilagen der Tageszeitungen zum 60. Jahrestag der Befreiung sind Makulatur, nichts ist so alt, wie die Zeitung von gestern. Deutschland hat sich politisch entschuldet: mit Lichterketten, Kranzabwürfen, Demonstrationen, Gottesdiensten, Halbwahrheiten und Zeitzeugenaufmärschen. Ich konnte das alles schon Tage vor dem 8. Mai kaum noch lesen, hören und sehen. Insbesondere jene Großsprecher und Großschreiber gingen mir zunehmend auf die Nerven, die nach dem Hitlerismus nichts dabei gefunden hatten, Hitleristen in ihre (Staats-, Auswärtigen und Gerichts-) Dienste zu nehmen und die es in der Gründungsphase ihrer FDGO nicht einmal fertiggebracht hatten, Bundeskanzler ohne NSDAP-Parteibuch zu bestallen. Jetzt hätten sie doch Gelegenheit gehabt, dieses Kapitel (West-)Deutscher Geschichte »aufzuarbeiten«.

Nein, von alledem war kaum die Rede gewesen, es wurde gedenkt und gefeiert. Immerhin gab es auch Gründe, sich zu wundern: über das Getue. Als hätte es nicht schon 20., 30., 40. oder 50. Jahrestage gegeben und damit ausreichend Gelegenheiten, Geschichte und Geschichten zu erzählen. Ich jedenfalls wüßte nicht zu sagen, was die stundenlangen Dokus im Fernsehen, die stundenlangen Doku-Fernsehspiele, die seitenlangen Erinnerungsberichte und die dicken Sonderbeilagen für Leute, die seit je am Thema interessiert sind und die den 8. Mai 1945 schon immer für den Tag der Befreiung gehalten haben, substantiell Neues gebracht haben sollen; von Details abgesehen.

Aber das könnte natürlich auch daran liegen, daß einem Teil der Gesamtdeutschen der Antifaschismus verordnet worden war und viele von ihnen im Gegensatz zu den einstigen Westpaketeschickern von Auschwitz gehört hatten und nicht erst 2005 ausführlich darauf stießen.

Auf lettische Verstrickungen«, wie heute allenthalben historisch Belastendes linguistisch verniedlicht wird, bin ich zwar schon in der vorigen »Festplatte« eingegangen, doch als ich nun sah – zwei Tage vor den Siegesfeierlichkeiten in Moskau –, wie sich Kriegsbetreiber Bush auf dem Weg nach Moskau in Riga von den Letten bejubeln und von deren Präsidentin tätscheln ließ, wollte ich noch einmal sichergehen, nicht vor schnell geurteilt zu haben. Vielleicht hatte ich den Antifaschismus der Balten nur nicht mitbekommen. Kurzum: Ich sah mir die Internetseite der Stadt Riga an (Riga municipality portal), um einen Hinweis z. B. auf das ehemalige Ghetto und eine Gedenkstätte zu finden. Nichts, nichts, nichts, nichts. 1941/42 wurden 25 000 deutsche Juden nach Riga deportiert und in ihrer überwiegenden Zahl im Wald von Bikernieki ermordet.

Von Deutschen, natürlich. Und von Letten in deutschen Diensten.

Zugegeben, die lückenhafte Internetseite allein ist noch kein »wasserfester« Beweis, aber wer es fertigbringt, in dem Abschnitt »History of Riga« die Kriegsgeschichte auf ganze drei Zeilen zu verkürzen, macht sich verdächtig, zumindest »geschichtsvergessen« zu sein: »Soviet tanks came to the streets of Riga on 17 June 1940. The Soviet Union occupied Latvia. During the World War II the Old Town of Riga suffered hard, the port and railway junctions were destroyed.« Dann folgt bereits die Nachkriegszeit: »After the war Riga became ...«

Darf ich zu dem harschen Verdikt neigen: Wer über die Rolle lettischer Hiwis und lettischer Waffen-SS schweigt, soll über sowjetische Verbrechen nicht reden? Wohl ist mir dabei nicht in meiner Haut, denn auch die Protagonisten »der anderen Seite« brachten es ja nicht fertig, Verbrechen zu benennen und einzugestehen und zu begreifen, daß sie dennoch »die Befreier vom Faschismus« waren. Gerade die, von denen ich annahm, sie seien dialektischer Denkweise hold, brachten die Dinge einfach nicht zusammen. Ich jedenfalls konnte z. B. die zu allen 8.-Mai-Jubiläen von den Zeitungsredaktionen so gemochten Erinnerungen einstiger sowjetischer Offiziere dieses Mal nicht mehr lesen. Zwar ist mir in diesem Jahr jener deutsche Emigrant erspart geblieben, der sich mir einst per Leserbrief im *Neuen Deutschland* in mein Gedächtnis geschreint hatte, weil er dort Vergewaltigungen und andere Schändlichkeiten mit der wahrlich erstaunlichen Begründung abstritt, als Mitarbeiter der SMAD in Halle hätte er doch davon hören müssen, er habe aber nicht ... Dafür wurde uns diesmal von einem anderen einstigen Hallischen Kulturoffizier, einem Russen, allen Ernstes gemärt, in Eisleben hätte 1945 die antifaschistische Stadtverwaltung das Lenindenkmal (ja, das bekannte) »aus Dankbarkeit für die Befreiung aufgestellt«. Ja, auch die Heine zitierenden Sowjetoffiziere waren in den Erlebnisberichten diesmal wieder ausreichend vertreten. Geschichte ist wohl, da werde ich mir immer sicherer, nie ganz zu haben.

Jetzt haben wir wieder zehn Jahre Zeit. Zum 70. Jahrestag der Befreiung werden wir uns vermutlich die Bilderbuchgeschichten selber schreiben müssen. Was so schwer nicht sein dürfte, vor allem für uns nicht, die wir mit ihnen groß wurden.

Aber es gibt natürlich schlimmeres. Richtig schlimm wird es dann sein – und ich halte das nicht für ausgeschlossen, da die Weichen in diese Richtung längst gestellt sind –, wenn sich 2015 die Deutschen für die wahren Kriegsoffer halten werden. Und die Kriegsschuldfrage, na, da wollnwadochnochmalsehn!

Margarete Grandner,
 Andrea Komlosy (Hrsg.):
 Vom Weltgeist beseelt.
 Globalgeschichte 1700-1815,
 Promedia Wien 2004, 263 S.
 (24,90 €)

»Globalgeschichte richtet ihr Interesse auf die gesamte Welt« (S. 7) – darin besteht die Idee zum Buch. Um nun dieses ambitionierte Vorhaben methodisch ins Werk zu setzen, bestimmen die Herausgeberinnen das Vorgehen als das »Herausarbeiten von Interaktionen zwischen den verschiedenen Weltregionen, von langfristigen Entwicklungsverläufen in ihrer globalen Vernetzung und der internationale Vergleich« (S. 7). Jedoch geht es ihnen keineswegs allein darum, der Vielfalt der zu untersuchenden Interaktionssphären – von Welthandel und Kolonialsystem über Migrationsbewegungen und Kulturpflanzentransfers bis zur regionalen Unterschiedlichkeit sozio-ökonomischer wie politischer Entwicklungsverläufe – gerecht zu werden, sondern vor allem auch um eine »andere« Forschungsperspektive, mit der Weltgeschichte untersucht werden soll. Nicht weniger als die Überwindung der »eurozentristischen Verengung«, des historistischen »Eurozentrismus«, wird gleichfalls auf die Tagesordnung gesetzt. Wie allerdings »andere Kulturen« tatsächlich »zum Sprechen gebracht werden« (S. 17) können, wenn die Autorinnen und Autoren sämtlich aus Deutschland, der Schweiz und Österreich stammen, dieser Problematik sind sich die Herausgeberinnen zwar bewußt, eine praktische Lösung haben sie aber offenbar nicht.

Mit seinem globalhistorischen Ansatz (und Anspruch) ordnet sich der vorliegende Band in eine Reihe von Publikationen ein, die sich insgesamt zum Ziel setzt, »globale Interaktionen am Beispiel bestimmter ›Weltregionen‹ zu behandeln«, wobei es im konkreten Fall um die Art der Verflechtung und die Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen Staaten und Regionen in der Epoche 1700-1815 geht.

In der Tat erscheint das 18. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht (vor allem aus der europäischen Sicht) als jener Zeitraum, in dem sich die heute als Errungenschaften »der Moderne«

schlechthin dechiffrierten Zustände weltumspannender Kommunikation, politisch-demokratischer Verfaßtheit und Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt haben. Die Berichte über die Völker und Kulturen ferner Länder beeinflussten das »neue« Weltbild und seine philosophische Interpretation in Europa fast genauso nachhaltig wie die US-amerikanische Bill of Rights, die als Blaupause nahezu aller republikanisch-demokratischen Verfassungen bis in die Gegenwart dient.

Wirtschaft wird nicht nur fortan als Weltwirtschaft wahrgenommen (woran sich zeigt, wie alt das scheinbar so ganz neue Phänomen der Globalisierung eigentlich ist); auch die Ziele und Konsequenzen wirtschaftlichen Handelns werden Gegenstand rationaler Überlegungen (Malthus, Ricardo, Smith). So werden die Ursachen für den (unterschiedlichen) Reichtum der Nationen reflektiert und erstaunlich tiefgründige Einsichten über die Folgen der sich im 18. Jahrhundert verfestigenden internationalen Arbeitsteilung gezogen. Bereits 1841 erkennt der deutsche Nationalökonom Friedrich List weitsichtig die in einer kapitalistischen Weltarbeitsteilung eingeschlossenen und global wirkenden Machtverhältnisse sowie ihre Konsequenzen: List zufolge haben die industriell fortgeschrittenen Länder die »Leiter umgestoßen«, auf der sie selbst emporgeklommen seien. Seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts steht daher fest, »wer« nachzuholen hat und »was« nachzuholen ist; ebenso steht fest, daß es auf dem vermeintlich vorgezeichneten Weg nicht nachgeholt werden kann.

Die heutige Dichotomie von Entwicklung und Unterentwicklung hat hier genauso ihre Grundlegung wie andere ökologisch-soziale Globalprobleme, die insbesondere mit einem spezifischen Typ von – technikzentrierter und von fossiler Energie getriebener – Industrialisierung zusammenhängen. In diesem – allerdings im Vergleich zu den Intentionen der Autorin wesentlich erweiterten – Sinne ist Andrea Komlosy unbedingt zuzustimmen, daß »das 18. Jahrhundert (...) als Wendezeit betrachtet werden (könnte)« (S. 127) – nämlich als globale »Hinwendung« zu einem Entwicklungsmodell, das sich in der Langzeitperspektive als nicht globalisierbar und damit auch als nicht zukunftsfähig erwiesen hat.

Eine der interessantesten Fragen ist zweifellos die, wie es zum endgültigen Vollzug dieser globalen Entwicklungs»Wende« im 18. Jahrhundert kommen konnte. Insbesondere zwei Beiträge des hier zur Rede stehenden Bandes sind geeignet, darüber weiteren Aufschluß zu geben: zum einen der Aufsatz von Andrea Komlosy zur »industriellen Revolution« aus globalhistorischer Perspektive« sowie zum anderen der Text von Matthias Middell zu »Revolutionsgeschichte und Globalgeschichte«.

Andrea Komlosy, die erklärtermaßen versucht, einerseits den Beitrag anderer Weltregionen zur englischen »industriellen Revolution« zu erhellen und andererseits herzuleiten, warum die einst überlegenen Gewerbezentren vor allem in Asien dem Konkurrenzdruck der industriellen Produktion unterlagen, präsentiert schließlich Einsichten, die »die Legende von England als Ursprungsland der ›industriellen Revolution« ins rechte Licht rücken sollen. Nicht die Überlegenheit in der gewerblichen Produktion selbst, sondern die englische Position »in der Beherrschung der Meere, der Realisierung von Profiten aus der ungleichen Arbeitsteilung, der Ausschaltung von Konkurrenten und bei der Eroberung von Märkten« (S. 111) seien ausschlaggebend gewesen.

Damit ist allerdings noch nichts wirklich geklärt. Dazu wäre es notwendig zu beschreiben, wie England denn all diese positionellen Vorteile hat erlangen können. Hier wird von der Autorin nun ein weiterer Aspekt ins Spiel gebracht, nämlich: der von politischer Rivalität und ökonomischer Konkurrenz ausgehende Handlungsdruck. Die permanenten Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Mächten und die Konkurrenz der indischen Textilproduktion – »der ›industriellen Revolution« in England lag freilich die Überlegenheit der indischen Importware und das Bemühen um deren Substitution zugrunde« (S. 119) – führten schließlich zum industriell-militärischen »Weltmonopol« (Marx) Englands.

Aber warum diese »Umkehrung der wirtschaftlichen Kompetenzen in der internationalen Arbeitsteilung« (S. 121) – die Fertigwarenproduzenten von einst werden zu Rohstofflieferanten Englands beziehungsweise Europas – schließlich stattfindet, kann Andrea Komlosy in ihrem Beitrag, auch mit einem Rekurs auf

militärische Machtungleichheiten, nie wirklich plausibel machen.

Auf einen interessanten Aspekt für mögliche, weiterführende Erklärungsversuche verweist indessen Matthias Middell. Es sei vor allem die spezifisch vorteilhafte politisch-staatliche Verfaßtheit (vgl. 143), die es den Briten ermöglicht habe, die nötigen Ressourcen aufzubringen, um nicht nur anderen europäischen Konkurrenten militärisch überlegen zu sein, sondern mit der industriellen Revolution auch eine »asymmetrische« Antwort auf die asiatische Herausforderung geben zu können. Die Herausbildung einer »wachstumsorientierten, von Prinzipien der Konkurrenz, der Gewinnmaximierung und der Kapitalakkumulation geleiteten Produktionsweise« (Komlosy, S. 110) setzte alle Konkurrenten Englands unter bis dato beispiellosen Anpassungsdruck. Und die Dynamik der Herausforderung ließ keinen Spielraum für die neuerliche Hervorbringung »asymmetrischer« Antworten. Die drohende dauerhafte Unterlegenheit konnte offenbar nur durch rasche Anpassung der politischen Strukturen – Revolution aus der Notwendigkeit globaler Behauptung (Skocpol) – und durch eine nationale Anstrengung zu nachholender Entwicklung (List) abgewendet werden. Das System der industriellen Produktion wurde so nicht nur Vorbild, sondern auch Zwangsjacke eines Typs sozioökonomischer Entwicklung, der im 18. Jahrhundert seine charakteristische Gestalt angenommen hat.

Über die hier besonders herausgestellten Aufsätze hinaus enthält der insgesamt sehr lesenswerte, weil ungewöhnlich anregende Band Beiträge von Dietmar Rothermund (Seehandel und Kolonialherrschaft), Hans-Heinrich Nolte (Staatswerdung und Rivalitäten), Norbert Ortmayr (Kulturpflanzentransfers), Reinhard Schulze (Weltbilder der Aufklärung), Annemarie Steidl (globale Migrationssysteme), Robert Hoffmann (die christliche Mission im 18. Jahrhundert), Monica Juneja (deutsche Pietisten) und Michael Mitterauer (Religion und Massenkommunikation).

ARNDT HOPFMANN

**Manfred Neuhaus:
Tatsachen und Mutmaßungen über
Ernst Ortlepp. Books on Demand
GmbH Norderstedt 2005, 233 S.
(19,90 €)**

Der 1800 in Droyßig bei Zeitz geborene und 1864 in der Nähe von Schulpforte gestorbene Ernst Ortlepp ist noch immer der große Unbekannte der mitteldeutschen Literaturgeschichte. Diesen Missstand zu beheben und diesem so vielseitigen Dichter die ihm angemessene Würdigung zukommen zu lassen, bemüht sich die 2001 gegründete Ernst-Ortlepp-Gesellschaft e.V. mit Sitz in Zeitz. Zu deren Mitgliedern gehört auch Manfred Neuhaus aus Dortmund, der Anfang des Jahres die Studie »Tatsachen und Mutmaßungen über Ernst Ortlepp« vorlegte.

Das Buch ist keine Monografie, sondern eine kommentierte Sammlung von wenig bis gar nicht bekannten Texten von und über Ernst Ortlepp. Eingedenk der Tatsache, dass ein großer Teil dieses Schriftstellerlebens noch vollkommen im Dunkeln liegt (vor allem die Württemberger Zeit Ortlepps, wohin er nach seiner Ausweisung aus Leipzig ging, ist kaum hinreichend beleuchtet), hat sich Manfred Neuhaus folgerichtig entschlossen, die Ergebnisse seiner jahrelangen Recherchen in der gebotenen philologischen Strenge zu präsentieren. Manfred Neuhaus, der nach seinem Berufsleben als Kriminalist zur Literatur- und Philosophiegeschichte fand, hat sich hier auf die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts konzentriert, in denen sich der Mittdreißiger Ernst Ortlepp, nach einem nicht abgeschlossenen Theologiestudium, in Leipzig als Essayist, Lyriker sowie Literatur- und Musikkritiker etablieren konnte.

Ein wichtiges Medium war für Ortlepp die von Karl Herloßsohn (1802 od. 1804-1849) in Leipzig gegründete und herausgegebene Zeitschrift »Der Komet«. Da in Archiven keine vollständige Sammlung aller Jahrgänge existiert, musste Manfred Neuhaus die verstreuten fragmentarischen »Komet«-Kollektionen auswerten. Diese Kärnerarbeit hat sich gelohnt, weil unser noch immer schemenhaftes Bild von Ortlepp, von dem kein Porträt die Zeit-

läufte überdauerte, durch diese Dokumentation weiter an Kontur gewinnt.

Ein beachtliches lyrisches Zeugnis, das von Ortlepp im »Komet« zum Abdruck kam und von Manfred Neuhaus zitiert wird, ist das für den Dichter programmatische Gedicht »Atheismus«, das – im April 1833 (Nr. 57) als erratisch-einstrophiger Versblock veröffentlicht – mit der Zeile anhebt: »Es ist kein Gott! Laut ruf' ich's nach den Sternen!« (S. 74 f.) Dieser Text darf als wichtiger Beleg für die von Rüdiger Ziemann im Rahmen des Ortlepp-Kolloquiums im Juni 2004 in Schulpforte geäußerte These gelten, dass Ernst Ortlepp die Freiheit der Religion auch als »Freiheit von der Religion« verstanden habe. Das Gedicht »Atheismus« ist als Bekenntnis insofern wichtig, weil der aus einer Pastorenfamilie stammende Ortlepp explizit gegen die Religion der Väter aufbegehrt. Die Abkehr vom Glauben des jungen Nietzsche, auch er ein Pfarrersohn, vollzog sich im Gegensatz dazu unspektakulär, »ohne sichtbare Erschütterungen und geistige Krisen« (Heinz Malorny) – und auch durch die tätige Mithilfe des »alten Ortlepp«, mit dem der Alumnus portensis Nietzsche in dessen letzten Jahren nachweislich Umgang pflegte.

Ernst Ortlepps literarische Karriere in Leipzig soll, so Manfred Neuhaus, nicht zuletzt durch eine Rezension mehrerer Neuerscheinungen des Dichters beendet worden sein (war es der Grund oder ein Anlass?), die Heinrich Laube im November 1833 in der von ihm seit Anfang des Jahres geleiteten »Zeitung für die elegante Welt« erscheinen ließ. Ortlepps Wirken als Kritiker nennt Laube »höchst mittelmäßig« und den Dichter verdammt er gar in Bausch und Bogen »zu den unbedeutendsten Mittelmäßigkeiten unserer jetzigen Literaten«. Er sei, so Laubes Resümee, »altmodisch und dreist«. Nur das erste Adjektiv gehört in die Kategorie des Ästhetischen, das zweite ist moralischer Natur. Aber beide Wörter charakterisieren weder den Menschen noch den Dichter zutreffend, sondern allenfalls das rundum krude Ortlepp-Bild, das Laube zeichnete. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass der Kritiker gegen die Lyrik Ernst Ortlepps just die Theodor Körners stellt, dessen Verse (z. B. die Sammlung »Leier und Schwert«) zwar einem edlen Anliegen entsprangen, aber heute weit unter denen des von Laube so wortreich

geschmähten Ortlepp zu verorten sind. Durch üble Nachreden wie die Laubes von 1833 wird erahnbar, warum Ortlepp ein literarischer Einzelgänger blieb und bald vergessen wurde – obwohl er doch, gemessen an seiner engagierten politischen Dichtung, ein Vertreter des »Jungen Deutschland« hätte sein können, dessen vehementer Fürsprecher eben Heinrich Laube gewesen ist. Es half dem mit einem Federstrich um seine Reputation gebrachten Ortlepp nichts, dass Laube, wie von Manfred Neuhaus zitiert, später nurmehr angewidert auf seine mit »viel Spektakel« verbundene Ortlepp-Besprechung blickte, die, wie der Kritiker ebenfalls gestand, vor allem seiner (gekränkten?) Eitelkeit entsprungen sei.

Durch seinen literarisch-politischen Einsatz geriet Ernst Ortlepp bald in die Fänge der preußischen und sächsischen Zensur (1831-1835). Wie die Räder der literarischen Überwachung bzw. der überwachten Literatur ineinander griffen, legt der Autor in einem zweiten Schwerpunkt dar. Die Hauptrolle in diesem Schurkenstück aus den Niederungen des um die totale Kontrolle seiner Untertanen bemühten Staates spielt Fürst von Metternich, der in Preußen und Sachsen ein verzweigtes Spitzelsystem unterhielt, das es ihm ermöglichte, noch vor den jeweiligen Regierungen über kommende Neuerscheinungen mit angeblich demagogischem Inhalt informiert zu sein. Eine Maßnahme, die Metternich um so mehr für ratsam und geboten hielt, als vor allem die Zensur in Sachsen, so Manfred Neuhaus, »für ihre Milde« bekannt war.

Metternich war es im Übrigen, der in einem flammenden Schreiben an die Zensurbehörden in Leipzig, Berlin und Frankfurt/Main 1835 persönlich die Beschlagnahmung von Ernst Ortlepps Großgedicht »Fiesci – Ein poetisches Nachtstück« als einer staatsgefährdenden Schrift forderte. Diesem Ansinnen, das Metternich u. a. am 31. Oktober 1835 in einem Brief an die sächsische Regierung formulierte, kam man pflichtschuldigst nach, so dass diese Dichtung heute eine antiquarische Seltenheit ist. Dies erkennend, haben Rüdiger Ziemann und Roland Rittig »Fiesci« in Verbindung mit einem instruktiven Nachwort und Illustrationen von Dieter Goltzsche 2001 als bibliophil gestaltetes Buch im Verlag Janos Stekovic neu herausgegeben.

An einem halben Dutzend Dichtungen zeigt der Autor unter Aufbietung aller in den Archiven greifbaren Akten die Einflussnahme der preußisch-sächsischen Zensur auf den Schriftsteller. So wurden nach den Gedichten »Das Osterlied«, »Das Pfingstlied« und »Polenlieder« (1831) auch die Sammlung »Lyra der Zeit« (1834) und das Gedicht »Deutschlands Erntefest« kurzerhand mit Verbot belegt. Die von der Zensur aufgelisteten Argumente, um diesen Texten das Imprimatur zu verweigern, erscheinen nicht erst aus heutiger Warte aberwitzig. Die daraus für Ernst Ortlepp resultierenden Folgen waren es nicht: »Die rigorose Verfolgung und Beschlagnahmung seiner Gedichte sorgten dafür«, so Manfred Neuhaus, »dass Ortlepp bis zur Jahrhundertwende (1900, K. A.) als verschollener Dichter galt.«

Abgerundet wird die Dokumentation mit einem ausführlichen Bildteil, in welchem u. a. gedruckte Verse Ortlepps mit Anstreichungen der Zensoren als Faksimile wiedergegeben sind. Doch zuvor tritt der Kriminalist im Philologen Neuhaus noch einmal in den Dienst. Aus seinen drei Jahrzehnte umfassenden Erfahrungen als Kripo-Beamter in der Abteilung Delikte am Menschen (griffiger: Mordkommission) skizziert Manfred Neuhaus einen (fiktiven) Tatortfundbericht zum Tode von Ernst Ortlepp, der um den 14. Juni 1864 in einem Straßengraben zwischen Almrich (heute ein Ortsteil von Naumburg) und Schulpforte ums Leben kam. Den objektiven und subjektiven Befund auswertend, steht für den Kriminalisten die Erkenntnis, dass »ein Fremdverschulden nicht erkennbar (ist), es deutet alles auf einen Unglücksfall, Tod durch Genickbruch, hin«. So hat Ernst Ortlepp nicht nur Literatur-, sondern auch Kriminalgeschichte geschrieben.

Der passionierte Spurensucher Manfred Neuhaus hat mit seiner Studie der (im späten 20. Jahrhundert durch Reiner Bohley und Hermann Josef Schmidt wiederbegründeten) Ortlepp-Forschung einen nachhaltigen Dienst erwiesen. Wer sich fortan mit dem Dichter Ernst Ortlepp beschäftigt, wird Manfred Neuhaus' Buch nicht ignorieren können. Dieses Werk stellt gleichsam eine unverzichtbare Vorarbeit für eine umfassende Biografie des Dichters, Übersetzers, Herausgebers, Kritikers und Musikers Ernst Ortlepp dar, die bis dato ein Desiderat ist.

Werner Mittenzwei:
Zwielicht. Auf der Suche nach dem Sinn einer vergangenen Zeit. Eine kulturkritische Autobiographie,
 Verlag Faber & Faber Leipzig
 2004, 512 S. (29,70 €)

Nach den »Intellektuellen« 2001 hat Mittenzwei eine Autobiografie veröffentlicht. Auch sie ist vor allem Geschehnissen in der DDR und z. T. nach deren Ende gewidmet. Deutlich wird, dass der 1927 geborene Sohn eines kommunistischen sächsischen Handschuhmachers und einer christlich gesinnten Näherin mehrmals Glück hatte. So kam er trotz zweifacher Verwundung halbwegs heil aus dem Zweiten Weltkrieg heraus. Der Kommandant des sowjetischen Sammellagers bei Bad Schandau, in das er 1945 geriet, ließ – was ungewöhnlich war – die Gefangenen nach Kriegsende laufen. Im Heimatort Limbach entkam Mittenzwei den Amerikanern, welche deutsche Soldaten nach Bad Kreuznach verfrachteten, wo viele umkamen. Später bestand er, obwohl kein guter Schüler, die Lehrprüfung und erwies sich als bestens geeigneter Pädagoge. Er las die seiner Entwicklung dienliche Literatur – so Lukács, bedeutende sowjetische Schriftsteller und die moderne französische Dramatik –, fand Zugang zu Theater, Oper und Kulturbund. Das eigene, »dumpe, breiige Sächsisch«, das ihm beim Referieren widerlich wurde (S. 113), suchte er energisch zu bekämpfen.

Der Autor berichtet von der Deutschen Hochschule für Musik zu Berlin, in welcher er seit 1953 Assistent war, und deren Dozenten, von Harichs Philosophievorlesung 1953/54 und dem Institut für Gesellschaftswissenschaften, im dem Mittenzwei am Lehrstuhl Kunst und Literatur tätig wurde. 1960 promovierte er magna cum laude über ein Brecht-Thema. Die Unruhen 1953 waren offenbar spurlos an ihm vorübergegangen. Nicht so der XX. KPdSU-Parteitag 1956 mit seinen Folgen. In Ulbricht erkannte er den »Unbeliebtesten unter den Funktionären der deutschen Arbeiterbewegung« (S. 149), in der Restalinisierung ab 1957 einen schweren Rückschlag, gegen den er – zu seinem Glück – nicht aufbegehrte.

Nachdem Mittenzwei seit 1956 Theaterkritiken geschrieben hatte, bekam er zum Chefdramaturgen des Maxim-Gorki-Theaters, zu Helene Weigel und dem Berliner Ensemble Kontakt. Er diente der Bühne jahrelang, u. a. als Prüfer von Stücken. In der wissenschaftlichen Arbeit fand er bei genereller dogmatischer Enge in den literarischen und künstlerischen Mitteln und im Figurenaufbau eine Nische für ungestörtes Tätigsein, damit auch Stoff für seine Habilitation 1964. Ein Jahr zuvor nahm er an der Kafka-Konferenz in Liblice teil. Im Rapport darüber und über die durch Alfred Kurellas Absage an solcherlei »Aufweichungstendenzen« ausgelösten Auseinandersetzungen in der DDR lässt er das Wesentliche – fortwirkende Entfremdung in »realsozialistischen« Gesellschaften – weg, resp. es ist ihm entgangen, und erörtert dafür Zweitrangiges.

1966 Professor und ab 1967 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften hat der Verfasser, zeitweise Direktor des Zentralinstituts für Literaturgeschichte, mehrmals Pionierarbeit geleistet. Er sorgte dafür, dass der nach Niederschlagung des Ungarnaufstands 1956 totgeschwiegene Georg Lukács in der DDR wieder erwähnt und kritisch gewürdigt wurde. Das vom Autor geleitete, ab 1978 erscheinende siebenbändige Werk »Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945« zählt zu den Spitzenleistungen. Es sagte längst nicht alles, wohl aber vieles über eine schwierige Problematik aus. Zum Glück brachte es den Verfassern den Nationalpreis, kein Parteiverfahren ein.

Mittenzweis Frau Ingrid berichtet darüber, wie es zu ihren überraschend positiven Thesen zum Preußentum 1978 und ihrer Biografie Friedrichs II. ein Jahr später kam, die in DDR wie BRD Aufsehen erregten. Die Idee zur Biografie, bemerkt sie, stammte nicht von Honecker (S. 353), der durchaus auch im Hohenzollernhaus nach Vorbildern für »Sozialismus in den Farben der DDR« suchte. Allerdings muss E. H. zum Projekt seinen Segen gegeben haben, da vorher Preußentum in der Republik verpönt war. Leider hat sich die Autorin nicht mit Franz Mehring auseinandergesetzt, der anderer Meinung als sture Friedrich-Hasser gewesen ist.

Wichtigste Leistung Werner Mittenzweis, seit 1983 auch Ordentliches Mitglied der Aka-

demie der Künste, war die ein Jahr später fertiggestellte, 1986 erstaufgelegte zweibändige Biografie »Das Leben des Bertolt Brecht oder der Umgang mit den Welträtseln«, die genau wie »Friedrich II.« in Ost- und Westdeutschland ein Bestseller war. DDR-Leser fanden hier auf Seite 533 f. jenes ihnen verschwiegene Brecht-Gedicht, wonach es, wenn sich am 17. Juni 1953 das Volk Regierungsvertrauen verscherzt habe, doch einfacher wäre, »die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes«. Obwohl gerade Brechts Regimekritik Bedenken – u. a. Kurt Hagers – und Zensurmanöver ausgelöst hatte, geht der Verfasser nicht darauf ein. Er würdigt es, dass mit dem Buch die Schallmauer zwischen Fachleuten und einer Vielzahl von Lesern durchbrochen wurde (S. 412).

Das Jahr 1989 trug dem Autor die Mitherausgeberschaft an der kommentierten Berliner und Frankfurter Brecht-Edition und damit ein wohlverdientes weiteres Ruhmesblatt ein. Hochpolitische Ereignisse aber bescherten ihm wie allen Anhängern einer zu demokratisierenden DDR erst die kurze Zeit echten Aufschwungs, dann den Absturz durch den BRD-Anschluss. Die »Evaluierung« von Akademieinstituten durch Westkommissionen darstellend, konstatiert Mittenzwei mit Blick auf die Opfer: »Vielleicht verlief alles so unbefriedigend und jämmerlich, in einer so harmlosen Unterwürfigkeit, weil keiner sich eine wirkliche Vorstellung von dem machen konnte, was auf uns zukam« (S. 442). Er schildert Details der Anschlussfolgen, zu denen für ihn und seine Frau der Verlust ihres Gartenhauses und damit von Teilen der Bibliothek gehörte. Abschließend würdigt er die Wirkung des übergestülpten kapitalistischen Gesellschafts-systems auf die Literatur, eine Wirkung, die mindestens genauso verheerend wie die auf Wirtschaft und Wissenschaft war. Zwischen den Tatsachen aus früherer Zeit im Buch und heutigem Erleben sind Vergleiche in Sachen Literatur und Literaturtheorie möglich. Sie erweisen: Trotz dogmatischer Perioden war das DDR-Niveau mehrmals so hoch wie das der erweiterten Bundesrepublik.

MANFRED BEHREND

**Hermann Klenner:
Recht und Unrecht, Bibliothek
dialektischer Grundbegriffe,
Band 12, transcript Verlag
Bielefeld 2004, 56 S. (7,60 €)**

Wer glaubt, ihm sei Unrecht widerfahren, der will wissen, was Recht ist. Und so macht er sich auf die Suche nach seinem Recht. Dabei kann es durchaus passieren, dass aus einer »Beschäftigung« mit dem Recht eine Profession wird. Was dann aber seit Juristengenerationen regelmäßig geschieht, wird den rechtsunkundigen Leser vielleicht verblüffen. Denn einst wie heute gilt das, was kein Geringerer als der (Rechts)Philosoph Immanuel Kant offen aussprach: »Noch suchen die Juristen eine Definition zu ihrem Begriffe vom Recht.«

Hermann Klenner legt in seiner Publikation dar, warum die Juristen ewig auf der Suche nach »der« Rechtsdefinition bleiben werden. Dennoch ist es natürlich möglich, Recht zu erklären, zu begründen und auch zu kritisieren – kurzum ein Verständnis von Recht zu vermitteln. Das unternimmt Klenner in seiner ungewöhnlichen wie kurzweiligen Einführung in das Recht unter dem so simplen wie gewaltigen Titel »Recht und Unrecht«. Ungewöhnlich allein schon deshalb, weil er dabei den Gegenbegriff des Rechts, das Unrecht, in seine Überlegungen über Rechtsentstehung und -entwicklung prononciert mit einbezieht. Kurzweilig, weil Klenner wie nur Wenige die Kunst beherrscht, schwierige Themen anspruchsvoll und dabei verständlich zu bearbeiten. So wird die Lektüre zu einem intellektuellen Vergnügen. Auch für ausreichend Spannung wird gesorgt. Warum es an einer Stelle aber ganz unvermittelt zudem noch theatralisch wird – »Das Recht hat aber noch nie seinen Freitod gewählt, es wurde höchstens ermordet« –, bleibt rätselhaft.

Unrecht bildet für den Autor keine zuvörderst moralische Kategorie. Sein Ansatz ist: Macht schafft nicht nur Recht, sondern macht auch Unrecht. Recht ist für den marxistischen Rechtstheoretiker ein Mittel der Macht, dessen Gebrauchswert im Erhalt und in der Veränderung der Gesellschaft besteht. Insofern hat Recht mit Herrschaft zu tun, und auch die

Rechtswissenschaft bleibt für ihn Herrschaftswissenschaft, »solange sie jenen Dogmatikern überlassen bleibt, die das normierte Gehäuse zwar zu beleuchten, aber nicht zu erleuchten vermögen, dass man den Kode findet, um es aufbrechen zu können.«

Klenner ist einer jener bekennenden Rechtswissenschaftler, die um »Erleuchtung« bemüht sind. Überzeugen kann man sich davon in dieser Schrift, die nach einer Einführung wie folgt gegliedert ist: Phänomene von Recht und Unrecht; Autor und Adressat von Recht; Recht als Mittel und Maß von und für Macht; Strukturen und Systeme des Rechts; Gesetz, Gericht und Unrecht; Gerechtigkeit als Maß für Recht und Unrecht?; AbschließendeS. Und wie es sich für eine anspruchsvolle Publikation gehört, bekommt man am Schluss aus der schier unerschöpflichen Literatur und den reich sprudelnden Rechtsquellen eine wohlausgesuchte Auswahl geboten. Für manchen vielleicht überraschend die Rechtsquelle Nummer 1: Die Bibel.

Die Lektüre der Schrift ist von der ersten bis zur letzten Zeile anregend und zuweilen auch aufregend. Dazu trägt zweifellos die Kontrastierung des Rechts mit dem Unrecht bei, wodurch auch die lebendige Rechtswirklichkeit mit ins Bild kommt. Aber um Recht zu erklären, bedarf es der Darstellung des Unrechts nicht zwingend. So ist denn auch auf den 50 Seiten natürlich mehr von Recht als von Unrecht zu lesen. Leider kommt zu kurz, wie Unrecht die Rechtsentwicklung beeinflusst, wie ein bestimmtes Maß an (gesetzlichem) Unrecht das Recht pervertiert und letztlich zu neuem Recht führt.

Am Ende ist vom »Rechtsstaat als Rechtsstaat« die Rede. Von Unrechtsstaaten wird nicht gesprochen. Mit Sicherheit wird mancher hier den Bezug zur DDR-Unrechtsdebatte vermissen. Gewiss handelt es sich bei dieser Lücke um kein Ver- oder Übersehen des Verfassers. Die Gründe seien dahingestellt. Aber spätestens dann, wenn man das Unwort »Unsozialstaat« liest, ist die Assoziation unvermeidlich. Leser, die nicht mit dieser Debatte vertraut sind, dürften sich hier eine Position wünschen. Und das vor allem jene, die in und für diesen Staat gearbeitet und gelebt haben und schließlich erleben mussten, wie er nach seinem Untergang in eine Parallelität zum verbrecherischen NS-Staat gerückt wurde.

Wenn man in einem Buch eine Botschaft sucht, dann findet man sie oft zwischen den Zeilen. Versucht der Autor, sie in einem Satz zusammenzufassen, wird es nicht selten plakativ und peinlich. Doch wenn H. K. zum Schluss seinen Lieblingsautor B. B. zitiert, dann ist es kommentarlos wiedergebenswert: »Wichtiger, als zu betonen, wie unrichtig es ist, Unrecht zu tun, ist es, zu betonen, wie unrichtig es ist, Unrecht zu dulden.«

ANDREAS GÄNGEL

Karl Birkhölzer, Ernst Kistler,
Gerd Mutz: Der Dritte Sektor.
Partner für Wirtschaft und
Arbeitsmarkt, VS Verlag für
Sozialwissenschaften Wiesbaden
2004, 256 S. (29,90 €)

Neben Staat und Markt als den beiden Hauptsektoren der Wirtschaftsaktivität gewinnt gegenwärtig ein weiterer Bereich enorm an Bedeutung, der sogenannte »Dritte Sektor«. Was sich konkret hinter diesem Begriff verbirgt, ist jedoch nicht immer ganz klar. Ein bißchen verhält es sich damit so wie mit dem »dritten Mann« in dem gleichnamigen Film: man weiß, daß es ihn gibt, kann ihn aber nicht sehen. Was man über den Dritten Sektor aber ziemlich genau weiß, ist, daß sich seine Organisationen durch ihre Non-Profit-Ausrichtung von den gewinnorientiert arbeitenden marktwirtschaftlichen Unternehmen unterscheiden. Zugleich unterscheiden sie sich durch ein geringes Maß an Bürokratie und Amtlichkeit sowie durch ihre vertraulichen Umgangsformen von staatlichen Institutionen. Gegenüber Familienclans und Freundeskreisen jedoch erscheinen sie formal, organisiert und regelgebunden, was ihre Besonderheit als Dritte-Sektor-Organisationen unterstreicht. Die bevorzugten Tätigkeitsbereiche des Dritten Sektors sind Bildung, Forschung, Kultur, Umwelt, Kommunales, Gesundheit, Soziales, Beschäftigung, Wohnen, Freizeit, Sport und Bürgerengagement. Mit der Bedeutungszunahme dieser Bereiche wächst zwangsläufig die gesellschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors. Diese Fragestellung für die Gegen-

wart näher zu untersuchen, war Aufgabe eines breit angelegten Forschungsprojektes des BMBF, dessen Ergebnisse in vorliegendem Band zusammengefaßt dargestellt sind.

Ausgehend von zwei konkurrierenden Begriffsbestimmungen – dem (liberalen) Ansatz des *John Hopkins Non-Profit-Sector Comparative Projects* und dem (sozialstaatlichen) Konzept ökonomischer *Selbsthilfe* aus dem 19. Jahrhundert – versuchen die Autoren eigene Begriffsbestimmungen vorzunehmen. Dabei entschieden sie sich für einen breiten Zugang. Als Kriterien für die Zugehörigkeit von Organisationen zum Dritten Sektor gelten ihrer Meinung nach der Vorrang sozialer Zielsetzungen, gemeinwirtschaftliche Gewinnverwendung, bürgerschaftliches Engagement und kooperative Organisationsformen (S. 12). Die Analyse zeigt, daß es sich bei dem Dritten Sektor um einen »Wachstumssektor« handelt. Dies gilt sowohl in bezug auf die Zahl der Unternehmungen als auch für die Zahl der Arbeitskräfte, die hier tätig sind. Hochrechnungen der Europäischen Union zufolge umfaßt der Dritte Sektor in Europa ca. 8,9 Millionen Vollzeitarbeitsplätze. In Deutschland sind es 1,86 Millionen. In Krisenregionen wie Ostdeutschland sind soziale Unternehmungen die Hauptträger der lokalen bzw. regionalen Entwicklung, die Hauptarbeitgeber und nicht selten die einzigen »Großbetriebe« in der Region. Ihre wirtschaftspolitische und sozialintegrative Bedeutung, schreibt Birkhölzer, »kann daher gar nicht überschätzt werden« (S. 15). Aber gilt dies auch für ihre volkswirtschaftliche Bedeutung? Ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt kann derzeit »nicht exakt beziffert werden«, ihre ökonomische Funktion – jenseits von Markt und Staat – bleibt in einer Marktwirtschaft notwendigerweise »unscharf«, ihre Effizienz ist mit den üblichen Instrumenten nicht meßbar. Das sind keine unwesentlichen Aspekte. Soll sich die Rolle der Dritte-Sektor-Organisationen nicht auf die Ausfüllung von Räumen, die als Markt uninteressant und für den Staat unwichtig sind, beschränken, so ist eine klarere Positionsbestimmung und Funktionsbegründung notwendig. Hierzu leistet das Buch einen wichtigen Beitrag, abgeschlossen ist die Forschungsarbeit damit aber noch längst nicht. Vor allem gibt es Defizite bei der Herausarbeitung des ökonomi-

schen Gewichts des Dritten Sektors, seiner Potentiale bei der Bewältigung ökonomischer Krisen und seiner zukunftsweisenden Rolle bei der Neugestaltung der Arbeitswelt. Hier geht die Darstellung im Buch nicht wesentlich über die Beschreibung und Bewertung gegenwärtiger Experimente und Lösungsversuche hinaus. Worauf es aber ankommt, ist, Verallgemeinerungen vorzunehmen, Zukunftsmodelle zu entwickeln und Strategien vorzuschlagen, wie in den nächsten Jahrzehnten mit dem Dritten Sektor verfahren werden soll. Dabei spielen Fragen der Kooperation zwischen dem Ersten und dem Dritten Sektor, wie sie im zweiten Teil des Buches anklingen, eine wichtige Rolle. Ebenso aber auch Probleme der Gesellschaftsstrategie, der weiteren neoliberalen Durchrationalisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft oder aber ihrer alternativen Gestaltung bei stärkerer Gewichtung zivilgesellschaftlicher Komponenten.

In der Analyse konnte gezeigt werden, daß bei einer stärkeren Kooperation zwischen Erstem und Drittem Sektor Synergieeffekte auftreten, »die einen Gewinn für beide Seiten bedeuten« (S. 96). Dies schließt wechselseitige Lernprozesse ein, ist aber andererseits bestimmt kein konfliktfreier Prozeß.

Im dritten und vierten Teil des Buches werden Strukturen und Bedingungen innovativer Arbeits- und Unternehmensformen in Sozialen Unternehmungen untersucht und beschrieben, wie der Arbeitsprozeß in Betrieben des Dritten Sektors abläuft. Im einzelnen sind diese Darstellungen sehr detailliert, materialreich und objektbezogen. Die Autoren versäumen es auch nicht, auf den Diskussionscharakter ihrer Thesen und auf den (teilweise noch unbefriedigenden) Forschungsstand zu Einzelaspekten hinzuweisen. Nicht befriedigen kann jedoch die mitunter rein positive, theoretisch unreflektierte Darstellung. So findet sich zum Beispiel im dritten Abschnitt eine informative Bestandsaufnahme der »Tauschsysteme auf Gegenseitigkeit« als vermeintlicher Bestandteil »sozialer Unternehmenskultur« (S. 147). Die Autoren belassen es aber nicht bei dieser Darstellung, sondern wollen in den archaisch anmutenden »Tauschringen« darüber hinaus einen fruchtbaren »Ansatz zur Reform unseres Geld- und Währungssystems« sehen, was mehr als fraglich ist. Seitens der

etablierten Ökonomie werden derartige Experimente seit Jahrzehnten als gesellschaftliche »Regression« gedeutet und nicht einmal einer Kritik für würdig befunden. Sie kommen bestenfalls als regionale oder lokale Ergänzung existierender Geldsysteme in Frage, niemals aber als deren Alternative. Sie unkritisch als »Ansätze« oder Muster für Reformen unseres Geld- und Währungssystems herauszustellen, dürfte deshalb bei den meisten Ökonomen nur ein Schmunzeln hervorrufen. Als ernsthaftes Diskussionsangebot dürfte dieser von Sozialwissenschaftlern unterbreitete Vorschlag jedoch kaum angesehen werden. Seine Behandlung in diesem Buch wirft aber einige Fragen auf, so zum Beispiel die nach den theoretischen Grundlagen einer Ökonomie des Dritten SektorS.

ULRICH BUSCH

Renate Ohr (Hrsg.):
Globalisierung – Herausforderung
an die Wirtschaftspolitik
(Volkswirtschaftliche Schriften,
H. 538), Duncker & Humblot
Berlin 2004, 259 S. , (79,80 €)

Der Begriff Globalisierung hat in der öffentlichen Debatte seit Beginn der 1990er Jahre eine erstaunliche Karriere erlebt. Obwohl durchaus vielseitig verstanden – als soziales, kulturelles, politisches, wirtschaftliches und technologisches Phänomen –, werden im herrschenden Diskurs Globalisierungszwänge vor allem aus der jüngsten technologischen und ökonomischen Entwicklung abgeleitet. Die öffentliche Diskussion bedient sich dabei mit einer Selbstverständlichkeit und Selbstgewissheit etlicher Argumente, die bei den Wirtschaftswissenschaftlern keineswegs als feststehende Tatsachen gelten, sondern Gegenstand des Meinungsstreits sind.

Während in der öffentlichen Diskussion Pauschalurteile und emotional gefärbte Bewertungen überwiegen, ringen die Wirtschaftswissenschaften noch mit dem Globalisierungsphänomen. Dies ist vielleicht der wichtigste Eindruck, den der Leser bei der Lektüre des Bandes, der auf eine Ende Oktober 2003 im

»Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft« an der Universität Göttingen durchgeführte Konferenz zurückgeht, mitnimmt.

Zu den Ungewissheiten gehört selbst die fast zwei Jahrhunderte alte Theorie David Ricardos über die unbedingten Kostenvorteile internationalen HandelS. »Neuere Handels- und Wachstumstheorien bestätigen dieses Ergebnis nicht mehr uneingeschränkt«, wird dazu vorsichtig kritisch vom Berliner Ökonomen Welf Werner formuliert.

Werner weist auch auf einen anderen bemerkenswerten Unterschied zwischen volkswirtschaftlichem und herrschendem Diskurs hin: Während die öffentliche Diskussion die Globalisierung als ein im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts entstandenes neuartiges Phänomen betrachtet, gehen Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftshistoriker von mindestens zwei Globalisierungswellen aus. Die erste erreichte ihren Höhepunkt vor dem Ersten Weltkrieg und endete in der Weltwirtschaftskrise. Werner nimmt diese unter einer Reihe von Fachleuten erzielte Verständigung über zwei bisher anhand volkswirtschaftlicher Kriterien auch empirisch nachweisbare Globalisierungswellen zum Anlass, zu überlegen, ob nicht auch die zweite, die gegenwärtige, »endlich« sei. Er legt sich die Frage vor, ob Zeichen des Abebbens der zweiten Welle nicht bereits erkennbar sind. Selbstverständlich nennt er in diesem Zusammenhang die Proteste von Seattle und Cancun. Die bewertet er jedoch nicht sehr hoch, da sie seiner Meinung nach nur die Ansicht von militanten Minderheiten widerspiegeln. Wichtiger bei seiner Suche nach Zeichen für ein Abbremsen der Globalisierung sind dem Mitarbeiter des John F. Kennedy Instituts für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin die Widerstände gegen allzu viel Freihandel im amerikanischen Kongress, innerhalb der herrschenden politischen Klasse also. Am Beispiel der USA weist Werner nach, dass diese Widerstände seit 1992, als die USA, Kanada und Mexiko das Freihandelsabkommen NAFTA unterzeichneten, im Kongress deutlich zugenommen haben. In seiner These, dass Globalisierung eher »von oben« als »von unten« gestoppt werden könnte, fühlt sich Werner durch die vorliegenden Untersuchungen zum Ende der ersten

Globalisierungswelle bestärkt. Die übrigen neun Beiträge zu Themen wie »Globalisierung und Besteuerung«, »Sozialstaat und Globalisierung«, »Globalisierung und Entwicklungsländer«, »Globalisierung und überregionale Institutionen zur internationalen Steuerung von Wirtschaftsprozessen« offenbaren allesamt ungeachtet der Nutzung exakter mathematisch-statistischer Modelle eine gewisse Unsicherheit in der Einschätzung der Wirkungen und damit auch der Chancen und Risiken für die beteiligten Akteure. Da, wo die Vorteile nach der Theorie eindeutig sind, fehlt oftmals ein ausreichender empirischer Nachweis. Und umgekehrt: Manche empirisch gesicherte Wirkungen lassen sich nur unzureichend mit Hilfe der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie erklären.

Dass der Leser im Buch nicht alle aufgeworfenen Fragen beantwortet findet, spricht eher für als gegen die Autoren, die der herrschenden Globalisierungseuphorie zwar in Worten Anerkennung zollen, bei den sachbezogenen Untersuchungen jedoch immer wieder auf Lücken und Unwägbarkeiten in der Theorie bzw. bei deren empirischem Nachvollzug hinweisen. Es ist also nicht verwunderlich, wenn alle Themen, wie die Herausgeberin im Vorwort berichtet, »von den rund 50 Teilnehmern des Symposiums sehr intensiv und zum Teil auch kontrovers diskutiert wurden.«

JÖRG ROESLER

Antifaschismus als historisches Erbe in Europa.

Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter.

Herausgeber: Roland Bach, Klaus Böttcher, Horst Helas, Peer Jürgens, Norbert Madloch, Jürgen Plagge-Vandelaar und Reiner Zilkenat, Berlin 2005, 170 S.

Freunde, Kollegen und Schüler haben sich zusammengetan, um diese Festgabe für einen Historiker zu ermöglichen, der in der DDR bereits in jungen Jahren durch seine Sachkennt-

nis und sein originelles, ideenreiches Herangehen an seine Forschungsgegenstände Anerkennung gewann. Horst Helas und Reiner Zilkenat haben seinen Lebenslauf und sein wissenschaftliches Oeuvre mit dem Blick für das Wesentliche dargestellt (S. 9 ff.). Der Titel des Bandes, an Aktualität kaum zu überbieten, zielt auf das sowohl wissenschaftliche wie gesellschaftspolitische Hauptinteresse des Gelehrten. Die wichtigsten wissenschaftlichen Beiträge von Rolf Richter kreisen um die Faschismus- und Antifaschismus-Problematik. Dabei hat er sich von Anfang an nicht in ausgefahrenen Bahnen bewegt. Das hieß u. a., über Fragestellungen hinauszugreifen, die in der DDR-Öffentlichkeit im allgemeinen auf diesem Themenfeld behandelt wurden. Er durchforschte eigenständig das komplexe und vielschichtige Phänomen der faschistischen Ideologie und Politik und hielt sich dabei nicht an vorgegebene Grenzziehungen. Ihm ging es stets darum, Antifaschismus nicht nur als eine tagespolitische Bewegung der Abwehr und des Kampfes gegen das Naziregime zu erfassen, sondern auch als eine alternative Plattform, in der alle demokratischen und humanistischen Bestrebungen ihren legitimen Platz finden konnten. Er überwand damit die auf eine einzige politische Richtung eingeeengte Position, die in der DDR dazu führte, den antifaschistischen Konsens auf die SED und die Ideologie des Marxismus-Leninismus zu verkürzen, oder, wie in der BRD, umgekehrt kommunistischen und konsequent sozialistischen Widerstand als totalitär auszugrenzen.

Sein Herangehen erlaubte Rolf Richter, nach Einvernahme der DDR in die Bundesrepublik aktiv und kreativ für die Bewahrung antifaschistischer Traditionen einzutreten und gemeinsam mit den unterschiedlichsten Partnern der Platz greifenden Verunglimpfung des Antifaschismus entgegenzutreten. Er stellte sich dabei ohne Zögern der notwendigen Aufgabe, sowohl kritisch-selbstkritisch die Mängel der antifaschistischen Arbeit in der DDR zu analysieren als auch entschieden ihre humanistische Grundsubstanz zu verteidigen. Dabei war er bereit, alle Anregungen aufzugreifen, die antifaschistische Bestrebungen zu bereichern und den Kampf gegen wieder auflebenden Neonazismus wirkungsvoller zu machen vermögen.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes sind Zeugnisse für die Fruchtbarkeit seines Heran-gehens. Neben Helas und Zilkenat haben auch Norbert Madloch (S. 13 ff.), Klaus Böttcher (S. 99 ff.) und Peter Rudolf Zotl (S. 153 ff.) unmittelbar auf die Leistungen des Jubilars Bezug genommen, die nicht nur wissenschaftlicher Natur sind, sondern auch praktische Beiträge in Gestalt von Jugendarbeit in Fürstenwalde und konzeptionelle Mitwirkung an der AG Rechtsextremismus der PDS umfassen.

Die Mehrzahl der in diesem Band vereinigten Beiträge ist Einzelaspekten des Generalthemas gewidmet. Kurt Finker (S. 23 ff.) enthüllt die Funktion der in der Weimarer Republik wirkenden »Wehrverbände« für die Herausbildung und Entwicklung der faschistischen Bewegung und unterstreicht damit auf eindrucksvolle Weise die Rolle des deutschen Militarismus für die Untergrabung der Weimarer Republik. Gewissermaßen ein Paradebeispiel dafür führt Reiner Zilkenat vor (S. 53 ff.). Er lässt einen Kapp-Putschisten zu Wort kommen. Dessen Ausführungen belegen den faschistischen Ungeist jener Kräfte, die sich dann auch nach 1933 in den Reihen der NSDAP, der SS und der SA wiederfanden. Klaus Kinner und Elke Reuter (S. 43 ff.) liefern eine differenzierte Darstellung der im Gefolge des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale unternommenen Anstrengungen der KPD zur Anpassung ihrer Strategie des Kampfes gegen den Faschismus an die veränderten Bedingungen. Sie machen dabei die Tragweite der Widersprüchlichkeit deutlich, die sich zwischen der Zusammenarbeit mit anderen Nazigegegnern einerseits und dem Festhalten an stalinistischer Engherzigkeit andererseits auftut. Herbert Mayer erinnert an die Mitwirkung deutscher Antifaschisten am Kampf der französischen Widerstandsbewegung (S. 57 ff.) Walter Schmidt hat die bewegende Geschichte seines Vaters dargestellt (S. 63 ff.), der von den Nazis für seine antifaschistische Arbeit zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Die beigefügte Anklageschrift und das Urteil des Volksgerichtshofes sind eindrucksvolle Belege für den menschenfeindlichen Charakter des faschistischen Regimes.

Kurt Pätzold, der sich mit der gegenwärtigen Debatte um die deutschen Opfer von

Krieg und Befreiung beschäftigt (S. 74 ff.), leitet zu jenen Beiträgen über, die sich mit aktuellen Fragen der Auseinandersetzung mit Nazismus und Neonazismus befassen. Er kritisiert scharf, dass in den aktuellen Beiträgen zu diesem Thema unzureichend darauf hingewiesen wird, dass es sich hierbei um Folgen des von Hitlerdeutschland vom Zaune gebrochenen Krieges und seinen dabei begangenen Kriegsverbrechen handelt. Die schmerzhaften Folgen für die deutsche Bevölkerung in einer Zeit, als der Krieg zu seinen Verursachern zurückkehrte, dürfe man nicht gegen die Untaten aufrechnen, die zuvor unter Duldung breiter Kreise des deutschen Volkes begangen wurden. Wenn also schon mit dem Begriff »Opfer« gearbeitet werde, so müsse dies vornehmlich in dem Sinne geschehen, dass das deutsche Volk Opfer seiner allzu lange geübten Gefolgschaft gegenüber seiner verbrecherischen Führung geworden ist. Roland Bach verweist auf die Reaktivierung der »Reichs-Mythologie« durch die rechtsextremen Kräfte in unserem Lande (S. 94 ff.). Die in den Band aufgenommene Landtagsrede von Werner Bramke ist ein Beispiel dafür, dass Aushöhlung antifaschistischer Grundsätze und die Einebnung des Ausmaßes faschistischer Verbrechen durch einfache Gleichsetzung mit Vorgängen in der DDR nicht nur durch neonazistische Kräfte bewirkt wird, sondern auch in der politischen Strategie und Politik der etablierten Parteien grassiert. Bramkes Kritik an dem sächsischen »Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Gewaltherrschaft« verdeutlicht das auf anschauliche Weise (S. 116 ff.).

Manfred Weißbecker beschäftigt sich mit historischen Erfahrungen und den Kriegen der Gegenwart. Mit Nachdruck wendet er sich gegen die verhängnisvolle Praxis, Krieg unter dem Vorwand der Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie als legitimes Mittel der Politik akzeptabel erscheinen zu lassen (S. 144 ff.). Äußerst informativ ist der Beitrag von Karl-Heinz Gräfe über faschistoide völkische Bewegungen in den ehemals osteuropäischen sozialistischen Ländern. Er verdeutlicht damit, dass die Gefahr der Wiederbelebung rechtsextremistischer und sogar faschistischer Parteien und Bewegungen nicht nur ein innerdeutsches Problem ist, sondern

inzwischen auch internationale Dimensionen angenommen hat und eine Herausforderung für ganz Europa darstellt (S. 133 ff.).

Der Nestor der DDR-Faschismus-Forschung Kurt Gossweiler ist mit einem Beitrag vertreten, in dem auf die sozialökonomische Verwurzelung des Faschismus in den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen verwiesen wird (S. 121 ff.). Dabei wird auch auf die Mitverantwortung der bürgerlichen Parteien für das Vorhandensein und Weiterwirken rechts-extremer Denkweisen aufmerksam gemacht. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Neonazismus bleibt seine Darstellung jedoch einiges schuldig. Die Grunderfahrung des deutschen Faschismus ist doch eigentlich die, dass dieser Gefahr nur durch ein breites Zusammengehen aller Nazigegner und Demokraten hätte begegnet werden können – ein Zusammengehen aber nicht zustandekam, weil die meisten potenziellen Partner nicht bereit waren, Differenzen und Gegnerschaften hintanzustellen und das allen gemeinsame Interesse an der Verhinderung der faschistischen Gefahr zur Grundlage ihres Handelns zu machen. Das gilt auch für heute.

Insofern muss man es für abwegig halten, wegen durchaus berechtigter Einwände auf anderen Politikfeldern Anlass zu nehmen, die Rolle der PDS als eines antifaschistischen Faktors infrage zu stellen. Peter Rudolf Zotls Beitrag ist ein Beleg für das Bemühen in der PDS, nach wirksamen Formen der Bekämpfung neonazistischer Bestrebungen zu suchen. Unbedingt zuzustimmen ist seinem Grundansatz, dass rechtsextremen Kräften nur durch breite demokratische Aktivität begegnet werden kann, worunter er auch versteht, entschieden gegen Demokratie- und Sozialabbau anzugehen (S. 153 ff.). Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch ehrlich und offen gesagt werden, dass viele Vorschläge, die der Autor unterbreitet, auf Möglichkeiten zielen, die in dieser Gesellschaft zwar bestehen, deren Verwirklichung aber auch ernste Hemmnisse in den Weg gesetzt sind, die sich aus dem Charakter der bestehenden Verhältnisse ergeben. So bleibt ihre Umsetzung eine Kampfaufgabe, deren Erfolg auch daran geknüpft ist, ob Kräfte mobilisiert werden können, die bisher abseits stehen, und ob politisches Umdenken zur Bereitschaft führt,

traditionelle Feindbilder aufzugeben und neue Partnerschaften zu begründen. Dazu ist es allerdings notwendig, dass die PDS neben hoher Beweglichkeit auch ein unverwechselbares Profil zeigt.

Dem besprochenen Band kann man nur wünschen, dass er möglichst viele interessierte Leser findet. Er ist anregend, auch weil er in manchen Beiträgen zum Widerspruch und Weiterdenken herausfordert. Es sei noch angefügt, dass er ein instruktives Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten von Rolf Richter enthält (S. 16 ff.).

HELMUT MEIER

Klaus-Gerd Giesen (Hrsg.):
Ideologien in der Weltpolitik,
VS Verlag für Sozialwissen-
schaften Wiesbaden 2004,
228 Seiten (26,90 €)

Die zehn Beiträge dieses Sammelbandes gehen auf eine gleichnamige Vorlesungsreihe zurück, zu der der Leipziger Politik-Professor *Klaus-Gerd Giesen* im Sommersemester 2002 eingeladen hatte. Von den versammelten Autorinnen und Autoren, welche ganz verschiedenen Gebieten aus Philosophie und Politikwissenschaft zuzurechnen sind, war nicht zu erwarten, dass sie sich bei der retrospektiven Ausarbeitung ihrer Vorträge auf *eine* Konzeption von »Ideologie« einigen konnten. Was jedoch zunächst als geradezu archetypisches Defizit solch nachge-reicher Dokumentationen aufzustoßen droht, entpuppt sich bei sorgfältiger Lektüre keineswegs als Nachteil.

Dazu trägt die forsch konzipierte Einleitung des Herausgebers nicht wenig bei, denn darin wird die erkenntnistheoretische Differenz der unterschiedlichen Ideologieverständnisse zum Gegenstand einer anregenden metatheoretischen Konfrontation, in der es schnell ums Ganze geht. Denn nach Giesen sei den verschiedenen weltpolitischen Ideenkonglomeraten »entweder materialistisch oder idealistisch-konstruktivistisch« beizukommen, wozu er apodiktisch anmerkt: »Es handelt sich um ein Entweder-Oder, denn beide Pole können wohl kaum zusammengebracht werden« (S. 14).

Nach dieser unversöhnlichen Eröffnung informiert Giesen über die eigene Position und arbeitet den Gegensatz noch deutlicher heraus: »Gegenüber der konstruktivistischen Annahme einer weitgehenden Autonomie von Ideen gegenüber den materiellen Gegebenheiten möchte der Materialismus – in seinen vielfältigen Formen – betonen, dass Ideen hauptsächlich durch soziale Interessen geprägt sind und dass gleichzeitig die jeweils herrschenden Ideologien dazu geeignet sind, ungerechte Herrschaft zu legitimieren« (S. 15). Gegen die zunehmend diskursorientierte und »radikal-(de)konstruktivistische« Ideologiewissenschaft Foucaultscher Prägung favorisiere er weiterhin »Gramscis Vorschlag, Ideologie als Teil von Hegemonie zu betrachten, die nur durch das begrenzte Einbeziehen der Underdogs und ihrer Vorstellungen gegen wirklich effizient funktionieren kann« (S. 16). Daher hält er auch wenig von der grassierenden akademischen Flucht in immer kleinteiligere Forschungen zur historischen Genese von Denksystemen, sondern setzt auf das politische Potential emanzipatorisch inspirierter *Ideologiekritik*. Um allerdings mit einem materialistischen Ansatz überzeugende Analysen aktueller Phänomene der Weltpolitik vorlegen zu können, sei es unerlässlich, diesen »über den Gramscianismus hinaus«, bspw. unter Rückgriff auf Althusser oder Poulantzas, weiterzuentwickeln (ebd.).

Die sich an diese wissenschaftstheoretische Grundierung anschließenden Texte – von denen hier unmöglich alle detailliert vorgestellt werden können – möchte Giesen in einen exemplarischen »Wettbewerb der besseren Argumente« eintreten sehen. Allerdings folgt die Anordnung der Beiträge nicht dem initial dargelegten theoretischen Schema, sondern einer inhaltsbezogenen Aufteilung in drei Teile.

Den ersten Teil, indem nach Kontinuitäten in der Ideologieproduktion gefragt wird, eröffnet *Kees van der Pijl* mit einer ambitionierten theoretischen Neukonzeption zur Herausbildung der übermächtig scheinenden westlichen Hegemonie. In Anlehnung an das Modell verschiedener Produktionsweisen zeigt er in einer lang angelegten historischen Perspektive, dass »auch die Internationalen Beziehungen von einer theoretischen Unterteilung in verschiedene Außenbeziehungsweisen profitieren« könnten (S. 22). Kernbestandteil dieser von van der Pijl

angeregten Neubewertung ist das sich parallel zum Zeitverlauf wandelnde Verhältnis zwischen einem hegemonialen Kerngebiet und angrenzenden Nomadenpopulationen. In ihrer modernsten Form stelle sich diese Beziehung als produktive Teilintegration nomadischer Expansionsdynamik in das auf mehreren Ebenen (wirtschaftlich, politisch, kulturell) regelsetzende Kerngebiet des Westens dar.

Dieter Plehwe und *Bernhard Walpen* untersuchen mit Hilfe einer empirisch fundierten Organisations- und Netzwerkanalyse, wie es der »transnationalen Bourgeoisie« in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum von ca. 25 Jahren gelingen konnte, über den Aufbau eines zunehmend optimierten Geflechts von positionswechselnden Figuren (wissenschaftliche Experten, öffentliche Intellektuelle etc.) und wohlorganisierten institutionellen Strukturen (Think-Tank-Netzwerke) erstaunlich resistente Grundlagen für die momentan erreichte »neoliberale Hegemoniekonstellation« (S. 50) zu schaffen. Nach Plehwe und Walpen lässt sich das Wirken dieser neoliberalen Netzwerke zwar auch in der erfolgreichen Einflussnahme auf die allgemeine Terminologie oder bei der präjudizierenden Rahmensetzung politischer Debatten nachweisen, entscheidender für den nachhaltigen Erfolg sei aber die Herausbildung einer universellen Masterstruktur gewesen, die auf dem arbeitsteilig perfektionierten »Kernprinzip eines *Pluralismus in prinzipientreuen neoliberalen Grenzen*« (S. 69) beruhe. Nur dadurch sei es überhaupt erst möglich gewesen, die neoliberale Kernideologie (»mehr Markt, weniger Staat«) mittels multipler Repräsentationen zielgruppenspezifisch aufzubereiten und damit allgemein annehmbar zu machen. Alle Kräfte, die diese Entwicklung wirksam kontern wollen, müssten zunächst den Aufbau »ähnlich weitreichender transnationaler Organisationskapazitäten« (S. 82) zur Wissensproduktion und -verbreitung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken.

Mit eindeutig diskursanalytischem Schwerpunkt klärt *Rebecca Pates* in ihrem Beitrag über die erstaunliche Konsistenz von Ideologien in der Frauenpolitik auf, wobei sie insbesondere vor der gefährlichen Nichtberücksichtigung der strategischen Bedeutung des *Gender Mainstreaming* (GM) warnt. Mit einem »systematischen Obskurantismus des Vokabulars« lenke GM erfolgreich davon ab, dass es den Status Quo reprodu-

ziere, womit es letztlich als »Aufrechterhaltungsinstrument« begriffen werden müsse (S. 98).

Schließlich beschäftigt sich *Klaus-Gerd Giesen* mit der Ideologie des Schurkenstaates, indem er in einer weiteren Kontrastierung die diesbezüglichen Konzeptionen von Rawls und Derrida gegenüberstellt.

Im kurzen zweiten Teil, der sich mit Kriegs- und Friedensideologien auseinandersetzt, wehrt sich *Christoph Türcke* gegen die palliative Ideologie der Gewaltfreiheit. Einerseits erinnert er daran, dass demokratische Verhältnisse oft »durch Kämpfe wie die der amerikanischen und französischen Revolution« (S. 127) initiiert wurden, andererseits weist er darauf hin, dass die redundante Beschwörung handgreiflicher Friedfertigkeit oft von tiefer liegenden Formen »hochsublimierter struktureller Gewalt« ablenke (S. 126). Darüber hinaus referiert *Georg Meggle* seine Position zur Ideologie des gerechten KriegeS.

Im dritten und letzten Teil, der sich mit dem weiten Feld der Staatsideologien beschäftigt, plädiert *Klaus Schlichte* für eine Abkehr von der »Staatsfixierung der mit Politik befassten Wissenschaften« und argumentiert stattdessen für eine »politische Soziologie der Weltgesellschaft« (S. 151), mit der Phänomene wie De-Nationalisierung, Globalisierung und Entterritorialisierung weitaus angemessener analysiert werden könnten.

Außerdem untersucht *John Rosenthal*, wie es kommen konnte, dass heute oft von Selbstbestimmung die Rede ist, wo eigentlich von Fremdherrschaft gesprochen werden müsste, und *Veronique Zanetti* diskutiert die Frage, ob ein gemäßigter Nationalismus moralisch vertretbar sei. Abschließend betrachtet *Omar Kamil* die problematische Stellung der arabischen Juden innerhalb der zionistischen Ideologie.

Alles in allem können die meisten Artikel als originelle Erweiterungen bestehender Perspektiven betrachtet werden, einige von ihnen sogar als Beweis für die ungebrochene Tragfähigkeit einer materialistischen Analyse weltpolitischer Ideologien. Allerdings ist es schade, dass sich auf theoretischer Ebene keinerlei Aussagen zu möglichen Perspektiven eines aktualisierten Neo-Gramscianismus finden lassen – dazu müssen Interessierte auf die angebotenen Literaturhinweise zurückgreifen.

NICO KOPPO

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 135 bis 158 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 134 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

HELENO SAÑA The Good and Evil

Encountering the good as well as the evil, is – the author writes – an element of the basic experiences of every human being. Though it seems old-fashioned, he pleads for a well-founded reflection of the two dimensions of interpersonal and social relations. In the depths of their souls – he maintains – people became unhappy, because they sought fulfilment outside the realm of good, preparing to disregard their conscience. But this – in the end – can only lead to chaos and destruction.

JOHN BELLAMY FOSTER, BRETT CLARK Empire of Barbarism

This is a translation from the December 2004 issue of »Monthly Review« (New York). Beginning with an analysis of the concept of barbarism in ancient Greece and Rome, the authors arrive at the conclusion that we are indeed living in a »new age of barbarism«, but this one has its roots not in religious fundamentalism, but rather in what Marx called the barbarism accompanying bourgeois civilization and what Rosa Luxemburg once referred to as »the rubble of imperialist barbarism«.

TIM ENGARTNER The German Railway Reform: An Example of Relinquishing State Regulation

The reform of the »Deutsche Bahn« (German Railways) must be classified as one of the most controversial transport policy decisions made over the past few decades. Whereas an increase in passengers and freight should have been given highest priority by a federal government, that once had promised »an ecological and social renewal«, the management aims relentlessly stock market flotation, the inflation of fares and the shutting down of sections of track, thereby implementing step by step neoliberal concepts.

TOBIAS MICHEL Health as Globalized Business

The author discusses the consequences of the privatisation of the German health system, which, in accordance with respective EU regulations, is now in progress. He describes the efforts of private hospital chains, rest homes, laboratories and insurance companies to fillet what used to be the public sector, forcing the State to surrender it to »the market«, while simultaneously, using that very State to prepare the field for broader »globalized« activities and to protect against undesired competition.

KATJA KIPPING »Just because he's human«: For a Guaranteed Basic Income

The author – Deputy Chair of the PDS and MP in Saxony – discusses the demand for a Guaranteed Essential Income for everyone and proposes to develop this demand into one of the few, but publicly attractive and mobilising essentials of PDS policy. She outlines the advantages of this guaranteed in-

come, not only for the individuals receiving it, but also for the society at large. She links it to the deep changes in the situation of employment while refuting objections from her detractors.

SASCHA LIEBERMANN

Freedom Rather than Full Employment: A Basic Income as a Way Out of the Crisis

An unconditional essential income is seen by the author as not only a means for coping with the challenges of daily life, in times of structurally high and increasing unemployment, but also for safeguarding political freedom as a whole. The reforms currently in progress do not strengthen individual autonomy, on the contrary, they create a climate of repression, which stands in sharp contrast to the demands for more social engagement and responsibility to be taken by the population.

MATTHIAS KLAUDIUS

Financing Education in Germany and Ireland

In looking at Ireland, a country, which, since its joining the EU in 1973, became a top player in technology, services and economic growth rates, the author poses the question of the relevance of the financing of education for accomplishing this development. It is, he maintains, particularly the promotion in the undergraduate sector, which contributes to the remarkable economic and cultural performance of the country. A comparison of Germany to Ireland, demonstrates that efforts to comprehensively privatise the costs of education are in process in both countries – to the same extent.

HEINZ SCHÄFER

PDS: A Sharpening of Profile is Indispensable; Heed also Western Positions

The author – member of the Council of Elders of the PDS – analyses the results of the State elections on February 20th, 2005, in Schleswig-Holstein. He describes the losses suffered by the PDS – already weak in the West. He demands that the party draw lessons from this electoral debacle, if it really wants to return to the Bundestag in September, 2006. He discusses the results of the Party Congress held in October, 2004, in Potsdam and criticises general »cowardly« attitudes, while pleading especially for broader attention being paid to the arguments of west German party organisations.

JURI HÄLKER

Does Criticising Capitalism Mean Opposing the System?

This is a discussion of the »Anti-capitalist Manifesto« of Alex Callinicos. The author appreciates Callinicos' objective, to contribute to, what he calls, the Marxist alphabetisation of the globalisation critics, while doubting that the general anti-globalisation-scene could be characterised as having the objective of overcoming the capitalist system. The author is particularly dissatisfied with alternatives Callinicos proposes. He describes them as being old-fashioned and not radical enough.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),
ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €